



Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung
Tübingen

Beate Neuss, Peter Jurczek und Wolfram Hilz (Hrsg.)

**Zwischenbilanz der EU-Osterweiterung – Slowenien,
Slowakei und Tschechien als Beispiele**

Beiträge zu einem politik- und regional-
wissenschaftlichen Symposium
an der TU Chemnitz

Occasional Papers
Nr. 24

Beate Neuss, Peter Jurczek und Wolfram Hilz (Hrsg.)

**Zwischenbilanz der EU-Osterweiterung – Slowenien,
Slowakei und Tschechien als Beispiele**

Beiträge zu einem politik- und regional-
wissenschaftlichen Symposium
an der TU Chemnitz

Occasional Papers
Nr. 24

Herausgeber: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung

Anschrift: Nauklerstraße 37 a
D-72074 Tübingen
Telefon: +49 (0)7071-29 77 368
Fax: +49 (0)7071-92 28 76
E-Mail: ezff@uni-tuebingen.de

Vorstand: Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Förster
Prof. Christopher Harvie, Ph.D.
Prof. Dr. Rudolf Hrbek (Sprecher)
Prof. Dr. Martin Nettesheim
Prof. Dr. Dr. h.c. Günter Püttner
Prof. Dr. Josef Schmid
Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Graf Vitzthum
Prof. Dr. Uwe Walz
Prof. Dr. Hans-Georg Wehling

In Zusammenarbeit mit: Prof. Dr. Franz Knipping (Wuppertal) und
Prof. Dr. Roland Sturm (Erlangen-Nürnberg)

Koordination: Matthias Chardon, M.A.

Alle Rechte vorbehalten.
Copyright Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung,
Erschienen im Selbstverlag
Druck: Schwäbische Druckerei, Stuttgart
ISBN-Nr.: 3-9806978-3-5
Schutzgebühr: 5 €

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
Die Beziehungen der Tschechischen Republik zu ihren Nachbarn – Aussichten der Integration in der EU <i>Bohumil Doležal</i>	6
Forschungsergebnisse zur Entwicklung der tschechischen Grenzge- biete zu Deutschland, Österreich, Polen und der Slowakei <i>Milan Jeřábek/Jaroslav Dokoupil</i>	17
Der Transformationsprozess in der Slowakei: Eine Zwischenbilanz aus wirtschafts- und regionalgeographischer Sicht <i>Ján Paulov</i>	31
Raumordnung in der Slowakei im Vorfeld eines EU-Beitritts <i>Vojtech Hrdina</i>	56
Slowenien auf dem Weg zum EU-Beitritt <i>Alfonž Naberznik</i>	64
Slowenien im Vorfeld der EU-Erweiterung aus geographischer Sicht <i>Anton Gosar</i>	71
Ansätze einer grenzüberschreitenden Regionalentwicklung in Süd- kärnten unter besonderer Berücksichtigung eines EU-Beitritts Slowe- niens <i>Igor Roblek</i>	95
Slowenien, Tschechien und die Slowakei auf dem Weg in die EU <i>Albert Rothacher</i>	112
Der Stand der politischen und gesellschaftlichen Transformation in der Tschechischen Republik <i>Petr Fiala</i>	122
Der slowakische EU Beitritt aus der Sicht der politischen Eliten und der Bürger <i>Peter Bačák</i>	136
Verzeichnis der Autoren	142

Vorwort

Je schwieriger sich die Verhandlungen über die Konditionen eines EU-Beitritts ostmitteleuropäischer Staaten gestalten, desto intensiver werden entsprechende Diskussionen darüber geführt. Nach wie vor ist unklar, welche Länder zu welchem Zeitpunkt Mitglieder der Europäischen Union werden.

Daher ist es wichtig, dass damit zusammenhängende Fragen ausführlich diskutiert und dabei vor allem auch Vertreter aus den potenziellen Mitgliedsstaaten unmittelbar einbezogen werden. Dies hat sich das Vierte Politik- und Regionalwissenschaftliche Symposium zur Aufgabe gemacht, das vom 2. bis zum 5. November 2000 an der Technischen Universität Chemnitz stattgefunden hat. Thematisch ist eine „Zwischenbilanz der EU-Osterweiterung“ gezogen worden. Konkrete Beispiele waren Slowenien, die Slowakei und Tschechien.

Im Rahmen des internationalen Symposiums konnten namhafte Referenten gewonnen werden. Von Seiten der Europäischen Kommission hat Dr. Albert Rothacher „Zum Stand der Osterweiterung: Slowenien, Slowakei, Tschechien“ berichtet. Aus politikwissenschaftlicher Sicht referierten Prof. Dr. Bohumil Doležal/Praha und Doz. Petr Fiala/Brno über die tschechische Situation. Zu den slowenischen bzw. slowakischen Erfahrungen nahmen der Botschafter Alfonž Naberznik bzw. der Botschaftssekretär Peter Bacek Stellung.

Regionalwissenschaftliche Beiträge lieferten Dozent Dr. Jaroslav Dokoupil/Plzen und Doz. Dr. Milan Jeřábek/Ústí n. L. zu den tschechischen Grenzgebieten. In Ergänzung dazu folgten Beiträge zu aktuellen raumbezogenen Fragestellungen in der Slowakei von Prof. Dr. Jan Paulov/Bratislava und Dr.-Ing. Vojtech Hrdina/Bratislava. Schließlich referierten die beiden Geographen Prof. Dr. Anton Gosar/Ljubljana und Mag. Igor Roblek/Ferlach-Borovlje über die Verhältnisse in Slowenien und speziell im österreichisch-slowenischen Grenzgebiet. Die überarbeiteten Vortragsmanuskripte der Referenten sind im Folgenden abgedruckt.

Die international ausgerichtete und interdisziplinär angelegte wissenschaftliche Tagung ist von den Chemnitzer Professoren Dr. Beate Neuss – Internationale Politik – und Dr. Peter Jurczek – Sozial- und Wirtschaftsgeographie – organisiert worden. Sie konnte nur durch die Gewährung finanzieller Mittel des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst veranstaltet werden. Außerdem haben sich freundlicherweise die *envia* Energie Sachsen Brandenburg AG und die Schmidt Bank Hof bereit erklärt, die Kosten für die Drucklegung dieses Tagungsberichtes zu übernehmen.

Sowohl den Geldgebern als auch Herrn Dr. Wolfram Hiltz, Hochschulassistent an der Professur Internationale Politik, für die redaktionelle Betreuung der nunmehr publizierten Manuskripte sowie dem Studierenden Peter Schuricht für die Überarbeitung der vorgelegten Texte sei vielmals gedankt; ebenso wie jenen, die darüber hinaus zum Erfolg des Vierten Politik- und Regionalwissenschaftlichen Symposiums beigetragen haben.

Prof. Dr. Peter Jurczek

Technische Universität Chemnitz

Die Beziehungen der Tschechischen Republik zu ihren Nachbarn – Aussichten der Integration in die EU

Bohumil Doležal

Bei der Betrachtung der westeuropäischen Publizistik habe ich manchmal den Eindruck, dass hier die Politik lediglich für einen Überbau des wirtschaftlichen Lebens gehalten wird. Die höchstentwickelten westeuropäischen Staaten haben nach dem zweiten Weltkrieg Zeit genug gehabt, die schicksalhaften nationalen Spannungen allmählich abzubauen, die zum Ausbruch von beiden Weltkriegen geführt haben. Auch die Atmosphäre des gemeinsamen Bedroht-Seins von Seiten des kommunistischen Russlands hatte zu langsamer Milderung der nationalen Konflikte geführt. Im Rahmen der EU existieren nur absterbende Rudimente solcher Spannungen (Nordirland, Baskenland), und auch dort (wenigstens im ersten der zwei genannten Fälle) ist ein gewisser Fortschritt bemerkbar. Es droht jedenfalls keine Gefahr, dass sie zu schweren zwischenstaatlichen Konflikten führen könnten. Deshalb kann man problemlos und leichten Herzens über das „Europa der Regionen“ sprechen und über die Übertragung eines beträchtlichen Teils der staatlichen Souveränität an gemeinsame Organe der EU frei und ohne Furcht entscheiden.

Das mitteleuropäische bzw. mitteleuropäische Gebiet, das Russland am Ende der achtziger Jahre geräumt hat, sieht ganz anders aus. Hier herrscht auf der einen Seite ein neurotisches Drängen zur Integration in Westeuropa, das eine fast mythische Rolle des verlorenen Paradieses spielt, auf der anderen Seite jedoch eine tiefe Unsicherheit bezüglich der eigenen Fähigkeiten und einer latenten Unzufriedenheit mit sich selbst, mit der eigenen Vergangenheit und Gegenwart und nicht zuletzt mit den Nachbarn und ihren Absichten. Der entscheidende Schritt, den Westeuropa in den letzten fünfzig Jahren getan hat, ist noch ausgeblieben. Und es ist nicht nur die Folge einer gewissen Rückständigkeit sondern auch eines historischen und kulturellen Milieus, das sich in mancher Hinsicht vom westlichen wesentlich unterscheidet. Daraus folgt, dass diese Region in sich immer Keime gefährlicher Konflikte trägt, die, wenn nicht versucht wird, sie zu heilen, in der Zukunft die Stabilität des vereinten Europa bedrohen könnten. Und es bedeutet zugleich, dass dieses Gebiet in diesem Sinne mit dem Westen Europas (wozu auch Deutschland gehört) bisher nicht völlig kompatibel ist. Es handelt sich dabei nicht (oder nicht nur) um wirtschaftliche Probleme, sondern vor allem um die Auffassung über die Aufgabe der Nation (des Volkes), des Staates, um den Stand der inneren Sicherheit der Gesellschaft.

Man spricht immer vom Balkan als Beispiel eines gefährlichen und explosiven Territoriums. Auch in Mitteleuropa existiert jedoch ein „balkanisches Syndrom“. Mitteleuropa ist in mancher Hinsicht ein „Balkan mit menschlichem Gesicht“. Auch hier gibt es latente Konflikte, die, wenn sie die hiesigen Gesellschaften nicht lösen werden, einmal zu sehr ernstesten Komplikationen für das ganze Europa führen könnten. Sie bekamen ihre definitive Gestalt im Versailler System, sind am Ende der dreißiger bzw. am Anfang der vierziger Jahre eingefroren und seit dem Sturz des russisch-kommunistischen Imperiums tauchen sie allmählich wieder auf. Sie schaffen einen günstigen Nährboden für die unverantwortliche populistische Politik, wie sie z.B. Mečiar in der Slowakei oder Iliescu in Rumänien praktiziert. Hierzu gehören aber in mancher Hinsicht auch solche tschechische politische Persönlichkeiten, die im Westen einen viel besseren Ruf genießen - z.B. Václav Klaus oder Miloš Zeman.

In Mitteleuropa handelt es sich um zwei Problemkreise, die sich teilweise überdecken: um das Trianonproblem (die äußerst unangenehmen Folgen der Teilung des historischen Ungarischen Königreichs) und das tschechoslowakische Problem. Ich spreche von der tschechischen Gesellschaft, von der Tschechischen Republik, und deshalb werde ich mich im Folgenden auf das zweite Problem konzentrieren. Bei der Bewertung der Lage in Mitteleuropa gehe ich von den tiefgreifenden Analysen aus, die in den vierziger Jahren der ungarische Philosoph und Politologe István Bibó in seinen Werken über „Europäisches Gleichgewicht und Frieden“ (Az Európai Egyensúlyról és Békéről) und „Das Elend der osteuropäischen Kleinstaaten“ (A Kelet-európai Kisállamok Nyomorúsága) formuliert hat.

Die tschechischen Probleme mit den Nachbarn sind historisch verwurzelt. Sie hängen mit der Art und Weise zusammen, wie das moderne tschechische politische Volk entstanden ist. Es geschah im seltsamen Milieu des Habsburger Reiches, das auf universale, katholische Werte baute in der Zeit, als überall in der Nachbarschaft ethnische Zusammengehörigkeit als Grund für politische Gestaltung der Gesellschaft zur Geltung kam. Es gibt - auch bei uns - Politologen, Philosophen und Historiker, die diese Entwicklung zum Ethnischen bedauern und im modernen Nationalismus nur eine Entgleisung sehen, die notwendigerweise zum Nazismus und zu Hitler führte. Ich empfinde dies als ungerechtfertigt. Es war ein natürlicher Prozess, der damit zusammenhing, wie sich im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts in der europäischen Gesellschaft politische Kompetenzen auf alle Mitglieder verbreiteten. Es ist logisch, dass die gemeinsame Sprache, das Kommunikationsmittel, in diesem Prozess eine wichtigere Rolle spielte als vorher. Die Probleme hängen nicht damit zusammen, dass es geschah, sondern wie es geschah. Oft gab es keine eindeutigen Grenzen zwischen Völkern mit den politischen Ambitionen; außerdem bezogen sich die historischen Traditionen, auf die sich diese Völker

beriefen und die sie als Legitimierung ihrer Existenzansprüche benutzten, auf ein Gebiet, das gewöhnlich größer war, als das von der betreffenden Ethnie bewohnte Territorium. Solche Gesellschaften lebten dann im Zustand einer hysterischen Unsicherheit, die oft das ganze öffentliche Leben deformierte und in der Umgebung nur Feinde sah. Dies galt auch für die Tschechen und für die tschechische Politik im 19. Jahrhundert. Politiker und Publizisten, die sich damals mit einem nicht geringen Erfolg bemühten, in der tschechischen Gesellschaft Grundsätze der liberalen, auf christliche Werte gestützte Politik durchzusetzen, veränderten sich in dem Augenblick, als sie über die Nachbarvölker zu sprechen begannen, in aggressive, durch Minderwertigkeitskomplexe gequälte Exzentriker - so zeigt es sich wenigstens dem heutigen Beobachter. Der Hauptfeind waren für sie freilich die Deutschen: „*Wenn wir Tschechen doch eine Kultur haben, dann darf man nicht sagen, dass wir sie von den Deutschen bekommen haben, sondern dass wir sie trotz der Deutschen haben*“, schreibt im Jahre 1850 der Gründer der modernen tschechischen Journalistik, Karel Havlíček. „*Denn soweit das historische Gedächtnis reicht, waren die Deutschen gegen alle unsere Bildung, sie haben uns an allem gehindert und was wir bisher erreicht haben, war für uns daher dreimal schwer zu erobern.*“ „*Die Emanzipierung vom Deutschtum sei in jeder Hinsicht unsere Parole, und daher muss das Studium der romanischen Literatur die wichtigste Aufgabe unserer begabten und gebildeten Jugend sein.*“ Aber nicht nur die Deutschen, sondern auch die Ungarn sind für die tschechische Gesellschaft der Erbfeind. Das hängt damit zusammen, dass die Lage der Slowaken in Ungarn in der Mitte des 19. Jahrhunderts verhältnismäßig schwierig war, und die tschechischen Politiker und Publizisten die Slowaken sozusagen für einen Teil des tschechischen Körpers hielten - freilich ohne sie zu fragen. „*Der Deutsche und der Ungar waren von jeher Feinde der Slawen, und die Slawen als ein mildes Volk sind überall diesen wütenden Feinden unterlegen, wurden von ihnen versklavt, und mussten viele Jahrhunderte unter schweren Leiden diesen ihren Eroberern zum Gedeihen dienen. Die Ungarn haben Pannonien erobert und allen dort wohnenden Slawen ein schweres Joch auferlegt, von dem sie sich erst jetzt allmählich befreien... Sie bleiben immer alte Wölfe und der ganze Unterschied von der Vergangenheit besteht darin, dass sie sich jetzt, wenn sie schon unfähig sind, uns durch die Gewalt in Untertänigkeit zu halten, eine Schafshaut übergezogen haben...*“ (Havlíček spricht hier über Vorschläge der deutschen und ungarischen liberalen Politiker im Jahre 1848). Ich muss dabei betonen, dass der Autor der zitierten Zeilen ein ausgezeichneter Journalist war, der der tschechischen Gesellschaft die Grundlagen der demokratischen und liberalen Politik erklärte, für die politische Kleinarbeit plädierte, gegen leeren revolutionären Radikalismus auftrat und am Anfang seiner öffentlichen Tätigkeit keine Angst hatte, die panslawischen Illusionen der tschechischen Gesellschaft scharf zu kritisieren („Der Name Slawe ist und bleibt nur ein

geographischer und wissenschaftlicher Begriff, und kein Name der Sympathie, mit der ein jedes Volk seinen Namen ausspricht. Wir sind und bleiben Tschechen...“).

Aber auch die Polen hatten damals bei den Tschechen und bei Havlíček keinen guten Ruf: „*Dieser unglückliche, abtrünnige, herrische slawische Stamm teilt mit uns anderen nie weder seine Freude, noch seine Sorgen... Die Polen fühlen sich nicht als unsere Brüder... Sie paktieren mit den Ungarn, den Hauptfeinden der Slawen, und sogar mit den Frankfortisten möchten sie paktieren, lieber als mit uns*“ (1848).

Als dann der Prozess der politischen Emanzipierung der slowakischen Nation begann, lehnten die Spitzen der tschechischen Politik alle diese Versuche mit Empörung ab. So der schon zitierte Karel Havlíček: „*Wenn also der Herr Štúr (die führende Persönlichkeit der slowakischen nationalen Wiedergeburt und Schöpfer der modernen slowakischen Sprache) sagt, dass er uns nicht schaden will, uns alles Gute wünscht, nur seine Angelegenheiten ordnen will usw., dann wissen wir wohl, dass es zwar schöne Reden sind, aber schlechte Absichten und Taten. Die Tätigkeit des Herrn Štúr schadet uns Tschechen, denn sie macht unser Volk um 3 Millionen schwächer, sie schadet jedoch auch den Slowaken, ihnen sogar noch mehr, weil sie aus einem Neunmillionenvolk ein Dreimillionenvolk schaffen will, dabei noch ohne Literatur, ohne Amtssprache, ohne Institutionen, ohne Geschichte, ohne alles... Gott weiß, welche Blindheit die neuen Slowaken überfällt, denn auch das führt sie nicht zur Vernunft, dass die Ungarn mit ihrer Tätigkeit übereinstimmen und sie unterstützen.*“ Dabei machten die Tschechen den heuchlerischen Unterschied zwischen dem unschuldigen, gutmütigen slowakischen Volk und seinem boshaften Verführer.

Das zweite Kapitel der Geschichte des tschechischen Problems mit den Nachbarn stellt die Tätigkeit des T. G. Masaryks, des Gründers der unabhängigen Tschechoslowakei, vor. Masaryk war Vertreter der zweiten, selbstbewusstesten und gebildeten Generation der tschechischen Politiker. Seine Ansichten über das nationale Problem und über die Nachbarn unterscheiden sich auf den ersten Blick von denen des Karel Havlíček: „*Der Nationalismus bedroht uns mehr, als wir glauben. Wir betrachten unser nationales Leben viel zu negativ - wir halten für unser historisches Ziel den ewigen Antagonismus gegen die Deutschen und sind unfähig zu begreifen, dass wir eine eigene, positive Sendung haben, wir sind nicht imstande, ohne Seitenblick aufs Ausland zu arbeiten...*“ „*Unser Verhältnis zu den Deutschen war vom Anfang unseres Verfassungslebens an die brennendste Frage. Im Kampf um die Freiheit standen wir (und sollten wir stehen) nebeneinander, im Kampf um die sprachliche und nationale Gleichberechtigung standen wir bald gegeneinander. Bald beklagten wir uns einer über den anderen und suchten die Unterstützung bei derselben Staatsmacht, gegen die wir uns in der Theorie und auch in der Praxis widersetzten.*“ (Masaryk

spricht hier über die tschechisch-deutschen Beziehungen im Rahmen der Länder der Wenzelskrone im Jahre 1848) *„Einseitig war auch unsere antiungarische Politik. Die liberalen Stände überlegten zwar 1847 die Verbindung mit dem ungarischen Adel, aber die Volkspolitiker haben gegenüber den Ungarn wiederum eine völlig regierungstreue Stellung eingenommen. ... Man schrieb über die Ungarn mit derselben unbesonnenen und arroganten Verachtung, wie die Deutschen über uns geschrieben haben...“* Masaryks erste und wichtigste politische Sorge am Anfang seiner politischen Laufbahn war *„die Verabredung mit den Deutschen, die zusammen mit uns unser Land von jeher bewohnen“*. Und sein Schlagwort hieß damals: *„In der österreichischen Föderation eine böhmische Föderation“*, d.h. die Föderation „eines Teiles des deutschen Volkes mit einem slawischen Volk“. Das alles im Rahmen der Aufgabe, die Masaryks Ansicht nach vor dem tschechischen Volk steht, *„die Aufgabe der Humanität und der Verbindung mit den westlichen Völkern praktisch zu lösen“*.

Am Ende des 19. Jahrhunderts war also Masaryk ein gemäßigter Nationalist, der sich über die Versöhnung der Tschechen mit ihrer Umgebung Sorgen machte. Die politische Entwicklung in der alten Monarchie, die Unfähigkeit der führenden Politiker und nicht zuletzt auch die Tiefe und oft praktische Unlösbarkeit der nationalen Konflikte, hat jedoch später dazu beigetragen, dass sich auch seine Ansichten allmählich radikalisierten. Und als er dann am Anfang des Krieges emigrierte, hat sich diese Entwicklung noch beschleunigt. Sie gipfelte im politischen Pamphlet *„Das neue Europa“*, das am Ende des Weltkrieges erschienen ist und für die führenden Politiker der Siegermächte bestimmt war, sollte die tschechischen Ansprüche auf einen eigenen Staat unterstützen. Masaryk spricht hier über den Pangermanismus als die Ideologie der Deutschen, die sich schon zu Zeiten Karls des Großen durchgesetzt hatte und die auf der Feindseligkeit gegenüber den Nachbarn, vor allem den Slawen, beruhte. Das moderne Deutschland setzte den Aufbau des mittelalterlichen deutschen Imperiums fort. Dazu diene auch die deutsche Wissenschaft, *„die freilich wirkungsvoll ist, aber sie ist nicht frei, sie ist ein Teil des offiziellen Systems. Die deutschen Universitäten sind eine geistige Kaserne... die ganze deutsche Kultur ist, wenn ich generalisieren darf, oberflächlich“*. (Diese Generalisierungen sind ein wenig den Generalisierungen der Nazi-Ideologen über die jüdische Kultur ähnlich). Noch schlimmer ist es den Ungarn ergangen: Masaryk spricht über *„mongolische Magyaren“*, die unterdrückerischen Neigungen schreibt er schon dem heiligen Stefan zu, und behauptet: *„Der ungarische Staat ist ohne eine tiefere Kultur und das ungarische Volk ist in keiner Hinsicht höher als die Slowaken, umgekehrt, wie davon die ungarische Sprache zeugt, die von den Slowaken eine Reihe wirtschaftlicher, administrativer und kultureller Begriffe übernahm... Die Ungarn waren kulturell von den Slowaken abhängig“*. Dieser scharfe Ton ist damit erklärbar, dass der Interessenskonflikt zwischen den Tschechen und den Ungarn in diesem historischen Augenblick tiefer war, als der

zwischen den Deutschen (d.h. den Reichsdeutschen) und den Tschechen. Dennoch spielen die Deutschen wiederum die Rolle des „gemeinsamen Urfeindes, der sich mit aller Kraft in die östliche Richtung drängt.“ *„Das tschechische und slowakische Volk sind die anti-deutsche Vorhut aller Völker Osteuropas.“* Daher verdienen sie einen eigenen Staat. Die Slowaken sind hier großzügig in die „tschechoslowakische“ Einheit eingeschlossen. Ein wenig später sagte Masaryk zu diesem Thema: *„Es gibt keine slowakische Nation. Das ist die Erfindung der ungarischen Propaganda. Die Tschechen und die Slowaken sind Brüder. Sie sprechen zwei Sprachen, die sich voneinander weniger unterscheiden als Norddeutsch vom Süddeutsch. Es unterscheidet sie nur in der Stufe der kulturellen Entwicklung, die Tschechen sind mehr entwickelt als die Slowaken, denn die Ungarn haben die Slowaken in einer fortdauernden Unwissenheit gehalten... Nach einer Generation wird es schon keinen Unterschied zwischen diesen zwei Stämmen unserer nationalen Familie mehr geben.“* Daher ist die Autonomie für die Slowaken Masaryk nach überflüssig. Und dass er sie den Slowaken in Pittsburg versprochen hat? Diese Vereinbarung, sagt Masaryk, galt ausschließlich für Amerika und für die amerikanischen Verhältnisse.

Ich betone nochmals: Auch im Falle Masaryks handelte es sich nicht um einen primitiven Chauvinisten, sondern um einen Menschen, der einst um die Verständigung der Tschechen mit ihren Nachbarn bestrebt war, und der im Kampf gegen die nationalistischen Vorurteile und gegen den Antisemitismus eine große persönliche Tapferkeit bewies. In der Situation der Bedrängnis reagierte er jedoch irrational und hysterisch.

Das dritte, und traurigste Kapitel dieser Geschichte spielte sich in der düsteren Zeit nach der Niederlage des Hitlerreiches ab. Die tschechoslowakische Regierung, die noch nicht im vollen Sinn kommunistisch war und die sich formell zu Demokratie und Humanismus bekannte, hatte eine groß angelegte Aktion geplant und teilweise auch durchgeführt, deren Inhalt eine totale Entrechtung, Enteignung und endlich auch Vertreibung der Deutschen und der Ungarn aus der Tschechoslowakei war. Die Vertreibung der Deutschen wurde zu Ende gebracht, die Vertreibung der Ungarn stieß in der letzten Phase auf ein energisches Nein der Westalliierten sowohl auf der Potsdamer, als auch später und definitiv auf der Pariser Konferenz. Die Art und Weise, wie darüber im tschechischen Teil der CSR gedacht wurde, kann am deutlichsten im Spiegel der damaligen politischen Propaganda und der Presse beobachtet werden. *„Hitler hat den Nazismus nicht geschaffen“*, schreibt in einer politischen Broschüre der Volkssozialistischen Partei der Chefredakteur der damals größten nichtkommunistischen Zeitung Svobodné slovo (Freies Wort) Ivan Herben, *„sondern der Nazismus mit all seiner Schrecklichkeit und Rohheit war im deutschen Volke schon lange vor Hitler eingebaut. Die Klugheit Hitlers bestand nur darin, dass er durch seine politische Lehre, durch die Methoden der politischen Agitation*

und des politischen Kampfes alle dunklen Triebe der Unmenschlichkeit befreite, die im deutschen Menschen schon längst gewesen sind... Es gibt keine guten Deutschen, sondern nur schlechte und noch schlimmere... Ein jeder Deutsche ist vor allem Imperialist und Sklavenhalter... Der tschechische Vater, der sein Kind nicht zum Hass zu der deutschen Pseudokultur und Unmenschlichkeit erzieht, ist nicht nur ein schlechter Patriot, sondern auch ein schlechter Vater...“ Und ein Kommentator der prominenten tschechischen - ebenso nichtkommunistischen - Zeitschrift (Dnešek) spricht über „allgemeine Orientierung der deutschen Seele gegen alle positiven Werte der Menschlichkeit, wie Wahrheit, Recht, Ehre, Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit, an die sich das tschechische Volk so eifrig anschließt. Der deutsche Nazismus und Faschismus, diese Sünde gegen die Menschlichkeit, ist kein Produkt des kranken Gehirns des entlaufenen Tapezierers Hitler: Es ist nur eine der Äußerungen eines und desselben ewigen deutschen Geistes, mit dem unser Volk schon vom Anfang seiner Geschichte kämpft. Und es ist nicht nur der Kampf um die eigene Nationalität und um den von den Vätern geerbten Boden, sondern der Kampf um jene allmenschlichen Werte, der beide Völker in dieser Weise gegenübergestellt hat.“ Im Hintergrund dieser hasserfüllten Äußerungen steht jedoch ein ganz pragmatisches Kalkül: Diese historische Situation ist eine einzigartige Gelegenheit dazu, den deutschen Ballast loszuwerden. Wir müssen sie ausnützen.

Ebenso traurig ist die Art und Weise, wie damals (z.B. in Dnešek) die slowakische Frage behandelt wurde. Die ursprüngliche Ideologie der gemeinsamen tschecho-slowakischen Nation war nach dem slowakischen Aufstand im Jahre 1944 unhaltbar geworden und die tschechischen nationalistischen Nichtkommunisten mussten darauf schweren Herzens resignieren. Die verletzten Seelen der tschechischen nationalistischen Politiker hatten eine Ideologie produziert, wonach das Wesen der tschecho-slowakischen Beziehungen auf der einen Seite die tschechische Hilfsbereitschaft, Offenheit und Toleranz, und auf der anderen Seite ein tiefer slowakischer Undank ausmachte. Die tschecho-slowakischen Beziehungen bestanden demnach aus einer Reihe slowakischer Verrate, die die Tschechen den Slowaken immer Dank ihrer Großmütigkeit verziehen. Im Schatten dieses ideologischen Ballasts erfolgte dann eine wesentliche Beschränkung der slowakischen Autonomie durch den sogenannten 3. Prager Vertrag und die Lähmung der stärksten und zugleich nicht-kommunistischen slowakischen Partei, der Demokratischen Partei - die tschechischen nicht-kommunistischen Parteien haben dabei den Kommunisten eifrig assistiert. Diese selbstmörderische Aktivität der tschechischen Nicht-Kommunisten hatte dann logischerweise zum Februar 1948 und zur definitiven Liquidierung der tschechischen Demokratie geführt.

Nur nebenbei möchte ich betonen, dass es in den Jahren 1945-1947 noch einen heftigen tschechisch-polnischen Streit um die südliche Seite des Tetschener

Gebietes gab, das vor dem zweiten Weltkrieg zur CSR gehörte, obwohl es im nördlichen Teil vorwiegend von Polen bewohnt war. Mit Hilfe Stalins war es den Tschechen endlich gelungen, das ganze Gebiet zu behalten. Wie die tschechische Propaganda, die damals die tschechischen Medien entfaltet hatten, aussah, davon zeugt eine Äußerung des damaligen kommunistischen Ideologen, und zugleich „Informationsministers“, Václav Kopecký: „Die tschechische Seite darf nicht in Bezug auf Polen chauvinistisch auftreten und vor allem darf sie nicht vergessen, dass es sich in diesem Fall um die Slawen handelt, obwohl sie in ihren Forderungen sehr anspruchsvoll und sogar frech sind...“

Ich gebe zu, dass dieses Bild der Reflektierung der tschechischen Beziehungen zu den Nachbarn im gewissen Sinne „überexponiert“ ist. Es befasst sich nämlich ausschließlich mit den Krisenperioden der modernen tschechischen Geschichte. Es gab in der tschechischen Gesellschaft Leute, die im Stande waren z. B. die deutsch-tschechischen Beziehungen sachlich und rational zu betrachten. So schrieb in den verhältnismäßig ruhigen zwanziger Jahren der hervorragende tschechische Historiker Josef Pekař, übrigens auch ein tschechischer Nationalist: „Es waren vor allem die Deutschen, die für uns den Fortschritt, die Vorbilder und die geistigen Richtlinien Europas vermittelt haben... Ich will nicht die direkten Verbindungen mit Italien, Frankreich, England usw. vergessen, die deutsche Vermittlung jedoch und die direkten deutschen Einflüsse hatten ein unbestreitbares Übergewicht... Und wenn wir über den deutschen Einfluss sprechen als einem Faktor der tschechischen Geschichte, dann müssen wir sagen, dass dieser Einfluss nicht nur die Erziehung zum Nationalismus bedeutete..., sondern dass er, indem er bei uns Europa einführte, viel Großes und Nützliches in unserer Heimat geschaffen hat, er hat sie - in der Kooperation mit den direkten Einflüssen des übrigen Westeuropas - an die höheren Lebensformen angepasst sowohl in der geistigen, als auch in der materiellen Kultur, in den Angelegenheiten des Rechts und Wirtschaft... Der Deutsche hat uns zur Nachahmung, zum Wettbewerb aufgefordert, zur Bestrebung, dass wir seinem Fortschritt, seinen Fähigkeiten, seiner Macht und seinem Reichtum gleichkommen... Wenn wir jetzt im wirtschaftlichen und industriellen Vermögen, in der Administrative, Disziplin und Arbeitsamkeit weiter sind, als andere östliche Völker, wir verdanken es vor allem der deutschen Erziehung...“ Und der größte tschechische politische Denker der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhundert, der Kämpfer für die Rechte der „Minderheiten“ in der CSR, Emanuel Rádl, schrieb in seinem berühmten Buch „Der Krieg zwischen den Tschechen und den Deutschen“ folgendes: „Es ist wahr, dass die falsche Theorie Palackýs unseren Blick für die friedlichen Beziehungen zwischen den Tschechen und den Deutschen getrübt hat. Die Deutschen (im Vergleich mit den anderen Nationen) haben uns in der Geschichte meistens am besten verstanden und haben uns auch geholfen. Sie waren von Anfang unseres staatlichen Lebens an unsere Nachbarn; die Bildung, die zu uns vom Westen kam, kam in der Tat aus Deutsch-

land!“ Das allgemein geteilte Gefühl des nationalen Bedroht-Seins und der Unsicherheit produziert andere Gedanken und bringt große Ansprüche auf politische Tapferkeit und Nüchternheit. Man muss leider sagen, dass die Tschechen in dieser Hinsicht den Ansprüchen, die auf eine jede Nation erhoben werden, oft sehr viel schuldig geblieben sind.

In der Nachkriegszeit ist dann die tschechische Reflektierung der Nachbarn wie in einem Märchen auf mehr als vierzig Jahre eingefroren. In dieser Zeit gab es keinen wirklichen Raum der Freiheit für eine unvoreingenommene Reflexion. Damit ist zu erklären, dass nach dem November 1989 wieder von vorn begonnen werden musste. Das gilt vor allem für die tschechisch-deutschen Beziehungen, die mit der Frage der Vertreibung der rund 3 Millionen Deutschen aus den tschechischen Ländern belastet sind. Was die tschechisch-polnischen, tschechisch-slowakischen und tschechisch-ungarischen Beziehungen betrifft, kann man sagen, dass sie oberflächlich völlig harmonisch und ruhig sind. Das bedeutet jedoch nicht, dass es in diesen Fällen den Tschechen gelungen ist, die Krisenmomente durch eine offene Reflexion und ein Gespräch mit den Betroffenen zu bewältigen. Die Probleme sind nur ins kollektive Unterbewusstsein gedrängt, wo sie auf einen günstigen Augenblick warten - es handelt sich also um eine gefährliche Zeitbombe.

Anders ist es mit dem deutschen, bzw. sudetendeutschen Problem. Hier gab es eine heftige Diskussion. Außerdem wurde eine sehr intensive tschechisch-deutsche diplomatische Aktivität hervorgerufen, mit dem klaren Ziel, die tschechisch-deutschen Beziehungen vom sudetendeutschen Problem zu trennen.

Die erste politische Garnitur, die noch in der CSFR an die Macht kam, rekrutierte sich auf der tschechischen Seite aus dem Umkreis des tschechischen Dissens. Dies war eine verhältnismäßig dünne, von der breiten Gesellschaft isolierte Schicht: Dort fanden sich utopische Idealisten, die über die praktische Schwierigkeit der politischen Auseinandersetzung mit der sudetendeutschen Frage keine klare Vorstellung hatten. Vor allem wussten sie nichts darüber, wie schwierig es sein wird, über die im Grunde richtige Idee der Wiedergutmachung die tschechische Gesellschaft zu überzeugen. Außerdem gab es dort kommunistische Ideologen und Apparatschiks vom Jahr 1968 (z.B. Zdeněk Mlynář), kalt kalkulierende Zyniker, die in der Opposition guten Willen simulierten und bei ihrer Rückkehr in die aktive Politik alles vergessen haben und eine populistisch-chauvinistische Politik fortsetzten, die für die tschechischen Kommunisten immer bezeichnend war. Der damals noch tschechoslowakische Präsident Havel (ein Vertreter des nicht-kommunistischen Dissens) hatte sich noch vor seiner Wahl für eine Entschuldigung gegenüber den Sudetendeutschen ausgesprochen und in verschiedenen öffentlichen Äußerungen für die Versöhnung plädiert. Seine Verurteilung der Vertreibung war damals verhältnismäßig offen: „*Sechs Jahre der nazistischen Gewaltherrschaft haben z.B. genug dazu beigetragen,*

dass wir uns durch den Bazillus des Bösen anstiften ließen, dass wir uns während des Krieges und nachher untereinander anzeigten, dass wir uns auf einmal - in der berechtigten und freilich auch in der übertriebenen Empörung - das unmoralische Prinzip der Kollektivschuld zu Eigen machten“, sagte er in der Rede beim Besuch des deutschen Bundespräsidenten von Weizsäcker im März 1990. „*Statt dessen, dass wir alle, die ihren Staat verraten haben, ordnungsgemäß vors Gericht gestellt hätten, haben wir sie aus dem Lande vertrieben und durch eine Strafe bestraft, die unsere Rechtsordnung nicht kannte. Es war keine Strafe, es war eine Rache. Außerdem haben wir sie nicht aufgrund eines individuellen Schuldweisens vertrieben, sondern als Angehörige einer bestimmten Nation. Und im Glauben, dass wir der historischen Gerechtigkeit den Weg bereiten, haben wir vielen unschuldigen Leuten, vor allem den Frauen und den Kindern, Leid zugefügt. Und wie es schon im Laufe der Geschichte geschah, haben wir nicht nur ihnen Leid getan, sondern noch mehr uns selber: Wir haben mit der Totalität so abgerechnet, dass wir der Ansteckung einen freien Weg in unserem Tun geöffnet haben, und damit auch unseren Seelen. Das hat sich an uns bald danach bitter gerächt - wir wurden unfähig, der neuen von einer anderen Richtung importierten Totalität Widerstand zu leisten.*“ Man könnte hier und da etwas einwenden, aber es war damals ein ehrlicher Versuch das Ganze konkret zu benennen. Die Folge war eine heftige Empörung in der durch den vierzig Jahre dauernden Schlaf betäubten tschechischen Gesellschaft. Havel und seine Umgebung rückte still von diesem Standpunkt ab und 1995, anlässlich der Vorbereitung der gemeinsamen tschechisch-deutschen Erklärung, sprach dann der tschechische Präsident schon ganz anders.

Die „pragmatische“ tschechische Politik, die dann mit Vaclav Klaus und Josef Zieleniec zu Wort kam, hörte der Stimme des Volkes aufmerksam zu. Die tschechisch-deutschen Beziehungen sollten in die Zukunft gerichtet sein. „*Der Transfer der Deutschen aus unserem Land nach dem durch Deutschland hervorgerufenen Krieg und menschlichen Leiden von bisher unbekanntem Umfang, spiegelte die Atmosphäre der damaligen Zeit wider*“, schrieb Klaus in einem Artikel in Lidove noviny. „*Man sollte Schluss machen mit der wiederholten Annahme oder Absage der Schuld auf der einen wie auf der anderen Seite und man soll sich darauf konzentrieren, was die deutsch-tschechischen Beziehungen heute charakterisiert: Und da ist die breite, schnell wachsende, allseitige Zusammenarbeit und das gemeinsame Interesse an der Schaffung des neuen Niveaus des Vertrauens zwischen beiden Ländern.*“ Man soll sich also über die Vergangenheit nicht überflüssig sorgen.

Die von dem damaligen inoffiziellen Informationsminister Zieleniec gelenkte offizielle Pressepropaganda hat in der Zeit der Vorbereitung der tschechisch-deutschen Erklärung sogar auch schärfere Töne gewählt. Der Historiker und prominente Publizist der Klaus-Ära Dušan Třeštík schrieb darüber, dass

Deutschland noch immer „zwischen dem liberalen und aufgeklärten Westen und einer falsch aufgefassten nationalen Eigenständigkeit schwankt“, dass die Deutschen die tschechische Republik anders als einen souveränen Staat behandeln, dass sie den tschechischen Stolz mit ein paar DM brechen wollen, dass sie die Tschechen für ein Untertanenvolk halten, dass sie bisher nicht fähig waren, die Aufgabe einer verantwortlichen Großmacht anzunehmen und ihre Beziehungen mit den Nachbarn zu ordnen. Das alles war als präventiver Angriff gegen eventuelle deutsche Forderungen eines Dialogs mit den Sudetendeutschen gedacht.

Es gibt selbstverständlich in der tschechischen Gesellschaft und vor allem unter tschechischen Intellektuellen auch viele, die sich zu den Deutschen und zu Deutschland anders positionieren und die tschechischen Fehler und Verbrechen in der Vergangenheit nicht übersehen. Auf der Ebene der praktischen Politik blieb man dabei, dass die tschechische Seite zwar die gemeinsame tschechisch-deutsche Erklärung gebilligt hat; wobei sie diese jedoch in einem wesentlichen Punkt anders interpretiert als die Deutschen. Der tschechischen Seite nach enthält die Erklärung das Bedauern über „Exzesse“ während der Vertreibung der Sudetendeutschen (unter Exzessen versteht man in der CR die damals verübten Massenmorde), die deutsche Seite glaubt jedoch, dass dort die Vertreibung als solche verurteilt wurde. Die tschechische Politik bekam in der Zeit der Verhandlungen offene Unterstützung von Seiten der USA und Großbritannien, die ihre Mitschuld an den Massenvertreibungen in Mitteleuropa noch nicht reflektiert haben. Das ist leider eine völlig unverantwortliche Politik: Sie gestattet nicht, dass die Wunden auf diesem Gebiet geheilt wurden.

Was für Schlussfolgerungen können aus meinen Ausführungen für die Integration der Tschechischen Republik in Europa und in die EU gezogen werden? Es sollte klar sein, dass in dieser Hinsicht ein labiler, nicht in jedem Sinne gewachsener Partner aufgenommen wird. Das sollte kein Grund dafür sein, die Aufnahme zu verzögern oder sogar abzulehnen. Ohne eine verlässliche, sichere, kultivierte Umgebung ist es unvorstellbar, dass dieser Staat und die tschechische Gesellschaft reif wird. Europa sollte jedoch wissen, dass mit der Aufnahme der CR Probleme entstehen, die für diese zivilisierte Umgebung eine große Herausforderung darstellen.

Forschungsergebnisse zur Entwicklung der tschechischen Grenzgebiete zu Deutschland, Österreich, Polen und der Slowakei (I)

Milan Jeřábek

1. Vorstellung des Forschungsprojektes

Das Grenzgebiet ist nicht nur in der Forschung ein aktuell diskutiertes Thema, sondern vielmehr auch ein dauerhaftes Aufgabenfeld für Untersuchungen und Auswertungen der für die Regionalentwicklung zuständigen Institutionen. Die Tschechische Republik (im historischen Rückblick die vormalige Tschechoslowakei) ist dabei selbstverständlich keine Ausnahme. Die Zeit der dynamischen Veränderungen der 1990er Jahre gibt neue Impulse für alle an dieser Problematik Interessierten. Im Verlauf des häufig stattfindenden Meinungsaustausches wurde die Notwendigkeit erkannt, ein Konzept für ein gemeinsames Projekt zu entwickeln, das sich mit dieser Problematik beschäftigt und das im Gegensatz zu den bisher isoliert ablaufenden Forschungstätigkeiten einzelner Fachrichtungen und räumlicher Zuständigkeiten eine Gesamtbetrachtung ermöglicht.

Zu den bedeutenden Vertretern der Grenzraumforschung gehört zweifellos eine Reihe geographischer Institutionen der tschechischen Hochschulen. Des Weiteren beschäftigt sich das Soziologische Institut bzw. seine Zweigstelle in Ústí nad Labem mit der Analyse der sozialen und ökonomischen Veränderungen im tschechisch-deutschen Grenzgebiet (Tabelle 1).

Die Vergabe des Projektes „Die Rolle des Grenzgebietes der Tschechischen Republik (CR) und die Bedeutung der ökonomischen und politischen Zusammenarbeit mit den Nachbarländern im Hinblick auf die Integration der CR in die EU“ durch das tschechische Außenministerium ist auf unsere konkreten Bemühungen im Jahre 1998 zurückzuführen. Seit 1999 können wir eine weitere Fördermöglichkeit durch die Grantagentur der CR für das Projekt „Die Stellung des Grenzgebietes im Rahmen der Regionalentwicklung der CR mit Berücksichtigung der Einbindung der CR in die europäischen Strukturen“ in Anspruch nehmen.

Dennoch handelt es sich nicht um ein internationales Projekt. Es werden vielmehr bestehende Kontakte zu Kollegen in Dresden, Chemnitz, Bayreuth, Linz, Wien, Bratislava, Banská Bystrica, Katowice und Opole genutzt.

Tab. 1: Organisation des Forschungsprojektes

Organisation	Grenze zu	Mitarbeiter	Theorie	Themenbereich
Soziologisches Institut der AdW der CR, Ústí n.L.	Sachsen	M. JEŘÁBEK	Spezifika des Grenzgebietes in der Regionalentwicklung	Umwelt, Arbeitsmarkt
Westböhmisches Universität Plzeň	Bayern	J. DOKOUPIL	Grenzeffekte + ihre Wirkungen	Arbeitsmarkt, Industrie
Karlsuniversität Praha	Österreich	T. HAVLÍČEK	Theorie der Abgrenzung des Grenzgebietes	Bevölkerung, Siedlung, Wohnungswesen
Masaryk-Universität Brno	Slowakei	S. ŘEHÁK	Stellung des Grenzgebietes in den Integrationsprozessen	Verkehr, Zusammenhänge auf internationaler Ebene
Ostrava-Universität Ostrava	Polen	P. WILAM	Geographisches Potenzial des Grenzgebietes	Industrie

Das gegenwärtige Projekt bei der Grantagentur gliedert sich in zwei Teile, wobei folgende Forschungsgebiete behandelt werden:

1. Veränderung der sozioökonomischen Struktur des Grenzgebietes einschließlich der Wirkung grenzüberschreitender Zusammenarbeit und Regionalpolitik der CR
2. Bewertung der Integration der CR in die EU auf der Regionalebene

Auf der Ebene der Grundlagenforschung konzentrieren wir uns auf die Vertiefung der bisherigen regionalgeographischen Theorien, die Marginalität der Lage, die Existenz von Barrieren und die Durchsetzung von Innovationen. Die angewandte Forschung umfasst folgende Gebiete:

- Studium der Grenzeffekte und Typologie des Grenzgebietes der CR aus der Sicht der sozioökonomischen Situation
- Einfluss der Grenzeffekte auf die Raumordnung und die Regionalentwicklung des Grenzgebietes und des Binnenlandes der CR
- Erarbeitung einer Strategie der Vorbereitung des tschechischen Grenzgebietes im Zusammenhang mit dem künftigen Beitritt der CR zur EU

- Zusammenstellung von Maßnahmen und Instrumenten der Regionalpolitik für die weitere Entwicklung des Grenzgebietes der CR

Aufgrund der unterschiedlichen Entwicklung der Beziehungen zu unseren Nachbarn (Staaten oder Regionen) ist das Grenzgebiet der CR differenziert zu betrachten. Man spricht in der groben Gliederung

erstens vom tschechisch-bayerischen und tschechisch-österreichischen Grenzgebiet, welches bis zur politischen Wende durch Undurchlässigkeit gekennzeichnet war und heute eine wichtige Vermittlungsfunktion übernimmt,

zweitens vom tschechisch-sächsischen Teil, der bisher durch eine ähnliche politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung beiderseits der Grenze geprägt wurde und

schließlich ganz neu vom Grenzgebiet zur Slowakei, welches zwischen zwei Staaten mit einer langen gemeinsamen Entwicklung entstanden ist und das weiterhin durch enge ökonomische, vor allem aber auch kulturelle und familiäre Beziehungen geprägt ist.

Diese Räume können bei der Untersuchung der allgemeinen und spezifischen Wirkungen der Transformationsprozesse in den mitteleuropäischen Ländern in gewisser Hinsicht als Modellregionen angesehen werden. Das hier interessante Territorium umfasst alle an der Grenze gelegenen Kreise der Tschechischen Republik sowie den Kreis Ostrava-Stadt (insgesamt 36 Kreise).

Tab. 2: Demografische Merkmale des Grenzgebietes im Vergleich zur CR (1996)

Indikator	Einheit	Grenzgebiet	Tschechien	%	Index
Fläche	km ²	38.675	78.867	49	
Bevölkerungszahl	Tsd. Einw.	4.510	10.309	44	
Bevölkerungsdichte	Einw./km ²	117	131		89
Anzahl der Gemeinden		2.286	6.233	37	
davon Städte		255	482	53	
Städtische Bevölkerung	%	72	70		102

Die erste zusammenfassende Studie basiert auf der Auswertung sog. harter statistischer Daten, welche die gegenwärtige Situation im Grenzgebiet, in seinen einzelnen Abschnitten oder aber im Vergleich mit dem Binnenland bzw.

Tschechien charakterisieren. Die Struktur der Analyse entspricht der klassischen geographischen Vorgehensweise. Die Bearbeitung wurde in thematische Bereiche gegliedert, jedes Kapitel ist kollektiv bearbeitet worden.

Tab. 3: Struktur der Forschungsstudien

A) „GEOGRAPHISCHE ANALYSE DES GRENZGEBIETES DER CR“ (1999)	B) „BETRACHTUNG DER REGIONAL-ENTWICKLUNG DES GRENZGEBIETES DER CR“ (2000)
1. Theoretische Einführung in die Problematik	1. Spezifika der einzelnen Abschnitte des Grenzgebietes der CR
2. Umwelt	2. Betrachtung des Grenzgebietes und der grenzüberschreitenden Problematik aus der Sicht der Bürgermeister
3. Landwirtschaft	3. Ausländische Mitarbeiter auf dem Arbeitsmarkt im Grenzgebiet
4. Bevölkerung, Siedlung, Wohnungswesen	4. Analyse der Besiedlung im Umkreis der wichtigsten Straßengrenzübergänge der CR
5. Arbeitsmarkt	5. Ausländische Investitionen in Tschechien und im Grenzgebiet
6. Industrie	6. Vergleich der Grenzkreise und räumlichen Einheiten der Nachbarn
7. Verkehr	7. Perspektiven der weiteren Entwicklung des Grenzgebietes der CR
8. Dienstleistungen	
9. Zusammenhänge auf der nationalen, internationalen und regionalen Ebene	

In der zweiten Etappe (1999) haben wir eine ganze Reihe von empirischen Untersuchungen realisiert. Befragt wurden die Bürgermeister als Vertreter der lokalen Selbstverwaltung, die Arbeitsämter sowie Unternehmen mit ausländischem Kapital. Bei weiteren Betrachtungen standen die Beurteilung der Abschnitte der Staatsgrenze, der Vergleich der Grenzkreise mit den räumlichen Einheiten der Nachbarn und die Perspektiven der weiteren Entwicklung des Grenzgebietes der CR im Vordergrund.

2. Auswertung der Befragung der Bürgermeister

Die Befragung der Bürgermeister im Grenzgebiet der CR im Jahr 1999 wurde von der Arbeitsgemeinschaft „Geogrant des Grenzgebietes“ realisiert. Dabei wurden 311 Fragebogen ausgewertet. Der Großteil der Gemeinden liegt im tschechisch-sächsischen (27%) und tschechisch-polnischen (24%) Grenzgebiet, ein Drittel sind kleine Gemeinden (bis 500 Einw.). Die ausgewählten Ergebnisse beziehen sich auf die Stellung des Grenzgebietes im Kontext der Regionalentwicklung Tschechiens, die Bewertung des Wandels nach 1990, die grenzübergreifenden Aktivitäten im Allgemeinen einschließlich der euroregionalen Problematik und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene. Unser Ziel ist die „Kartierung“ der heutigen Situation auf der Grundlage der Antworten. Der Vorteil liegt darin, dass die bisherigen Erkenntnisse aus der Bewertung der statistischen Angaben durch die subjektive Betrachtung der Bürgermeister ergänzt bzw. korrigiert werden konnten.

Die Bürgermeister betrachten das Grenzgebiet einerseits als Randgebiet (vor allem an der Grenze zur Slowakei und Polen), andererseits bemängeln sie die unzureichende Förderung der Grenzgebiete durch die Regionalpolitik (vor allem an der Grenze zu Sachsen und Österreich). Das naturräumliche Potenzial, die kulturellen Sehenswürdigkeiten, der Fremdenverkehr und das Badewesen werden von den Bürgermeistern als Spezifika der jeweiligen Gebiete genannt. Die Kommunalpolitiker sind gleichzeitig davon überzeugt, dass die Grenzgebiete aufgrund ihrer Grenzlage im Vergleich zu den leistungsfähigeren bzw. bedeutenderen Kreisen benachteiligt sind. Rund ein Drittel der Befragten bewertet die Lage an einer wichtigen Verkehrslinie bzw. an einem Grenzübergang als positiv.

Die Bürgermeister beurteilen den Einfluss des politischen und ökonomischen Wandels vorwiegend positiv. Auf einer dreistufigen Skala ergab sich ein durchschnittlicher Wert von 1,47. Als besonders vorteilhaft wurden die Möglichkeiten des Kontakts, die Bildung persönlicher Beziehungen und die Reisefreiheit eingeschätzt.

Tab. 4: Bewertung der politischen und ökonomischen Veränderungen aus Sicht der befragten Bürgermeister (A: allgemein, B: konkret; in %)

Bewertung		Sachsen	Bayern	Österreich	Slowakei	Polen	Grenzgebiet
1: eher positiv	A	55	39	46	37	51	47
	B	32	23	33	32	27	30
2: teils positiv, teils negativ	A	38	56	48	29	30	40
	B	40	54	38	38	20	36
3: eher negativ	A	5	5	2	24	4	7
	B	13	20	22	12	32	21
durchschnittlicher Wert	A	1,45	1,66	1,47	1,68	1,24	1,47
	B	1,77	1,97	2,05	1,76	2,07	1,88
keine Veränderung	A	2	0	4	10	15	6
	B	15	3	7	18	21	13

Die Einschätzung auf der kommunalen Ebene fällt mit einem Durchschnittswert von 1,88 nicht so positiv aus. Als Gründe für die negativere Betrachtung geben die Befragten die soziale Situation, die Kriminalität (Grenze zu Deutschland und Österreich) und die Beschränkung grenzüberschreitender Beziehungen (Grenze zur Slowakei) an.

Die gegenwärtige grenzüberschreitende Zusammenarbeit entspräche der historischen Entwicklung sowie dem unterschiedlichen Niveau heutiger Möglichkeiten. Teilweise stelle sie sich als unzureichend dar. Gründe hierfür seien ökonomische, finanzielle und technische Unterschiede. Andererseits gehen zwei Drittel der Bürgermeister von einer positiven Entwicklung der Zusammenarbeit aus, da sie für beide Seiten Erfolg verspräche.

Tab. 5: Charakteristik der gegenwärtigen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aus Sicht der befragten Bürgermeister (in %)

	Ausgewählte Antworten	Sa	Bay	Ö	SK	PL	Ges.
a)	„entspricht der historischen Entwicklung sowie dem unterschiedlichen Niveau heutiger Möglichkeiten“	53	57	46	67	50	55
b)	„stellt sich als unzureichend dar, Gründe hierfür sind ökonomische, finanzielle und technische Unterschiede“	36	23	33	27	44	33

Die Regional- und Wirtschaftsentwicklung spielt im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eine außerordentlich wichtige Rolle, insbesondere im tschechisch-sächsischen Grenzabschnitt. Als größte Barrieren werden in diesem Zusammenhang die unterschiedliche Kaufkraft und der Währungsunterschied (vor allem zu den westlichen Staaten), der unzureichende gegenseitige Informationsaustausch (mehr zu Österreich und zur Slowakei) und die juristischen Probleme (Sachsen, Österreich) benannt. Ihre Wirkung wird auf einer dreistufigen Skala allerdings nur als „mittel“ bis „gering“ eingestuft.

Die Bedingungen für eine Vertiefung der Zusammenarbeit können generell als unproblematisch, die Perspektiven als überwiegend gut bewertet werden, obwohl die Beurteilungen der Situation - bezogen auf die Grenzgebiete zu Sachsen, Bayern, Österreich (EU-Länder) bzw. zu Slowakei, Polen (EU-Beitrittsländer) - sehr unterschiedlich ausfallen.

Tab. 6: Behindernde Faktoren für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Gemeinden aus Sicht der befragten Bürgermeister *

Indikator	Sa	Bay	Ö	SK	PL	Ges.
Unterschiedliche Kaufkraft und Währungsunterschied	1,64	1,80	1,65	2,85	2,90	2,12
Rechtliche Probleme	1,97	2,43	2,11	2,63	2,25	2,22
Unzureichender Informationsaustausch	2,24	2,39	2,09	2,08	2,25	2,23
Unterschiedlichkeit des Infrastrukturniveaus	2,12	1,73	2,30	2,87	2,72	2,34
Förderpolitische Probleme	2,32	2,35	2,16	2,32	2,63	2,35
Sprachprobleme	1,88	1,92	1,75	3,50	3,21	2,38
Administrative Probleme	2,36	2,37	2,38	2,73	2,53	2,46
Verschiedene Planungssysteme	2,91	2,53	2,62	2,95	2,82	2,76
Verschiedene nationale Mentalitäten	2,77	2,81	2,80	2,90	3,06	2,86
Unterschiedliche nationale/staatliche Interessen	3,01	2,73	2,87	2,85	3,11	2,93
Misstrauen aus der Geschichte	2,93	2,67	2,79	2,92	3,38	2,96
Verschiedene politische Systeme	3,36	3,19	3,27	3,08	3,63	3,32

* Skala: 1: sehr, 2: durchschnittlich, 3: wenig, 4: gar nicht

Die grenzübergreifende Zusammenarbeit wird auf unterschiedlichen Ebenen finanziell gefördert. Welche Ebene ist dabei die wichtigste? Unsere Untersuchung zeigt, dass die internationale Ebene deutlich an erster Stelle steht. Bedeutend sind hierbei vor allem die EU-Ebene und teilweise auch die Euroregionen. Die Förderung auf allen anderen Ebenen wird als eher gering eingeschätzt. Die Wirkung der Euroregionen im Grenzraum Tschechiens wird von den Bürgermeistern vor allem als „Mittel zur Überwindung der Nachteile aus der Randlage“ und als „natürliche Initiative der Lokal- und Regionalorgane“ gesehen (34 bzw. 29% der Antworten). Der Einfluss der Euroregionen auf die Gemeindeentwicklung ist jedoch unbedeutend. Das Programm Phare-CBC ist allen Bürgermeistern im böhmisch-deutschen Grenzgebiet bekannt. Außerordentlich hoch ist die Bewertung im Grenzgebiet zu Sachsen: 75% der Gemeinden profitieren von diesem Programm.

Tab. 7: Finanzielle Unterstützung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit aus Sicht der befragten Bürgermeister *

Ebene	Sa	Bay	Ö	SK	PL	Ges.
a) International, vor allem EU	2,03	2,36	2,21	2,36	2,40	2,24
b) Nachbarstaaten	2,81	2,82	3,09	2,97	3,03	3,00
c) Euroregionen	2,36	2,66	2,91	3,06	2,72	2,68
d) Tschechien (national)	2,93	2,79	2,86	3,06	3,22	2,99
e) Regional (Kreise)	2,36	2,90	2,83	3,19	2,84	2,86
f) Lokal (kommunal)	3,76	2,74	3,02	3,00	2,94	2,91

* Skala: 1: hoch, 2: mittel, 3: gering, 4: gar nicht

Tab. 8: Bereiche grenzüberschreitender Zusammenarbeit aus Sicht der befragten Bürgermeister (A: allgemein, B: konkret) *

	Bereiche		Sa	Bay	Ö	SK	PL	Ges.
a)	Ökonomische und regionale Entwicklung	A	1,33	1,60	1,57	1,67	1,67	1,55
		B	2,76	3,06	2,64	3,25	2,90	2,82
b)	Verkehr und technische Infrastruktur	A	2,13	2,16	2,58	2,17	2,11	2,23
		B	3,06	3,65	4,00	3,62	3,20	3,37
c)	Umwelt und Naturschutz	A	2,73	2,52	2,63	2,73	2,76	2,68
		B	2,50	3,24	3,57	2,62	3,05	2,91
d)	Fremdenverkehr und Tourismus	A	2,25	2,05	2,18	1,84	1,87	2,04
		B	1,85	2,06	2,07	2,00	1,85	1,90
e)	Sozialentwicklung (Sozial-, Gesundheitswesen usw.)	A	2,97	2,84	2,93	3,00	2,98	2,95
		B	3,30	3,94	4,07	3,75	3,89	3,67
f)	Freizeit, Kultur, Sport, Jugend	A	2,50	2,42	2,79	2,38	2,59	2,56
		B	1,94	2,06	2,64	2,00	1,71	2,01

* Skala der Wichtigkeit: A: 1: sehr bis 5: minimal, 6: gar nicht; B: 1: sehr bis 5: gar nicht

Die Zusammenarbeit der Gemeinden bekam in den 90er Jahren einen neuen Impuls. Aus den Ergebnissen unserer Untersuchungen können wir schließen, dass rund ein Drittel der Gemeinden (im 15-km breiten Gürtel) mit einer Gemeinde im Nachbargebiet zusammenarbeitet. Am besten stellt sich die Lage im Grenzgebiet zu Deutschland (43% zu Sachsen, 45% zu Bayern) dar, weniger gut zur Slowakei (20%). Die Bürgermeister haben mit der Zusammenarbeit eher positive Erfahrungen gemacht (1,92 in einer 5-stufigen Skala). Als Gründe für eine Zusammenarbeit werden die „Völkerverständigung“ und die „Lösung spezifischer Probleme in den Bereichen Kultur, Fremdenverkehr, Umwelt, Wirtschaft und Infrastruktur“ genannt. Gemeinsame Veranstaltungen sind die häufigste Form der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Der Beitrag ist auf der Basis einer Förderung der Grantagentur der CR (Nr. 205/99/1142) entstanden.

Forschungsergebnisse zur Entwicklung der tschechischen Grenzgebiete zu Deutschland, Österreich, Polen und der Slowakei (II)

Jaroslav Dokoupil

Arbeitsmarkt

Grundtendenzen und ihre Gebietsprojektion

Vor der Wende 1990 stand in der Tschechoslowakei eine hohe ökonomische Aktivität der Bevölkerung der niedrigen Produktivität der Arbeitskräfte gegenüber. Nach der Wende war ein Rückgang der wirtschaftlichen Prosperität zu verzeichnen – am stärksten im Gebiet Nordböhmen und Nordmähren. Der Beschäftigungsgrad im Primärsektor (Landwirtschaft und Forstwirtschaft) nähert sich mit 6% dem europäischen Durchschnitt von 5%. Der Rückgang des Anteils des Sekundärsektors ist auf den markanten Bedeutungsverlust der Industrie auf rund ein Viertel des Standes von 1989 zurückzuführen. Betroffen sind vor allem der Bergbau und die Schwerindustrie, aber auch einige Branchen der verarbeitenden Industrie. Schrittweise entstand die Gruppe der privaten Unternehmer und Manager, welche heute rund ein Fünftel der Erwerbspersonen ausmacht. Der größte Teil der Beschäftigten arbeitet im Tertiärsektor (Dienstleistungen) und im Bauwesen.

Die Folgen sind regionale Disparitäten, wobei sich unter Berücksichtigung des Untersuchungsgebietes, d.h. des Grenzlandes der Tschechischen Republik, die negativen Auswirkungen auf dem Mesoniveau im nordböhmischen und nordmährischen Gebiet konzentrieren. Ökologische Schwierigkeiten, soziale Instabilität und der Verlust der wirtschaftlichen Vorrangstellung gemeinsam mit der notwendigen Konversion der ökonomischen Grundlage bewirken die heutigen Probleme beider Regionen. Sie weisen die höchste Arbeitslosigkeit und schlechteste Entwicklung bei den verfügbaren Arbeitsplätzen auf. Im Hinblick auf das Lohnniveau ist die Situation günstiger.

Auf dem Mikroniveau – den Kreisen – sind die Unterschiede in der Entwicklung der Arbeitsplätze und Löhne in den Jahren 1989 bis 1996 größer. Überdurchschnittliche Werte im Vergleich zum nationalen Durchschnitt wurden 1996 außer in Prag nur in weiteren 10 Kreisen erreicht. Aus dem Grenzland waren dies Most, Ostrava, České Budějovice, Zlín und Ústí n. L. Auf der anderen Seite

finden sich unterdurchschnittliche Werte im Hinterland der urbanen Kreise und in den peripheren Gebieten, insbesondere in schwächer besiedelten und landwirtschaftlich geprägten Räumen. Im Grenzland sind dies besonders Znojmo, Bruntál, Jeseník.

Als dominanter Charakterzug des Strukturwandels der Wirtschaft kann vor allem der flächendeckende Übergang von der Produktions- zur Dienstleistungsphase bezeichnet werden. Dieser zeigt sich einerseits in den südlichen und südwestlichen Landesteilen, wegen des sogenannten Grenzgebieteffekts (insbesondere auf Grund der günstigen Lage), auf der anderen Seite in der Rückständigkeit der Mehrheit der ostböhmischen Kreise. Während der Anteil des nichtproduzierenden Sektors in den Kreisen Břeclav, Znojmo, Český Krumlov und Prachatice in den Jahren 1989 bis 1996 um rund 20% gestiegen ist, hat die Steigerung in den Kreisen Semily, Náchod, Rychnov n. K., Ústí n. O. (Česká Lípa) weniger als 10% betragen.

Branchenzugehörigkeit der Arbeitskräfte

Die Branchenzugehörigkeit können wir gemäß dem allgemeinen Entwicklungsprozess darstellen, nämlich durch einen Vergleich der entsprechenden Indices. Wir beginnen unsere Bewertung mit der Entwicklung des Anteils der Landwirtschaft und der Industrie bezogen auf den gesamten Beschäftigungsgrad in den Jahren 1990 bis 1995. Dabei handelt es sich um eines der Kriterien für die Abgrenzung der zu unterstützenden Gebiete nach einem Beschluss der tschechischen Regierung im Jahr 1998.

Bei den geförderten Gebieten überwiegen die Grenzkreise. Von den 18 Kreisen liegen vier im Grenzland (Kladno, Přerov, Louny und Třebíč). Es kann jedoch nicht davon ausgegangen werden, dass nur die Lage nahe der Grenze der Hauptgrund für die schlechte Situation in den genannten Kreisen ist. Die Werte in Tabelle 1 zeigen, dass der Industriebeschäftigungsgrad bis Ende der 1990er Jahre bis auf ein Viertel sank. In der Land- und Forstwirtschaft ist die Abnahme bei den verfügbaren Arbeitsplätzen nicht so dramatisch. Auch in den Kreisen mit den größten Veränderungen sank der Beschäftigungsgrad im primären Wirtschaftssektor nur um rund die Hälfte.

Bei der Analyse des Beschäftigungsgrades für das Jahr 1997 kann die Struktur der gesamten Tschechischen Republik als Grundlage genommen werden, d.h. 6% der Arbeitskräfte im Primärsektor, 41% im Sekundärsektor und 53% im Tertiärsektor. Von den Grenzkreisen entspricht diesem Durchschnitt der Kreis České Budějovice (6%, 40%, 54%) am besten, im Landesinnern sind das die Kreise Kolín und Olomouc.

Die Grenzkreise mit einem ausgeprägten Primärsektor (mehr als 10% der Beschäftigten) liegen vor allem in Süd- (Český Krumlov, Jindřichův Hradec, Prachatice), West- (Domažlice, Klatovy, Tachov) und Ostböhmen (Náchod, Rychnov n. K., Semily) sowie in Südmähren (Znojmo). Den höchsten Anteil hat Domažlice (16%). Von den zentral gelegenen Kreisen sind dies Benešov, Kutná Hora, Příbram, Rakovník (Mittelböhmen), Pelhřimov, Písek, Strakonice (Südböhmen), Plzeň-sever, Plzeň-jih, Rokycany (Westböhmen) und Havlíčkův Brod, Chrudim, Jičín, Svitavy (Ostböhmen) sowie Třebíč, Vyškov, Žďár n. S. (Südmähren). Der Kreis Havlíčkův Brod weist mit 23% den höchsten Anteil an Beschäftigten im primären Wirtschaftssektor in der gesamten Tschechischen Republik auf.

Die Grenzkreise mit einem ausgeprägten Sekundärsektor (mehr als 50% der Beschäftigten) liegen in Nord- (Česká Lípa, Jablonec n. N., Most), West- (Sokolov) und Ostböhmen (Náchod) sowie in Nordmähren (Frýdek-Místek, Karviná). Der höchste Anteil lässt sich im Kreis Sokolov mit 54% finden. Im Landesinnern hat nur der Kreis Mladá Boleslav einen so hohen Anteil. Die hier erreichten 55% stellen gleichzeitig den nationalen Spitzenwert dar.

Einen ausgeprägten Tertiärsektor (mehr als 55% der Beschäftigten) findet sich in West- (Cheb, Karlovy Vary) und Nordböhmen (Ústí n.L.) sowie in Südmähren (Břeclav); den höchsten Wert erreicht der Kreis Cheb (67%). Im Landesinnern betrifft es die Kreise Nymburk, Praha-západ (Mittelböhmen), Plzeň-město (Westböhmen) und Louny (Nordböhmen) sowie Brno-město (Südmähren). Der höchste Beschäftigtenanteil im tertiären Sektor befindet sich erwartungsgemäß in der Hauptstadt Prag (74%).

Durchschnittlicher monatlicher Lohn der Arbeitskräfte

Die Bewertung geht von einem Vergleich der Situation zu Beginn der Transformationsperiode und der aktuellen Situation aus. Der Vergleichswert entspricht dem tschechischen Durchschnitt. Er beträgt – ausgehend vom Index 100 – mittlerweile 310 und signalisiert ein Wachstum der Löhne im genannten Zeitraum um rund das Dreifache mit einer differenzierten Entwicklung in den einzelnen Sektoren (primärer 252, sekundärer 290, tertiärer 347). Der Lohn ist überdurchschnittlich im Kreis Mladá Boleslav (378) und in der Hauptstadt Prag (375) angewachsen. Unter den 15 erfolgreichsten Kreisen befinden sich nur 5 Grenzkreise. Im Gegensatz dazu finden wir acht Grenzkreise unter den diesbezüglich am wenigsten erfolgreichen Kreisen. Hier kann von einer relativen Verschlechterung des Lohnniveaus gesprochen werden.

Der durchschnittliche monatliche Lohn eines Arbeitnehmers im Jahr 1997 lag bei 10.698 Kronen. Darüber befanden sich 11 Kreise, darunter jedoch nur 4 Grenzkreise – Ostrava-město, Most, Karviná und České Budějovice. Mit Ausnahme des Kreises České Budějovice handelt es sich dabei um Kreise mit einem hohen Beschäftigungsgrad im Sekundärsektor und - mit Ausnahme des Kreises Karviná - auch um solche mit einem hohen Anteil an ökonomisch aktiver Bevölkerung. Im Landesinnern sind in dieser Gruppe Prag (mit dem höchsten Durchschnittslohn von 14.073 Kronen), Mladá Boleslav mit dem erfolgreichen Betrieb Škoda-Auto und weiterhin die Stadtkreise Plzeň-město und Brno-město sowie das Umland von Prag (Praha-východ, Praha-západ und Mělník) vertreten.

In 66 Kreisen der Tschechischen Republik liegt der durchschnittliche Lohn unterhalb des nationalen Durchschnitts. Die letzten Plätze in der Rangliste belegen die Grenzkreise Jeseník und Bruntál mit einem Durchschnittslohn der Arbeitskräfte von 8.834 Kronen. Dieser Wert entspricht 63% des in Prag erzielten Durchschnittslohnes.

Literatur

JERABEK, M. (HRSG.): Geografická analýza pohranici České republiky = Pracovní texty, Ústí nad Labem 1999.

Der Transformationsprozess in der Slowakei: Eine Zwischenbilanz aus wirtschafts- und regionalgeographischer Sicht

Ján Paulov

Vorbemerkung

Der Transformationsprozess in der Slowakei begann Anfang der 1990er, d. h. kurz nach der „velvet revolution“, als die Slowakei noch ein Bestandteil der Tschechoslowakei war. Nach etwa zehn Jahren scheint es begründet zu sein, eine Zwischenbilanz dieses Prozesses zu ziehen. Das Vorhaben dieses Aufsatzes ist der Versuch einer solchen Zwischenbilanz, wobei die wirtschafts- und regionalgeographischen Standpunkte im Vordergrund stehen werden.

Geographische Grundfakten

Da die Slowakei als selbstständiger Staat relativ jung und gleichzeitig auch wenig bekannt ist, erscheint es zweckmäßig, ein paar geographische Grundfakten zu vermitteln. Dies ist sinnvoll, da der Transformationsprozess, besonders in seiner regionalen Differenzierung, so besser verstanden werden kann.

Die Slowakei ist kein großes Land. Ihre Fläche umfasst 49.035 Quadratkilometer. Die Einwohnerzahl betrug 1999 4.621.242. Die Bevölkerungsdichte beträgt damit 110 Einwohner pro Quadratkilometer. Der Vergleich mit anderen europäischen Ländern zeigt, dass sie etwa so groß wie Bosnien-Herzegowina ist, die Bevölkerungszahl mit Dänemark und die Bevölkerungsdichte mit Ungarn vergleichbar sind. Als mitteleuropäisches Land mit einer gesamten Grenzlänge von 1.672 km, grenzt sie an folgende Länder: Tschechien (15,1% der Grenzlänge), Österreich (6,3%), Ungarn (40,0%), Ukraine (5,9%) und Polen (32,7%).

Physisch-geographisch und orographisch ist die Slowakei ein Karpaten- und Donaubeckenland. Die Gebirge und intramontane Becken nehmen mehr als zwei Drittel ihrer gesamten Fläche ein. Der Rest besteht aus Niederungen. Die größten sind die Donauniederung im Südwesten und die Ostslowakische Niederung im Südosten. Das höchste Gebirge ist das Tatragebirge mit 2.655 Metern im Zentralnorden. Etwa zwei Drittel des gesamten Territoriums neigt sich nach Südwesten und etwa ein Drittel nach Südosten. Der ersten Neigung folgen auch

die wichtigsten Flüsse, Váh und Hron, die in die Donau münden, der zweiten die Flüsse Slaná, Hornád, Laborec, die direkt oder indirekt in die Theiß münden.

Mit 85,6% sind die Slowaken die größte Bevölkerungsgruppe. Die wichtigsten Minoritäten sind die Madjaren (10,5%) und die Roma (1,7%). Die Madjaren bewohnen den Süden der Slowakei mit der größten Konzentration im Südwesten. Die Roma leben auf das gesamte Territorium der Slowakei verteilt, doch mit der größten Konzentration in der Spiš-Region (Zipsregion). In der städtischen Struktur nehmen Bratislava (Hauptstadt der Slowakei, 448.292 Einw.) und Košice (241.874 Einw.) führende Positionen ein. Sie erfüllen die Funktion der Metropolen. Der Einzugsbereich (Nodalregion) der ersten Metropole umfasst etwa zwei Drittel der gesamten Fläche der Slowakei, der der zweiten etwa ein Drittel. Sie repräsentieren im Grunde genommen die zwei oben erwähnten generellen Neigungen des Territoriums. Beide Metropolen stellen auch die bedeutendsten Industriezentren der Slowakei dar. Die wichtigsten regionalen Siedlungszentren sind Prešov, Nitra, Žilina, Banská Bystrica, Trnava und Trenčín. Der Urbanisierungsgrad nähert sich 57%. Die Standorte der Industrie sind an die wichtigsten Flusstäler und intramontanen Becken gebunden. Die bedeutendste Industrieansiedlung befindet sich im Flusstal der Váh. Die produktivsten landwirtschaftlichen Räume befinden sich in der Donauniederung und der Ostslowakischen Niederung. Die wichtigste Transportachse, die den Westen mit dem Osten und dadurch Bratislava mit Košice verbindet, folgt auch den Flusstälern der Váh und Hornád. Die zweitwichtigste West-Ost-Transportachse folgt dem Flusstal der Hron.

Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts war die Slowakei im Vergleich zu westeuropäischen und einigen mitteleuropäischen Ländern ein Agrarland. Doch innerhalb Ungarns, zu dem sie damals gehörte, zählte sie gemeinsam mit Transylvanien (Siebenburgenland) zu den am meisten industrialisierten Gebieten. In der Zeit der ersten Tschechoslowakischen Republik (1918-1939) verlor sie diese Position. Ein echtes Industrieland ist sie erst nach dem Zweiten Weltkrieg geworden. Die folgende Tabelle zeigt den prozentualen Anteil der Beschäftigten in den wichtigsten Wirtschaftsbranchen von 1910 bis 1991.

Tab. 1: Anteil der Beschäftigten in den wichtigsten Wirtschaftsbranchen (1910 - 1991, in %)

Wirtschaftsbranche	1910	1921	1930	1940	1950	1960	1970	1980	1991
Land- und Forstwirtschaft	52,7	50,7	46,6	38,3	38,8	33,8	20,4	15,3	13,9
Industrie	20,9	21,2	22,0	24,1	24,7	28,4	33,8	35,8	33,1
Transport und Kommunikation	2,8	3,8	4,1	4,4	6,9	6,5	7,4	6,4	6,3

Quelle: Mládek, 1995.

Die Slowakei ist zurzeit administrativ in acht Kreise und 79 Bezirke aufgeteilt. Die Kreise stehen also hierarchisch höher als die Bezirke. Die Namen der Kreise sind identisch mit den Namen ihrer Hauptstädte: Bratislava (BA), Trnava (TT), Nitra (NR), Trenčín (TN), Banská Bystrica (BB), Žilina (ZA), Košice (KE) und Prešov (PO).¹

Zum Verlauf und Stand des Transformationsprozesses

Obwohl es die ersten Versuche einer Transformation der Gesellschaft bereits 1990 gab, wurde erst das Jahr 1991 zum ersten „Belastungsjahr“ im Verlauf des Transformationsprozesses in der Slowakei (Tschechoslowakei). In diesem Jahr wurde ernsthaft mit der Transformation des Grundglieds der Gesellschaft - der Wirtschaft - begonnen. Die dabei gewählte Strategie wird auch als „Schocktherapie“ bezeichnet. Das primäre Ziel dieser Strategie war, die dirigistische Wirtschaft so schnell wie möglich in eine Marktwirtschaft zu transformieren.

Der erste Schritt auf diesem Weg war eine umfassende Preis- und Außenhandelsliberalisierung, um die Preisdeformationen aus der dirigistischen Phase zu beseitigen. Darüber hinaus wurde mit scharfen Restriktionen begonnen. Die Folge war eine radikale Preissteigerung, im Durchschnitt um 57%. Die Nominallöhne stiegen dabei nur um 7%. Dieses Jahr bedeutete auch den Anfang radikaler Einschnitte in der Wirtschaft - den Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 11,5% und der Industrieproduktion um 22%. Der Grund dafür war der Verlust der traditionellen Ostmärkte im Zusammenhang mit dem COMECON-

¹ Diese Abkürzungen werden auch in den folgenden Abbildungen verwendet.

Zerfall, die Unfähigkeit, sich auf den Westmärkten durchzusetzen und die schon erwähnte radikale Preissteigerung, die zur deutlichen Abschwächung der Kaufkraft der Bevölkerung führte (Paulov, 1999 und Toušek, 2000). Dieser Rückgang war besonders in der Slowakei empfindlich, da deren Wirtschaft eine etwas niedrigere Leistungsfähigkeit als die Tschechiens aufwies. Darüber hinaus trat im Fall der Slowakei ein zusätzliches Phänomen auf, das mit der Waffenindustrie zusammenhing. Es ist zu bemerken, dass die Slowakei während der dirigistischen Phase zum Hauptstandort der tschechoslowakischen Waffenindustrie wurde. Im Einklang mit der Idee „weit entfernt von der westlichen Grenze“ befanden sich mehr als 60% dieser Industrie in der Slowakei. Die föderalen Organe in Prag entschlossen sich aber kurz nach der Wende, diese Industrie wesentlich zu reduzieren. Davon war besonders die Slowakei betroffen. Der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts, erhebliche Steigerung der Arbeitslosigkeit etc. waren die Folge. Einige Autoren sind der Meinung, daß dieses Phänomen zur Spaltung der Tschechoslowakei beigetragen hat.

Ein weiterer wichtiger Schritt im Verlauf des Transformationsprozesses war die Privatisierung. Sie erfolgte in Form von drei Programmen, und zwar als Gutrestitutionen, kleine Privatisierung und große Privatisierung (Toušek, 2000). Die Gutrestitutionen hatten die Durchführung der Rückerstattung der nach 1948 nationalisierten Güter zum Ziel. Die kleine Privatisierung bezog sich auf kleine Wirtschaftseinheiten, wie z.B. Geschäfte, Restaurants und kleine Industriebetriebe, wobei sie meistens in Form von Auktionen ablief. Die große Privatisierung betraf die Großbetriebe. Die sogenannten strategischen Betriebe wurden in der Slowakei von dieser Privatisierung ausgeschlossen. Für die große Privatisierung wurde in der Tschechoslowakei eine spezifische Methode angewandt - die sogenannte Kuponprivatisierung, die 1991 eingeführt wurde. Sie bestand darin, die Betriebe, die ihr unterlagen, in Aktiengesellschaften zu transformieren, wobei jeder erwachsene Bürger das Recht hatte, sich zu einem ermäßigten Preis ein Kuponpaket zu kaufen, das 1000 Punkte enthielt. Diese Punkte konnte er auf die einzelnen Betriebe nach ihrer ökonomischen Einschätzung übertragen und erhielt dafür Aktien. Falls ein Betrieb oder die Betriebe, auf die der Bürger setzte, ökonomisch erfolgreich waren, bekam er Dividenden. Diese Privatisierung war eine Form der Massenprivatisierung. Sie sollte zum Teil die Bürger dafür entschädigen, was sie während der dirigistischen Ära verloren hatten. Jetzt, nach einem gewissen Zeitabstand, wird diese Privatisierung als nicht sehr gut bewertet. Sie führte zu einer großen Streuung des Eigentums und war nicht fähig, Eigentümer zu schaffen, die daran interessiert waren, die wirtschaftliche Entwicklung einzelner Betriebe und dadurch der gesamten Wirtschaft anzukurbeln. Auch die Entschädigung der Bürger durch Dividenden war relativ gering, weil viele Betriebe nicht imstande waren, diese Dividenden zu zahlen. Darüber hinaus haben die sogenannten finanziellen Fonds, die auf der Basis dieser Privatisierung entstanden und in diese Privatisierung eingegangen sind, zu ihrer

Deformation beigetragen. Deswegen wurde diese Art der Privatisierung in der Slowakei später abgeschafft und durch eine andere Form ersetzt; sogenannte Schuldscheine, gegen die die Bürger vom Staat im Jahr 2001 fixe Summen erhalten sollen.

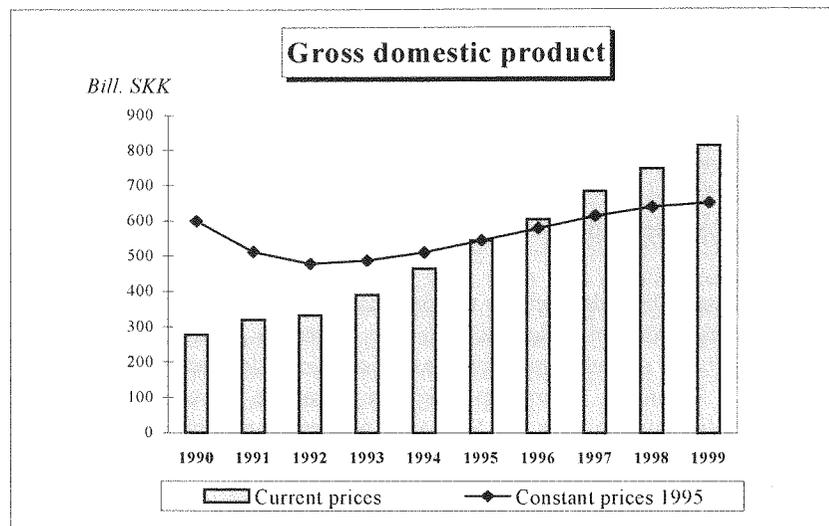
Das zweite wichtige Jahr, das den Verlauf des Transformationsprozesses in der Slowakei (Tschechoslowakei) wesentlich beeinflusste, war das Jahr 1993. In diesem Jahr erfolgte die Spaltung der Tschechoslowakei in zwei unabhängige Staaten – die Tschechische Republik und die Slowakische Republik. Seit diesem Zeitpunkt gehen die beiden neuen Staaten ihre eigenen, obwohl zum Teil ähnlichen Wege.

Die Ausgangsposition der beiden neuen Staaten war aus institutioneller Sicht unterschiedlich. Während die Tschechische Republik praktisch keine neuen Staatsinstitutionen aufzubauen brauchte, da sie die föderalen Institutionen, die sich in Prag befanden, übernehmen konnte, war die Slowakische Republik gezwungen, dies zu tun. Für die Slowakei war es eine zusätzliche, vor allem nicht geringe Belastung, die bei der Analyse des Transformationsprozesse beider Staaten oft vergessen wird.

Da die Wirtschaften beider Staaten vor ihrer Trennung sehr eng verbunden waren, brachte die Spaltung einen neuen wirtschaftlichen Rückgang, der besonders im Fall der Slowakei deutlich wurde. Dazu kam in der Slowakei im Jahr 1993 eine Entwertung der slowakischen Währung (Krone) um 10%. Doch dauerte der Wirtschaftsrückgang nicht lange und schon im Verlauf des Jahres 1993 kam es zu einer gewissen wirtschaftlichen Belebung, die sich auch in den folgenden Jahren fortsetzte (Abb. 1).²

² Nach einigen anderen Berechnungen (z.B. Gabrielová, 2000) hat man den größten Rückgang im Jahr 1993 registriert.

Abb. 1: Bruttoinlandsprodukt der Slowakei (1990-1999)



Wie verlief die makroökonomische Entwicklung der Slowakei seit 1993 bzw. 1990? Abbildung 1 stellt die Entwicklung der wichtigsten makroökonomischen Kennziffer - des Bruttoinlandsprodukts - von 1990 bis 1999 in jeweiligen und in konstanten Preisen dar. Während bei den jeweiligen Preisen eine ständige Steigerung zu beobachten ist, erkennt man bei den konstanten Preisen (1995) einen klaren Rückgang in den ersten Transformationsjahren. Man spricht in diesem Zusammenhang von der Transformationsrezession. Die Belebung vollzieht sich deutlich langsamer als der Rückgang, und das Vortransformationsniveau wird erst nach etwa zehn Jahren erreicht. Abbildung 1 stellt die Situation in Absolutziffern dar. Analysiert man aber die Jahreszuwächse, d.h. die interjährlichen Veränderungen im Bruttoinlandsprodukt mit dem Vorjahreswert als Basis, erweitert und vertieft sich das Bild vom Verlauf dieser Kennziffern. Diesen Verlauf, aber auch den anderer wichtiger Kennziffern erfasst Tabelle 2.

Tab. 2: Wichtige ökonomische Kennziffern der Slowakei (1993-2000)

Kennziffer	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
BIP: Interjährliche Veränderung in ständigen Preisen (%)	-	4,9	6,7	6,2	6,2	4,1	1,9	I: 1,5 II: 1,9
Inflationsrate (%)	25,1	11,7	7,2	5,4	6,4	5,6	14,2	I: 16,6 II: 15,4
Arbeitslosenquote nach selektiver Ermittlung der Arbeitskräfte (%)	12,2	13,7	13,1	11,3	11,8	12,5	16,2	I: 18,9 II: 18,9
Bilanzsaldo des Außenhandels mit Waren (Mrd. SKK, jeweilige Preise)	-26,9	2,6	-5,7	-70,3	-69,2	-82,3	-13,6	I: -3,1 II: 2,7
Bilanzsaldo des Außenhandels mit Waren und Dienstleistungen (Mrd. SKK, jeweilige Preise)	-20,4	22,4	9,7	-70,1	-67,4	-82,3	-13,6	I: -3,1 II: 2,7
Staatsbudgetsaldo (Mrd. SKK)	-23,0	-22,9	-8,3	-25,6	-37,0	-19,2	-14,8	I: -0,8 II: 0,1

Quelle: Statistische Nachricht, 2/2000.

- 1) Die Daten für das BIP 1997 - 2000 sind noch nicht definitiv.
- 2) Die Daten für 2000 gelten für das I. bzw. II. Quartal.

Tabelle 2 signalisiert, dass es in der Entwicklung der ersten drei Kennziffern, d.h. BIP, Inflationsrate und Arbeitslosenquote, zwei Phasen gibt. In der ersten Phase (1993 bis 1997/98) ist eine relativ günstige Entwicklung zu beobachten, in der zweiten (1998/99 bis 2000) eine relativ ungünstige Entwicklung. In der Entwicklung der anderen drei Kennziffern, d.h. den Salden, können drei Phasen ausgegliedert werden. In der ersten Phase (1993 bis 1995) kann eine relativ günstige Entwicklung beobachtet werden, in der zweiten (1996 bis 1998, in einem Fall bis 1997) eine Verschlechterung und in der dritten Phase (1998 bis 2000) eine Verbesserung. Die Veränderung im Zeitraum 1998/99 hängt damit zusammen, dass im September 1998, nach den allgemeinen Wahlen, eine neue Regierung an die Macht kam. Diese betrieb sofort eine neue Wirtschaftspolitik. Sie ist stark restriktiv und verursacht soziale Spannungen, weil sie besonders hohe Arbeitslosigkeit generiert. Nach Aussagen der politischen Opposition, die bis 1998 an der Macht war, ist die Verschlechterung bei den ersten drei Kennziffern seit 1998/99 dadurch erklärbar, dass die jetzige Regierung nicht fähig sei,

außer ihrer Restriktionspolitik parallele Entwicklungsprojekte zu generieren. Die Regierung argumentiert wiederum, dass es notwendig gewesen wäre, das Wirtschaftsgleichgewicht wiederherzustellen, da 1996 in der Entwicklung der zweiten drei Kennziffern ein Ungleichgewicht drohte. Die künftige Wirtschaftsentwicklung scheint also unter diesen Bedingungen offen zu sein.

Das Bestreben, die dirigistische Wirtschaft in eine Marktwirtschaft zu transformieren, generierte gleich zu Beginn des Transformationsprozesses die Aufgabe, die Relationen (Proportionen) zwischen den Grundsektoren bzw. Grundbranchen der Wirtschaft zu ändern, d.h. eine Umstrukturierung durchzuführen. Ist es gelungen, diese Aufgabe zu erfüllen? Die folgenden drei Tabellen versuchen eine Antwort zu geben.

Tab. 3: Anteil der Beschäftigten nach Sektoren (1991-1999, in %)

Sektor	Anteil der Beschäftigten								
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Primärer	14,3	13,3	10,6	11,4	10,9	10,6	9,2	8,3	7,4
Sekundärer	42,3	37,9	36,6	35,7	35,8	38,3	39,3	39,4	38,4
Tertiärer	43,4	48,8	52,8	52,9	53,3	51,1	51,5	52,3	54,2

Quelle: Okáli et al. (1997) und Statistisches Jahrbuch der SR 1999.

Tab. 4: Anteil der Beschäftigten nach Branchen (1991-1999, in %)

Branche	Anteil der Beschäftigten								
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Landwirtschaft	12,6	11,8	9,4	10,2	9,4	9,0	7,9	7,7	7,1
Industrie	32,8	30,3	29,6	29,3	29,3	29,5	30,0	28,6	26,0
Bauwesen	11,2	9,1	8,2	7,6	7,2	7,5	7,6	7,5	6,9

Quelle: Statistisches Jahrbuch der SR 2000.

Tab. 5: Anteil der Beschäftigten nach Eigentumsverhältnissen der Betriebe (1989-1999, in %)

Eigentumsverhältnis	Anteil der Beschäftigten										
	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Privat	0,8	4,4	22,9	25,5	37,6	48,8	55,7	59,3	61,2	62,6	64,2
Genossenschaftlich	14,2	13,0	11,5	10,2	7,8	8,2	6,5	6,1	5,2	5,0	4,6
Öffentlich	85,0	82,6	65,6	64,3	54,6	43,0	37,8	34,6	33,2	32,4	31,2

Quelle: Statistisches Jahrbuch der SR 2000.

Tabelle 3 demonstriert einen sehr starken Rückgang der Beschäftigtenzahl im primären Sektor und ein deutliches Wachstum des tertiären Sektors. Der sekundäre Sektor hatte bis 1994/95 Verluste zu verzeichnen, danach ist ein Wachstum erkennbar. Diesen Sektor zeichnet also viel weniger Bewegung als die übrigen Sektoren aus. Tabelle 4 demonstriert einen klaren Rückgang der Landwirtschaft und Industrie. Das Bauwesen erlebte zunächst einen starken Rückgang, doch in den Jahren 1994 bis 1998 folgte eine relative Stagnation. Tabelle 5 demonstriert einen überzeugenden Rückgang sowohl des genossenschaftlichen als auch des öffentlichen Bereichs. Generell lässt sich sagen, dass die Umstrukturierungsidee während des Transformationsprozesses ins Leben gerufen wurde. Es handelt sich also um eine deutliche Annäherung an die stärker entwickelten EU-Länder. Wie weit aber die Slowakei in dieser Hinsicht, d.h. in den Proportionen zwischen einzelnen Grundsektoren und Branchen von diesen entfernt ist, kann der Autor momentan nicht sagen.

Die tiefergehende Frage, ob die Umstrukturierung auch innerhalb einzelner Wirtschaftsbranchen erfolgte und wie diese gegebenenfalls verlief, ist schwer zu beantworten, weil die entsprechenden Daten bzw. Analysen für die Öffentlichkeit kaum zugänglich sind. Im Fall der Industrie, wo diese Frage besonders relevant ist, weil die ererbte Struktur aus der dirigistischen Phase sehr schlecht war, können die Daten nur von zwei Jahren präsentiert werden. Es handelt sich um den prozentualen Anteil an der Industrieproduktion in den Jahren 1989 und 1995 für die chemische Industrie (15,4 und 19,6), den Maschinenbau (23,2 und 19,7), die Lebensmittelindustrie (16,9 und 13,0), die metallurgische Industrie (14,1 und 10,1) und die Energetik (3,1 und 3,0). Der Maschinenbau und die Lebensmittelindustrie mussten starke Verluste hinnehmen. Die chemische Industrie konnte einen Ausbau verzeichnen. Die metallurgische Industrie bzw. die Energetik als

typische Repräsentanten der dirigistischen Zeit verloren ebenfalls an Bedeutung bzw. stagnierten.

Bei der Transformation der Landwirtschaft stellt sich folgende Frage: Wie lief die Transformation der „sozialistischen“ Landwirtschaft ab und was geschah mit den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften? Zunächst bleibt festzuhalten, dass der Reprivatisierung der Landwirtschaft bisher kein großes Interesse zukam. Mögliche Gründe dafür sind, dass jede Reprivatisierung ein hohes Maß an Investitionen erfordert und dass die Nachkommen der ursprünglichen Privatbauern ihre Beziehung zum Land (Boden) wahrscheinlich schon verloren haben, weil das Bauerntum mehr Berufung als bloße Beschäftigung ist. Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sind also im Grunde genommen erhalten geblieben, wurden aber in Aktiengesellschaften transformiert. Mehrere von ihnen haben jedoch ernsthafte finanzielle Probleme, weil die staatliche finanzielle Unterstützung gering ist.

Zum Bauwesen ist zu sagen, dass diese Branche eine klare Rezession erfahren hat. Besonders betroffen ist hierbei der Wohnungsbau. Die Qualität des Wohnungsbaus ist im Vergleich zur dirigistischen Phase zwar besser, aber die Preise für Wohnraum sind so drastisch gestiegen, dass die Anschaffung einer Wohnung auch für die mittleren Bevölkerungsschichten eine extreme Belastung darstellt, was wiederum ernsthafte Konsequenzen für andere Bereiche hat.

Eine spezielle Stellung nimmt die Transportinfrastruktur im Rahmen der Bemühungen einer Wirtschaftsumstrukturierung ein. Es ist generell bekannt, dass der Aufbau einer modernen Transportinfrastruktur, besonders des Straßenwesens und hauptsächlich in Form von Autobahnen, während der dirigistischen Phase deutlich vernachlässigt wurde. Deshalb ist die Frage begründet, ob dieser Rückstand während des Transformationsprozesses, wenigstens zum Teil, reduziert wurde. Die Tabelle 6 soll eine Antwort darauf geben.

Tab. 6: Länge des slowakischen Straßennetzes (1991-1999, in km)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Länge der Straßen und Autobahnen insgesamt	17.866	17.880	17.865	17.889	17.869	17.867	17.627	17.710	17.734
Länge der Autobahnen	198	198	198	198	198	215	219	288	295

Quelle: Statistisches Jahrbuch der SR 1999.

Diese Tabelle demonstriert, dass 1996 zum Durchbruchsjahr wurde und seither fast einhundert neue Autobahnkilometer gebaut wurden. Es ist zu bemerken, dass eine moderne Infrastruktur ein wichtiges Element beim Zufluss ausländischer Investitionen ist. Die Slowakei stellt, bedingt durch ihre geographische Lage, schon jetzt ein bedeutendes europäisches Transitland dar, besonders in Nord-Süd-Richtung. Deswegen ist der Aufbau einer modernen Infrastruktur eine weitere Aufforderung des Transformationsprozesses.

Der Außenhandel orientierte sich sehr schnell nach der Wende in Richtung der westlichen Hemisphäre, besonders aber der EU-Länder. Dies betrifft nicht nur die Slowakei sondern auch die anderen Reformländer. Es ist auch darauf zurückzuführen, dass es kurz nach der Wende zum COMECON-Zerfall kam.

Der Außenhandel der Slowakei zeichnet sich durch zwei Besonderheiten aus, nämlich die starken Bindungen zur Tschechischen Republik und zu Russland. Die ersteren sind Folge der langjährigen gemeinsamen Wirtschaft. Diese Tatsache fand ihren Niederschlag in der Bildung einer gemeinsamen Zollunion. Die zweite Besonderheit hängt mit der ausschließlichen Orientierung auf Russland im Erdölimport zusammen. Die wichtigsten Handelspartner der Slowakei im ersten Halbjahr 2000 erfasst Tabelle 7.

Tab. 7: Die wichtigsten Handelspartner der Slowakei im ersten Halbjahr 2000 (in Mrd. SKK, jeweilige Preise)

	Import	Export	Saldo
Slowakei gesamt	268,5	258,4	-10,1
davon			
Deutschland	67,0	70,1	3,1
Tschechische Republik	39,1	43,7	4,6
Russland	45,4	1,9	-43,4
Italien	17,1	24,6	7,4
Österreich	11,3	20,9	9,5
Frankreich	9,0	12,6	3,6
Polen	7,5	14,4	6,9
Ungarn	5,5	12,2	6,7
Niederlande	4,2	7,1	2,9
Großbritannien	6,1	5,2	-0,9
Belgien	4,4	5,5	1,1
Spanien	7,5	2,2	-5,3
USA	5,5	4,0	-1,5

Quelle: Statistische Nachricht, 2/2000.

Ein untrennbarer Bestandteil des Transformationsprozesses in allen Reformländern ist der Zufluss ausländischen Kapitals, das angesichts des chronischen Mangels an einheimischem Kapital eine wesentliche Rolle sowohl bei der Ankurbelung als auch in der weiteren Entwicklung der Wirtschaft spielt. Die Slowakei ist in dieser Hinsicht im Vergleich mit benachbarten Reformländern etwas im Rückstand, doch ist in der letzten Zeit eine klare Tendenz zu beobachten, diesen zu reduzieren. Eine besonders bedeutende Rolle spielt das ausländische Kapital bei der Privatisierung der sogenannten strategischen Betriebe. In jüngster Zeit (2000) handelte es sich z. B. um die Privatisierung des Ostslowakischen Hüttenwerks (durch US-Steel), der Slowakischen Telekommunikation (durch die Deutsche Telekom), der Slowakischen Sparkasse (durch die Erste Bank, Österreich). Bereits viel früher wurde die Niederlassung des Automobilwerks Škoda durch Volkswagen privatisiert. Der prozentuale Anteil an den direkten ausländischen Investitionen in der Slowakei sah 1999 nach einzelnen

Ländern wie folgt aus: Deutschland 21,9; Österreich 16,9; Niederlande 14,8; USA 10,8; übrige Länder 35,6.

Der Transformationsprozess als hoch komplexer Prozess beeinflusst natürlich nicht nur die Wirtschaft sondern auch die übrigen gesellschaftliche Sphären. Aus wirtschaftsgeographischer Sicht sind die demographischen und siedlungsgeographischen Aspekte der Bevölkerung vorrangig von Interesse. Besonders relevant sind die Folgen dieses Prozesses für die demographischen Bewegungen. Betrachtet man den natürlichen Zuwachs der Bevölkerung als wichtigste Kennziffer in dieser Hinsicht, ist ein klarer Rückgang erkennbar. 1989 betrug der Zuwachs 5%, 1999 nur 0,7% (Abb. 2). Ein Rückgang wurde bereits seit längerer Zeit registriert, wenigstens seit 1980 (Abb. 3), doch scheint der Rückgang in den letzten Jahren kritisch zu sein. Sicherlich findet hier die schwierige ökonomische und soziale Situation der Bevölkerung während des Transformationsprozesses ihren Niederschlag. Einen generellen Rückgang findet man aber auch in mehreren hoch entwickelten Ländern, wobei dieses Phänomen dort durch einen hohen Lebensstandard hervorgerufen wird. In der Slowakei ist die Situation umgekehrt. Die Gründe dieses Phänomens können also ganz unterschiedlich sein.

Aber nicht nur im natürlichen Bevölkerungszuwachs generell sondern auch im Wachstum der Städte spiegeln sich veränderte Verhältnisse wider. Die Abbildungen 4 bis 7 erfassen diese Situation der Jahre 1990 und 1998. Sie demonstrieren, dass die Zahl der Städte mit einem natürlichen Bevölkerungsrückgang im Zeitraum 1990 bis 1998 deutlich gestiegen ist. Besonders aber ist die Zahl der Städte mit einem negativen Migrationssaldo gestiegen. Man kann generell konstatieren, dass das Wachstum der Städte durch Migration praktisch gestoppt wurde. Sicherlich hängt dieses Phänomen mit der Rezession im Wohnungsbau zusammen, die wiederum mit der allgemeinen Rezession zusammenhängt. Die Situation in den Kreisen zeigt Abbildung 8.

Abb. 2: Natürliche Bevölkerungsbewegung in der Slowakei (1950-1999)

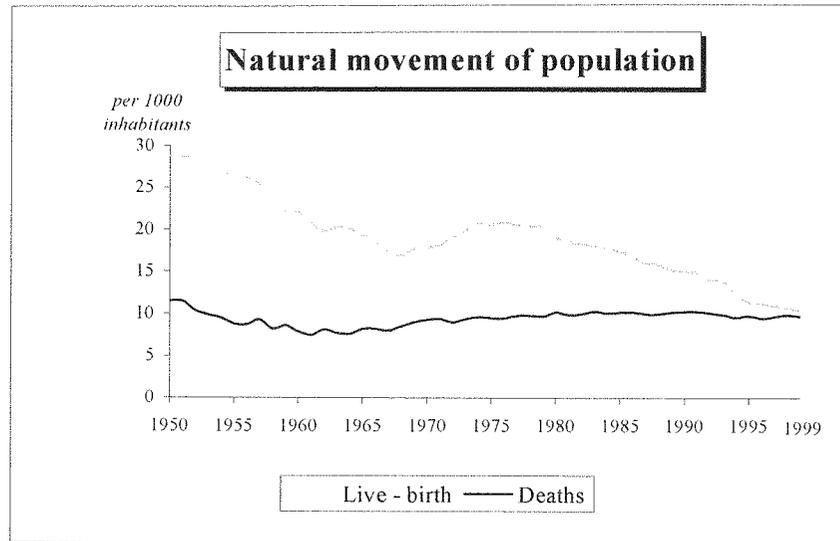


Abb. 3: Bevölkerungsstruktur der Slowakei (31.12.1999)

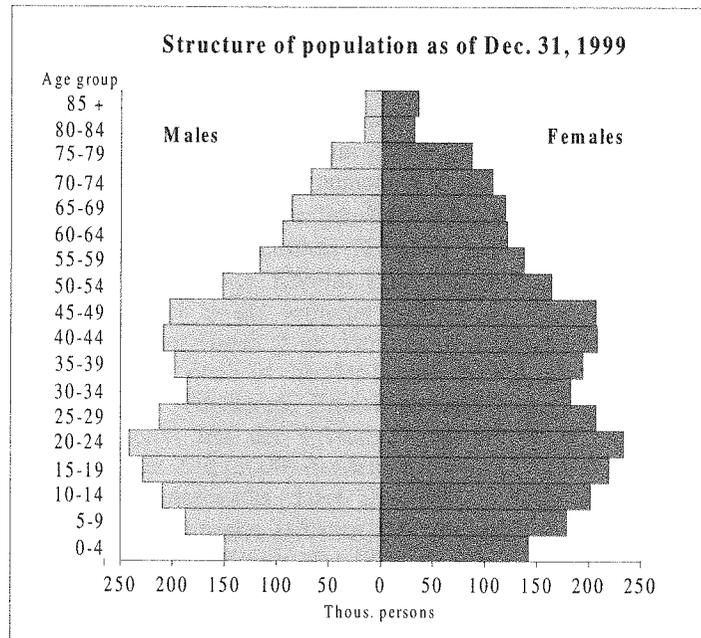


Abb. 4: Natürliche Bevölkerungsentwicklung in slowakischen Städten (1990)

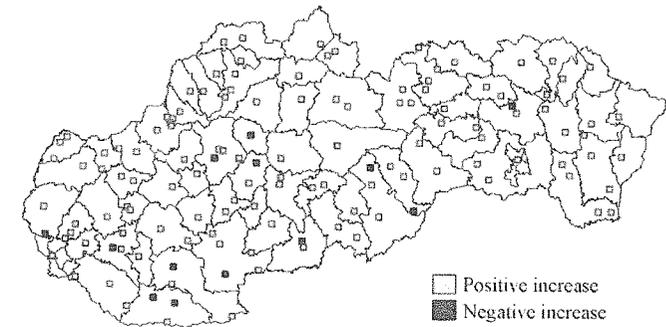


Abb. 5: Natürliche Bevölkerungsentwicklung in slowakischen Städten (1998)

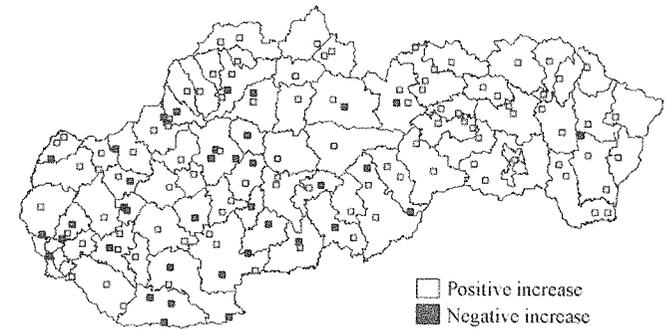


Abb. 6: Migrationsbewegungen in slowakischen Städten (1990)

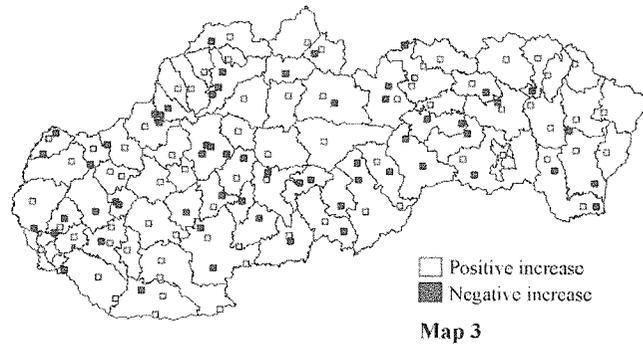


Abb. 7: Migrationsbewegungen in slowakischen Städten (1998)

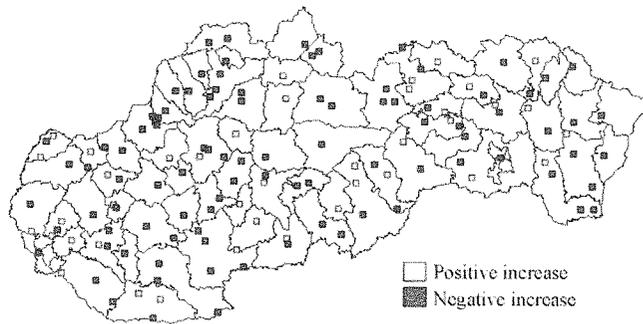
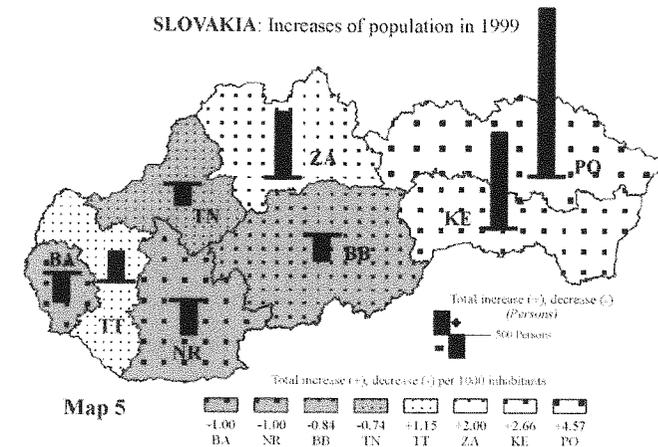


Abb. 8: Bevölkerungsentwicklung in slowakischen Kreisen (1999)



Zur regionalen Differenzierung des Transformationsprozesses

Um einen detaillierten Überblick über die regionale Differenzierung des Transformationsprozesses in der Slowakei zu erhalten, wäre es notwendig, eine große Anzahl von Kennziffern kartographisch darzustellen und zu analysieren. Da dies im Rahmen dieses Aufsatzes nicht möglich ist, beschränkt sich die Darstellung auf einige wenige Grundkennziffern. Da das Bruttoinlandsprodukt die bedeutendste makroökonomische Kennziffer ist, werden seine drei Formen, das Bruttoinlandsprodukt (gross output), der Zwischenverbrauch (intermediate consumption) und der Mehrwert (value added) kartographisch dargestellt. (Abb. 9 bis 11). Diese Abbildungen demonstrieren, dass sich die drei genannten Kennziffern durch eine solche regionale Differenzierung auszeichnen, die eine gewisse Polarisierung bzw. Dualität darstellt. Auf der einen Seite befindet sich Bratislava als klarer Pol, auf der anderen Seite der Rest der Slowakei. In letzterem erkennt man eine führende Position von Košice, wenn auch nicht in deutlichem Maße. Es folgen die vier Kreise Banská Bystrica, Nitra, Žilina und Trenčín, die eine mittlere Position einnehmen. Am Ende der Rangliste finden sich die beiden Kreise Trnava und Prešov, wobei im ersten die Landwirtschaft ein großes Gewicht hat und im zweiten die Entwicklungsparameter schon seit langem ein etwas niedrigeres Niveau aufweisen. Dieses räumliche Muster wird bei mehreren Kennziffern deutlich. Die Tatsache, dass Bratislava generell eine klare Sonderstellung in der regionalen Differenzierung des Transformationsprozesses

in der Slowakei einnimmt, wird in Abbildung 12, einer Darstellung des Zuflusses ausländischen Kapitals, ersichtlich.

Die regionale Differenzierung der bedeutendsten Wirtschaftsbranche, der Industrie, blieb im Grunde genommen so erhalten, wie sie sich vor Beginn des Transformationsprozesses gestaltete. Die Relationen zwischen einzelnen Industriebranchen haben sich jedoch geändert. Als eklatantes Beispiel kann die starke Reduzierung der Waffenindustrie im Industriegürtel von Váh angeführt werden. Einen Eindruck der regionalen Differenzierung der Industrie und ihrer Veränderung vermittelt Tabelle 8. Sie erfasst die zehn bedeutendsten slowakischen Industriezentren und die Veränderung ihrer Rangfolge.

Tab. 8: Die zehn wichtigsten slowakischen Industriezentren

Industriezentren	Zahl der Beschäftigten 1997	Rangfolge 1980
1. Bratislava	51.220	1.
2. Košice	35.340	2.
3. Žilina	14.380	5.
4. Trenčín	12.920	11.
5. Martin	12.160	3.
6. Prešov	11.810	7.
7. Púchov	11.550	14.
8. Trnava	11.120	6.
9. Nitra	9.830	8.
10. Dubnica nad Váhom	9.250	4.

Quelle: Evidenz der Industriebetriebe, 1998.

Regionale Differenzierung der Landwirtschaft sowie ihre Veränderungen während des Transformationsprozesses bedürfen einer speziellen Analyse. Das räumliche Grundmuster, ähnlich wie bei der Industrie, blieb erhalten. Die inneren Relationen änderten sich auch hier. Eine flexible Anpassung an die Marktbedingungen beginnt eine wichtige Rolle zu spielen. Die regionale Differenzierung der landwirtschaftlichen Produktion verdeutlicht Abbildung 13.

Regionale Differenzierungen der demographischen Verhältnisse sind bereits teilweise in den Abbildungen 9 bis 12 erfasst. Dabei tritt ein interessantes Phä-

nomen auf; nämlich, dass solche Kreise einen Bevölkerungszuwachs aufweisen, die wirtschaftlich eher schwach entwickelt sind.

Abb. 9: Anteil der Kreise am Bruttoprodukt der Slowakei (1999)

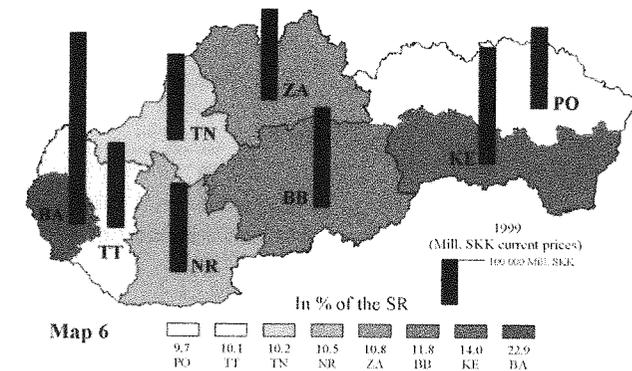


Abb. 10: Anteil der Kreise am Zwischenverbrauch der Slowakei (1999)

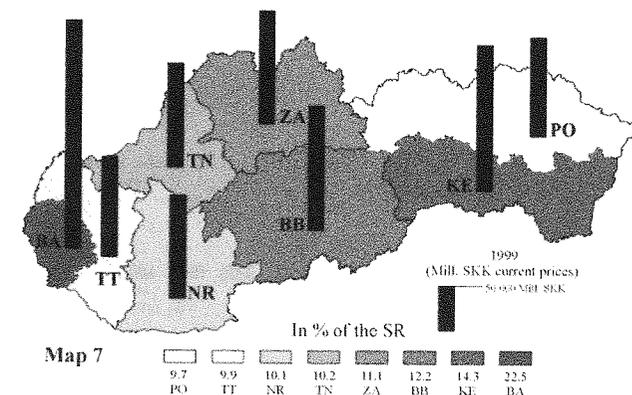


Abb. 11: Anteil der Kreise am Mehrwert der Slowakei (1999)

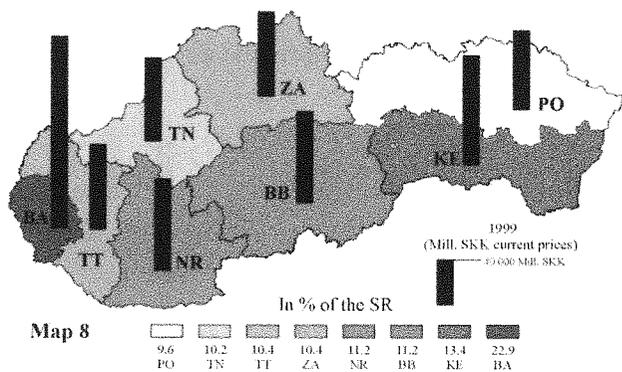
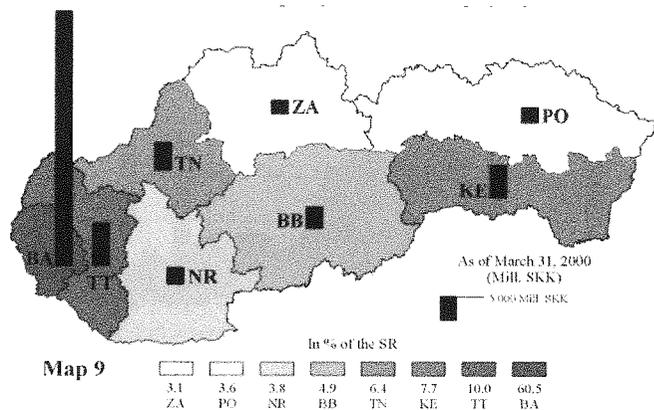


Abb. 12: Anteil der Kreise am investierten ausländischen Kapital in der Slowakei (1999)



Eine der Konsequenzen des Transformationsprozesses in der Slowakei war das Anwachsen sozialer Disparitäten. Diese fanden gleichermaßen ihren Niederschlag in einem Anstieg regionaler Disparitäten. Während sie bereits in der Vergangenheit existierten, wurde im Sozialismus versucht, regionalökonomische und soziokulturelle Unterschiede zu nivellieren. Die Einführung der Marktwirtschaft führte zur Erneuerung und zum deutlichen Anwachsen dieser

Disparitäten. Disparitäten können unterschiedlich gemessen werden. Das Bruttoinlandsprodukt und die Arbeitslosigkeit können relevante Kennziffern in dieser Hinsicht darstellen. Die Abbildungen 14 und 15 erfassen die Arbeitslosigkeit in der Slowakei im Juli 2000, sowohl nach Bezirken als auch nach Kreisen. Erstere zeigt, dass das Territorium der Slowakei aus zwei großen Teilen besteht. Die Linie, welche die Grenze zwischen beiden darstellt, verläuft vom Südwesten nach Nordosten. Der südöstliche Teil zeichnet sich durch eine deutlich höhere Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Nordwesten aus. Bratislava nimmt wiederum eine Sonderstellung wegen seiner niedrigen Arbeitslosigkeit ein (für eine detailliertere Analyse dieses Phänomens siehe Bezák, 1997).

Abb. 13: Anteil der Kreise am landwirtschaftlichen BIP der Slowakei (1999, in Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten)

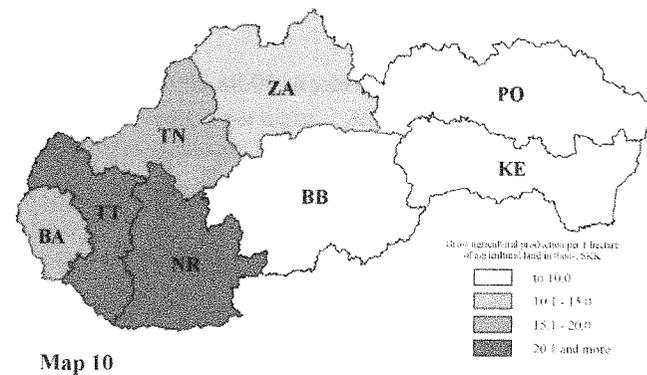
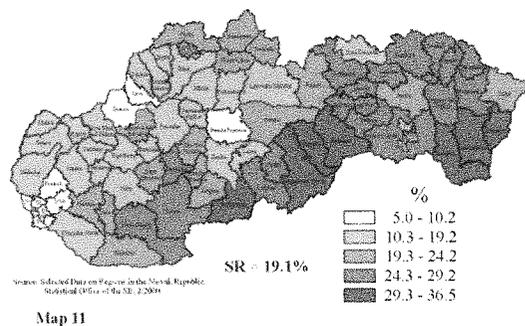
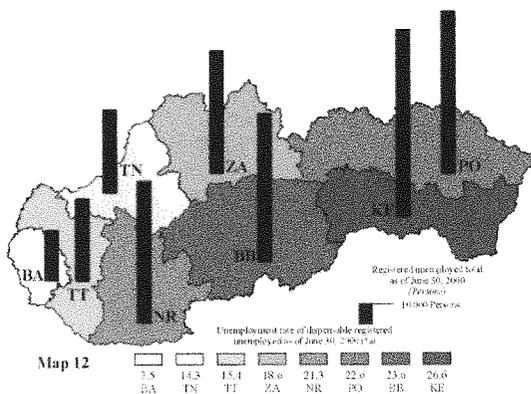


Abb. 14: Arbeitslosenquote nach Bezirken (30.06.2000)



Map 11

Abb. 15: Arbeitslosenquote nach Kreisen (30.06.2000)



Map 12

Weitere Beispiele für regionale Disparitäten sind in den Abbildungen 16, 17 und 18 dargestellt. Die ersten beiden erfassen die Flexibilität oder Adaptationsfähigkeit einzelner Regionen gegenüber strukturellen Veränderungen. Sie sind teilweise mit den Regionen großer Arbeitslosigkeit identisch. Da sich die sozialen und regionalen Disparitäten in der letzten Zeit deutlich verstärkt haben, sprechen einige Autoren (z.B. Michálek, 2000) nunmehr von Armutsregionen. Sie werden in Abbildung 18 dargestellt und sind zum Großteil mit den Regionen größter Arbeitslosigkeit identisch.

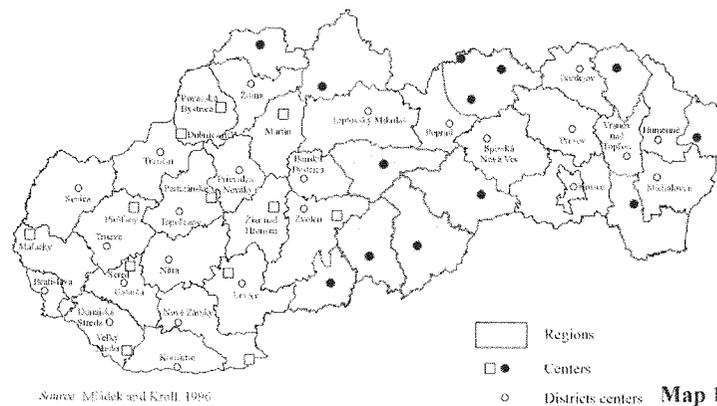
Abb. 16: Regionen mit geringer Adaptionfähigkeit in Bezug auf Transformationsprozesse der allgemeinen Bedingungen



Source: Council of Slovak Government for Regional Development, 1992; adapted from Buřek, 1999

Map 13

Abb. 17: Regionen mit geringer Adaptionfähigkeit in Bezug auf Transformationsprozesse in der Industrie



Source: Mládek and Kroll, 1996

Map 14

Abb. 18: Armutsregionen



Source: Michálek, 2000

Map 15

Zusammenfassung

Der Transformationsprozess in der Slowakei hat sich nach etwa zehn Jahren als ein hoch komplizierter, komplexer, anspruchsvoller und auch schmerzhafter Prozess erwiesen. Die Umwandlung der dirigistischen Wirtschaft in eine Marktwirtschaft ist zu einer extrem schweren und umfangreichen Aufgabe geworden. Im zeitlichen Verlauf dieses Prozesses, gemessen an makroökonomischen Kennziffern, kam es zur Bildung von Phasen. Bei der Umstrukturierung der Wirtschaft, gemessen an den jeweiligen Veränderungen der Grundsektoren und -branchen, können bereits unstrittige Fortschritte beobachtet werden. Die demographische Entwicklung weist einen klaren und wachsenden Rückgang des natürlichen Zuwachses auf. Das Wachstum der Städte durch Migration ist praktisch gestoppt worden. In der regionalen Differenzierung zeigt sich eine klare Polarisierung in Form einer Sonderstellung von Bratislava praktisch bei allen Kennziffern. Ein dominierendes Element in der Differenzierung sind die regionalen Disparitäten geworden. Sie haben einen besonders klaren Niederschlag in der Arbeitslosigkeit gefunden. Die regionale Differenzierung dieses Phänomens signalisiert eine gewisse Spaltung der Slowakei in zwei Räume. Die Trennachse verläuft vom Südwesten nach Nordosten.

Literatur

- BEZÁK, A.: The relationship between regional and national unemployment trends in Slovakia, 1991-1994, *Földrajzi Értesítő*, Vol. XLVI, 155-160, 1997.
- BUČEK, M.: Regional disparities in transition in the Slovak Republic. *European Urban and Regional Studies*, Vol.6, 360-364, 1999.
- GABRIELOVÁ, H.: Zamestnanosť a hospodársky vývoj v Slovenskej republike (Beschäftigung und Wirtschaftsentwicklung in der Slowakischen Republik), *Ekonomický časopis*, Vol. 48, 442-445, 2000.
- MICHÁLEK, A.: Chudoba, jej koncepty a geografické dimenzie (Armut, seine Auffassung und geographische Dimensionen), *Geografický časopis*, Vol. 52, 231-242, 2000.
- MLÁDEK, J.: Die Industrie im wirtschaftlichen Transformationsprozess der Slowakei, *Europa Regional*, Vol. 3, 28-34, 1995.
- MLÁDEK, J. u. G. KROLL: Sektorale und regionale Aspekte der Industrietransformation in der Slowakei, *Europa Regional*, Vol. 4, 31-37, 1996.
- OKÁLI, I., H. GABRIELOVÁ, E. HLAVATÝ u. R. OTRATA: Economic Development of Slovakia in 1996, *Ekonomický časopis*, Vol. 45, 175-220, 1997.
- PAULOV, J.: "Some features and problems of the transformation process in Slovakia" in: Carter, F. W. and W. Maik (eds.), *Shock-Shift in an Enlarged Europe*, Ashgate, Aldershote, 39-47, 1999.
- TOUŠEK, V.: Transformace průmyslu v ČR a jeho odvětvová struktura v nových krajích (Transformation der Industrie in der Tschechischen Republik und ihre Branchenstruktur in neuen Kreisen). *Geografické štúdie*, No. 7, Banská Bystrica, 112-118, 2000.
- Evidenz der Industriebetriebe. Unterlagen des Statistischen Amtes der SR, Bratislava 1998.
- Selected Data on Regions in the Slovak Republic, Statistisches Amt der SR, Bratislava 1/2000.
- Statistische Nachricht über die Grundtendenzen in der Entwicklung der Wirtschaft der SR, Statistisches Amt der SR, Bratislava 2/2000.
- Statistisches Jahrbuch der SR, Statistisches Amt der SR, Bratislava 1997, 1998, 1999, 2000.

Raumordnung in der Slowakei im Vorfeld eines EU-Beitritts

Vojtech Hrdina

Historisch entwickelte sich Raumplanung in der Slowakei in zwei Richtungen: einerseits als „Gebietsplanung“ und andererseits als „Planung und Regelung der Regionalentwicklung“ (d.h. eine „Regionalplanung“ unter den Bedingungen eines zentralen und direktiven Planungssystems).

Die Slowakische Republik, seit dem 1.2.1995 durch ein Assoziierungsabkommen mit der EU verbunden, ist auch in Fragen der Raumplanung bemüht, sich optimal den Planungsmethoden und Vorschriften in den EU-Ländern anzupassen, und das, obwohl die Einstellung zu dieser Planung in den Mitgliedsländern vielfältig und in jedem Staat gewissermaßen individuell ist.

Die „zweigleisige“ Praxis von räumlicher Planung besteht weiterhin. Die Gebietsplanung setzt die Entwicklung aufgrund vorausgegangener Erfahrungen fort und geht von der früher geschaffenen Gesetzgebung aus, die sie allmählich den neuen Bedingungen anpasst. Die Gebietsplanung wurde nach 1990 abgeschafft. Die Planung und Regelung der Regionalentwicklung findet im Rahmen der sich bildenden Regionalpolitik statt. Nach Abschaffung der Regionalplanung begann die Regionalpolitik in der Slowakei sofort sich zu konstituieren. Ihr Weg zur Bildung eines komplexen Systems der Regionalpolitik, die sowohl mit den Bedingungen der Marktwirtschaft als auch mit den neuen politischen und sozialen Bedingungen der Gesellschaft konform ist, ist jedoch noch nicht vollendet. Auch ist weder der gesetzgebende, organisatorische sowie der personelle Prozess der Systembildung einer funktionellen Regionalpolitik vollendet, noch ist dieser groß stabilisiert worden. In meinem Beitrag befasste ich mich vorrangig mit einigen Fragen zur Raumplanung in der Slowakei, die sich vor einer EU-Osterweiterung stellen. Dabei gehe ich folgenden ausgewählten Fragen des Annäherungsprozesses der Slowakei an die Europäische Union nach, die charakteristisch sind:

- Fragen der Gesetzgebung bei der Annäherung der Slowakischen Republik an die EU
- Internationale und grenzüberschreitende Projekte
- Die Entwicklung des gesamtstaatlichen raumplanerischen Dokuments

1. Fragen der Gesetzgebung bei der Annäherung der Slowakischen Republik an die EU

Offiziell unterliegt die die Gebietsplanung betreffende Gesetzgebung keinem *aquis communautaire*. Trotzdem hat sich in der Slowakei ein großes Bemühen entfaltet, die gesetzgebenden Vorschriften und Gepflogenheiten denen in den Ländern der EU wirksamen anzunähern. Das Raumordnungsgesetz ist seit dem Jahr 1976 in der Slowakei rechtskräftig. Nach 1990 sind mehrere Novellierungen durchgeführt worden. Eine so geregelte Legislative entspricht grundsätzlich den neuen Anforderungen. Gegenwärtig ist trotzdem ein neues Gesetz in Vorbereitung, das alle Anforderungen und Kriterien eines modernen Gesetzes vollständig erfüllen soll, das mit den neuen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen vollkommen kompatibel ist.

Das derzeitige Gesetz - neben verschiedenen notwendigen Änderungen unter den neuen politischen Bedingungen - vereinfachte in seinen Novellen das System der gebietsplanerischen Dokumentation. Die Novellen des ursprünglichen Gesetzes verstärkten beträchtlich die sich aus den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung des Lebens, der Umweltgestaltung und des Umweltschutzes ergebenden Anforderungen an die Planung.

Die Fragen der Umweltverträglichkeitsprüfung einzelner Investitionen sind in einem eigenständigen Gesetz verankert, nämlich in dem über die Umweltverträglichkeitsprüfung. Dieses Gesetz bestimmt gleichzeitig die Bedingungen und Anforderungen an die Prüfungsdurchführung, welche vereinfacht Raumverträglichkeitsprüfung genannt werden kann. Es handelt sich um eine Auswertung der Gebietspläne der Regionen und der Gebietspläne ausgewählter Städte und Gemeinden.

Neben den offiziellen legislativen Vorschriften regelt und berücksichtigt die Raumplanung in ihren Tätigkeiten auch die grundlegenden internationalen Konventionen, die im Rahmen der europäischen Abkommen der verantwortlichen Minister für die Raumplanung entstanden sind. Es handelt sich vor allem um die Europäische Raumordnungscharta, das sogenannte Leipziger Dokument, die Grundsätze der europäischen Raumordnungspolitik (*Principles for a European Spatial Policy*), die AGENDA 2000 und dergleichen.

2. Internationale und grenzüberschreitende Projekte

Wie schon oben erwähnt wurde, nähert sich die Slowakei im Bereich der Raumplanung den Planungsprinzipien und -einstellungen, die in den EU-Ländern

Anwendung finden. Aus dieser Sicht sind in der Slowakei bei der Raumplanung Ergebnisse und Empfehlungen analysiert und realisiert worden, die in verschiedenen konzeptionellen Unterlagen von den EU-Ländern übernommen bzw. in gemeinsamen Konzeptionen zwischen diesen und den restlichen europäischen Staaten ausgearbeitet wurden. An deren Vorbereitung hat auch die Slowakische Republik teilgenommen. Zu den grundlegenden Materialien, die in der Slowakei erarbeitet wurden und den Ergebnissen, welche schrittweise in raumplanerischer Tätigkeit einfließen, gehören vor allem folgende konzeptionelle Unterlagen von europäischer und internationaler Bedeutung:

- „Europa 2000 - Perspektive Raumentwicklung der Europäischen Gemeinschaft“ („Europe 2000 - Outlook for the Development of Community's Territory“) im Jahr 1991
- „Europa 2000+“ (Europe 2000+)
- Europäisches Raumentwicklungskonzept (European Spatial Development Perspective – Towards Balanced and Sustainable Development of the Territory of the EU – ESDP, 1999)
- VISION PLANET (Strategies for Integrated Spatial Development of the Central European, Danubian and Adriatic Area, Januar-April 2000)
- Studie des Donaupraums - Regional- und Gebietsaspekte der Entwicklung von Donauländern im Verhältnis zur EU (Danube Space Study – Regional and territorial aspects of development in the Danube Countries on the European Union, September 1999)
- Konzept der Zusammenarbeit von Regionen, Städten und Häfen im Donaupraum - Ergebnisse der Materialien, die an die Arbeit im Sinne des Programms der Arbeitsgruppe für Raumordnung der Donauländer (ARGE Donauländer) anknüpfen
- Polnisch-slowakische Zusammenarbeit
- Ungarisch-slowakische Zusammenarbeit
- Gemeinsame Programmdokumente (Joint Programming Document – JPD), die als Unterlagen für eine Zusammenarbeit in Grenzräumen zwischen der Slowakischen Republik sowie Österreich, Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik erarbeitet wurden
- Weitere Materialien und Dokumente, welche die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der Raumordnung behandeln

Von den oben angeführten nimmt das von allen Mitgliedsländern der Europäischen Union angenommene Dokument – das Europäische Raumentwicklungskonzept (EUREK) - eine bedeutende Stellung ein. Die Ergebnisse dieses Doku-

ments werden schrittweise auch in nationalen und regionalen Entwicklungskonzeptionen der Slowakei appliziert.

Grundlegendes Ziel von EUREK, das auch dem slowakischen Verständnis von Raumordnung entspricht, ist die nachhaltige Entwicklung, die sich in den drei folgenden Richtungen der Raumentwicklung darstellt:

1. wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt
2. Schutz der Naturquellen und des Kulturerbes
3. ausgewogenere Wettbewerbsfähigkeit in Europa

Der Entwurf der Ziele der Raumentwicklungspolitik ist schließlich in den folgenden drei Grundsätzen enthalten, die schon aus dem Leipziger Dokument bekannt sind:

1. Entwicklung eines ausgewogenen polyzentrischen Systems der Städte und ein neues Verhältnis von städtischen und ländlichen Gebieten
2. Sicherung gleicher Zugangsmöglichkeiten zur Infrastruktur und zum Wissen
3. nachhaltige Entwicklung, sinnvolle Erhaltung und Schutz von Natur- und Kulturerbe

Die Beziehung zu den assoziierten Staaten, mit denen die EU bei ihrer weiteren Erweiterung rechnet, wird im EUREK im gesonderten 5. Kapitel unter dem Titel: „EU-Erweiterung: neue Herausforderung für die europäische Raumentwicklungspolitik“ erörtert. In diesem wird festgestellt, dass sich die Raumentwicklungsprozesse in den Beitrittsländern nicht als einfache Repliken der Entwicklungsprozesse in der gegenwärtigen EU der 15 abspielen werden und dass in diesen Ländern die Raumkoordination eine größere Rolle spielen wird als in den derzeitigen Mitgliedstaaten. Sie betrifft vor allem:

- Planung der Entwicklung von internationaler Verkehrsinfrastruktur und der gesamten Verkehrspolitik der Europäischen Gemeinschaft
- Maßnahmen im Interesse der ökologischen Neugestaltung, vor allem industrieller Gebiete
- Maßnahmen für Strukturveränderungen in den ländlichen Regionen

Der Integrationsprozess muss im erweiterten Gebiet durch intensive grenzüberschreitende und internationale Zusammenarbeit unterstützt werden: sowohl an den gegenwärtigen EU-Außengrenzen, als auch an denen der einzelnen Beitrittsstaaten.

Ein weiteres, die Donaustaaten konkreter behandelndes Material, ist das Dokument VISION PLANET. Primäre Aufgaben der Verbesserung von Gebietsstrukturen sind laut diesem Material folgende:

- Bildung neuer Beziehungen zwischen Stadt und Land mit dem Ziel, die integrierte Entwicklung, Strukturveränderungen und Qualitätssteigerung der Dienstleistungen in den Kernstädten und deren Umland zu sichern;
- im Rahmen der gesamten Regionalpolitik Konzentration auf die entstehenden Differenzen zwischen den Regionen mit Orientierung auf zurückgebliebene Gebiete oder solche, die sich in einer strukturellen Krise befinden, ohne dass es zur Gefährdung der sich dynamisch entwickelnden Regionen kommt, welche die Träger des nationalen Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit sind;
- Milderung des Zurückbleibens und der Nachteile der Peripherien durch Eröffnung einer größeren Zahl von Grenzübergängen, durch Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und durch geeignete Ausbaumaßnahmen des Verkehrsnetzes;
- Diversifizierung der Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur der landwirtschaftlichen Gebiete mit Monokulturen und der Städte und Gemeinden mit einseitiger Orientierung der Aktivitäten anhand der Auslastung des endogenen Potenzials und durch Kombination verschiedener Maßnahmen der Wirtschaftspolitik;
- Gewährleistung eines leichteren Zugangs zu den Kenntnissen und Informationen auf allen Gebieten durch geeignete Lokalisierung und Orientierung von Bildungs-, Kultur- und Forschungsinstitutionen, durch Bildung von Netzen zwischen diesen Institutionen und durch Anwendung modernster Informationstechnologien;
- Durchführung von organisatorischen Ausgleichsmaßnahmen zwischen den Siedlungs- und den Küstengebieten durch Zusammenarbeit zu schaffen und entsprechende Aktionen im Interesse ihrer Integration in die Gesamtkonzeption des Küstenmanagements.

Zu den bedeutendsten Faktoren, welche die Umweltgestaltung im internationalen Kontext beeinflussen, zählen Euroregionen. Eine der Aufgaben der Euroregionen ist die Koordination und Mitgestaltung der grenzüberschreitenden Entwicklung von Regionen. Zurzeit sind an der slowakischen Grenze bereits Euroregionen entstanden bzw. im Entstehen. Der gegenwärtige Stand ist folgender:

- Euroregion „Karpaten“ (mit Polen, Ungarn, Ukraine und Rumänien seit 02/1993)
- Euroregion „Tatra“ (mit Polen seit 08/1994)
- Euroregion „Beskiden“ (mit Polen seit 06/1999)

- Euroregion „Záhorie-Weinviertel-Südmähren“ (mit Österreich und Tschechischer Republik seit 06/1999)
- Euroregion „Waag-Donau-Eipel“ (mit Ungarn seit 07/1999),
- Eipel-Euroregion (mit Ungarn seit 09/1999)
- Neugrad-Euroregion (mit Ungarn seit 09/1999)
- Euroregion „Slaná-Rimava-Borsód-Abbauj-Zemplén“ (mit Ungarn)
- Euroregion „Bílé-Weisskarpaten“ (mit Tschechischer Republik)
- Euroregion „Žitný Ostrov-Győr-Sopron-Österreich“ (mit Ungarn und Österreich)
- Euroregion „Poloniny“

Außer im Rahmen komplexer Dokumente beschäftigt sich die Slowakei mit der Zusammenarbeit auch im Bereich sektoraler Konzeptionen von gesamteuropäischer und internationaler Bedeutung. Zu solchen gehören vor allem konzeptionelle Überlegungen über die Entwicklung der technischen Infrastruktur, insbesondere der Verkehrsinfrastruktur. Die Slowakei setzt sich dabei mit der Gestaltung und Durchführung der Verkehrskorridore auseinander: der sog. TEN, die bei der Paneuropäischen Konferenz der Verkehrsminister in Helsinki im Jahr 1997 angenommen wurde; dem ergänzenden Verkehrs- und Eisenbahnnetz „TINA“ (Transport Infrastructure Needs Assessment).

3. Gesamtstaatliches raumplanerisches Dokument

Die Regierung der Slowakischen Republik gewährleistet durch ihr Umweltministerium die gebietsplanerische Tätigkeit auf gesamtstaatlicher Ebene. Im Rahmen dieser Tätigkeit wurde 1994 der erste Entwurf und 1997 der zweite Entwurf der Raumentwicklungskonzeption der Slowakei als eine gebietstechnische Unterlage erarbeitet. Diese beiden Dokumente wurden von der Regierung der Slowakischen Republik angenommen, und durch einen Regierungsbeschluss ihre Grundsätze für die Durchführung der Raumentwicklung in der Slowakei verabschiedet.

Gegenwärtig sichert das Umweltministerium der Slowakischen Republik aufgrund eines Regierungsbeschlusses in Übereinstimmung mit der gültigen Gesetzgebung die Erstellung der gebietsplanerischen Dokumentation von gesamtstaatlicher Bedeutung unter der Bezeichnung „Raumentwicklungskonzeption der Slowakei 2001“. Im Juli 1999 war ein Vergabedokument dieser gebietsplanerischen Dokumentation - „Veranlassung der Gebietsprognose für die Erarbeitung der Raumentwicklungskonzeption der Slowakei 2001“ – erar-

beitet worden, die die Regierung im September 1999 diskutiert hatte. Im August 2000 wurde ein Konzeptentwurf erstellt, der im Herbst 2000 erörtert worden ist. Dieser soll bis Ende Oktober 2001 der Regierung vorgelegt werden.

Die „Raumentwicklungskonzeption der Slowakei 2001“ ist ein Instrument der Raumplanung und ein untrennbarer Bestandteil des Planungssystems der Slowakischen Republik. Ihre grundlegende Funktion besteht in der Feststellung der Grundsätze und Regeln der Gebiets- und Raumentwicklung der Slowakischen Republik.

Das Ziel der Erarbeitung, Erörterung, Verabschiedung und Implementierung der „Raumentwicklungskonzeption der Slowakei 2001“ ist die Sicherung der nachhaltigen Entwicklung durch die Bestimmung der Sozial-, Wirtschafts- und Umweltbedürfnisse einzelner Regionen der Slowakei.

Ausgehend sowohl von den in den grundlegenden konzeptionellen Dokumenten dargestellten Zielen der Raumordnungspolitik der europäischen Staaten als auch von der Verfolgung der Ziele mit den in anderen internationalen Konventionen formulierten räumlichen Auswirkungen, zu deren Erfüllung sich die Slowakische Republik verpflichtete, werden als grundlegende Ziele der Raumordnungspolitik der Slowakischen Republik folgende erachtet:

- Unterstützung der Entwicklung der wirtschaftlichen Basis und Verstärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und Effektivität
- Unterstützung einer ausgeglichenen Siedlungsentwicklung, einschließlich der Entwicklung auf dem Lande
- Sicherung der gleichwertigen Zugänglichkeit zur Infrastruktur
- Umweltschutz und -gestaltung, Schutz des Natur- und Kulturerbes
- Unterstützung der Integration und des Zusammenhaltes
- Sicherung der nachhaltigen Entwicklung

Es wird deutlich, dass diese allgemeinen Ziele unter konkreten und spezifischen sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen der Slowakei gesichert werden müssen. Mangel an Finanzmitteln, tiefgehende Restrukturierung der Wirtschaft sowie gesellschaftspolitischer und organisatorischer Strukturen ermöglichen es nicht, die Raumentwicklung in solchem Maße zu entfalten, wie es im Allgemeinen erforderlich wäre. Es ist trotzdem im Interesse der nachhaltigen Entwicklung der Slowakei und ihrer Bemühung um gleichwertigen Anschluss an die Europäische Gemeinschaft, die dargestellten langfristigen Ziele der Raumentwicklung zu verfolgen, für deren Sicherung es bereits gegenwärtig notwendig ist, die erforderlichen Ausgangsbedingungen zu schaffen.

Grundziel der „Raumentwicklungskonzeption der Slowakei 2001“ ist, die Konzeption der Siedlungsstruktur der Slowakei anhand der Bestimmung der

Schwerpunkte der Besiedlung darzulegen, die Hauptentwicklungsachsen der Siedlungsstruktur der Slowakei festzustellen, zu kategorisieren und deren Entwicklung mit Rücksicht auf die gegenwärtigen und perspektivischen Verkehrskorridore der einzelnen hierarchischen Ebenen zu planen, die funktionale Differenzierung der Siedlungszentren aufgrund ihres jeweiligen Potenzials vorzunehmen und deren Stellung im Siedlungssystem festzustellen sowie die Grundprinzipien der die ausgeglichene wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Entwicklung unterstützenden Ausbildung eines abgestimmten Siedlungssystems festzulegen.

Für die Schaffung einer optimalen Siedlungsstruktur wird in der „Raumentwicklungskonzeption der Slowakei 2001“ eine Reihe von Faktoren und gegenseitiger Zusammenhänge berücksichtigt. Es handelt sich vor allem um:

- internationale Abkommen verschiedener Branchensysteme;
- Konzeptionen und Prinzipien der Raumentwicklung in globaleren internationalen Zusammenhängen;
- gesamtstaatliche Branchenkonzeptionen;
- Entwicklungsprinzipien, die bisher angenommen wurden;
- Berücksichtigung der ökologischen, sozialen und kulturhistorischen Bedingungen konkreter Regionaleinheiten.

Das Erreichen der Raumentwicklungsziele des Staates wurde im Konzeptentwurf der „Raumentwicklungskonzeption der Slowakei 2001“ in zwei grundlegenden Varianten der Siedlungsstrukturentwicklung überprüft. Ihre Beschaffenheit beruht auf differenzierter Präferenz einzelner Siedlungseinheiten. In jeder Variante spiegeln sich andere Präferenzen in der Entwicklung einzelner Siedlungssysteme und im Aufbau unterstützender Branchensysteme wider. In unterschiedlichem Maße kommen internationale Abkommen und die Zusammenhänge im Bereich der Raum- und Gebietsentwicklung zur Geltung. Die beiden Varianten berücksichtigen in unterschiedlichem Maße die in europäischen Dokumenten verankerten Abläufe und Prinzipien der Raumentwicklung.

Gegenwärtig wird auf der Basis der Auswertung des Anhörungsverfahrens und der Stellungnahme des Umweltministeriums der Slowakischen Republik ein Entwurf der „Raumentwicklungskonzeption der Slowakei 2001“ vorbereitet, der nach den Hinweisen der einzelnen Verwaltungsbereiche Gegenstand der Besprechung und Verabschiedung durch die Regierung der Slowakischen Republik sein wird.

Slowenien auf dem Weg zum EU-Beitritt

Alfonz Naberznik

In Westeuropa sind die Kenntnisse über Slowenien nicht sehr groß, was wegen der geringen Größe unseres Landes auch nicht verwunderlich ist. Wir werden häufig übersehen und liegen deswegen auch auf der Beliebtheitskala der Beitrittskandidaten in den EU-Länder weit hinten. Der Ausgangspunkt meiner Ausführungen ist demnach folgender: weil wir so unbekannt sind (deshalb sind wir unbeliebt), müssen wir uns häufig zu Wort melden und jede Gelegenheit nutzen, um uns zu präsentieren. Weil hier auch sehr viele junge Leute anwesend sind, mache ich das sehr gerne, da ich in Ihnen die künftigen Wissenschaftler, Politiker und Diplomaten sehe, denen es größeres Wissen über Slowenien zu vermitteln gilt.

Ich möchte mit meinen Ausführungen im Jahr 1991 beginnen. Es ist das Jahr, in dem Slowenien nach vielen Jahrhunderten fremder Herrschaft selbstständig geworden ist. Vielleicht klingt es gerade deswegen auch ein bisschen paradox, dass sich die Slowenen nach der hart errungenen Selbstständigkeit sofort einem Vorhaben verschrieben haben, das EU-Mitgliedschaft heißt, vor allem in dem Wissen, dass als EU-Mitglied partiell auf Teile eigener Souveränität verzichtet werden muss. Souveränitätstransfer ist das Zauberwort, das besagt, dass wir als EU-Mitglied einige Zuständigkeiten abgeben müssen. Dazu haben wir uns bewusst entschieden, weil wir meinen, dass die Europäische Union und auch die NATO die zwei Säulen sind, die für unsere Zukunft sehr wichtig sind.

Für den EU-Beitritt spricht die Tatsache, dass wir schon jetzt etwa 70% unseres Handelsverkehrs mit den EU-Ländern abwickeln. Die Bundesrepublik Deutschland steht dabei mit einem Handelsanteil von 30% an erster Stelle. Das ist eine Tatsache, die auch dem einfachen Menschen in Slowenien präsent ist. Und somit liegt es auf der Hand, dass wir sozusagen in die EU „müssen“. Wir standen als selbstständiger Staat im Jahr 1991 vor einer sehr schwierigen Situation. Praktisch über Nacht haben wir den südlichen Markt des ehemaligen Jugoslawiens, der für unsere Wirtschaft lebenswichtig war, verloren. In der Folge waren wir gezwungen, uns auf die westlichen Märkte umzuorientieren, auf denen die Konkurrenz und der Kampf um das eigene Bestehen ungleich größer ist. Professor Gosar hat in seinem Beitrag gezeigt, dass Slowenien nach 1991 zunächst kein Wachstum, sondern einen Rückgang in allen wichtigen Wirtschaftsbereichen zu bewältigen hatte. Das Brutto-Pro-Kopf-Einkommen in Slowenien war schon zu Zeiten des ehemaligen Jugoslawiens ungefähr so hoch, wie wir es heute wieder verzeichnen. Im Jahr 1991 sank es auf knapp 6.000 US \$. Das war

ein herber Schlag sowohl für die Bevölkerung als auch für den Lebensstandard, den wir höher gewohnt waren. Slowenien hat zu jugoslawischen Zeiten, als die wirtschaftlich höchstentwickelte Teilrepublik, etwa 25% zum Bruttosozialprodukt des ganzen Landes beigetragen, obwohl wir nur 8% der Bevölkerung stellten. In Slowenien wurde etwa 30% des gesamten Westhandels Jugoslawiens getätigt. Diese Tatsache wirkte sich für Slowenien nach der Unabhängigkeit positiv aus. Unsere Manager, die im Westen Handelskontakte gesucht haben, kannten dadurch bereits die Marktwirtschaft und deren Regeln. Das kam unserem Land zugute, als wir die Umorientierung hin zu den westlichen Märkten suchten.

Slowenien stand also im Jahr 1991 vor zwei großen Herausforderungen: Zum einen gab es den Wunsch nach Annäherung an die EU und die NATO, zum anderen mussten wir als Transformationsland auch Sorge tragen, dass die notwendige wirtschaftliche und gesellschaftliche Umstrukturierung erfolgte. Dies ist nicht einfach, wenn man - auch wider Willen - unter einem Regime gelebt hat, das vom Einparteiensystem geprägt war, und das vom Zentrum aus - in unserem Falle Belgrad - geführt und geleitet wurde. Die Situation in der DDR war unserer ähnlich, und der Staat hatte sich ungefähr die selben Ziele auf die Fahne geschrieben wie Jugoslawien. Glücklicherweise fand der damalige jugoslawische Präsident Tito 1948 die Kraft und brach die enge Bindung an die Sowjetunion, oder besser gesagt an Stalin, ab. Unsere damalige Freizügigkeit kam uns später auch zugute. Wir konnten bereits früh Spezialisten ins Ausland schicken, obwohl dies sowohl positiv als auch negativ gesehen werden kann. Zumindest haben wir die westlichen Verhältnisse etwas besser gekannt als die anderen Staaten. Das hat, meines Erachtens, auch dazu beigetragen, dass wir bereits Mitte der achtziger Jahre begonnen haben, über die Unabhängigkeit Sloweniens nachzudenken.

Die Herausforderung der Umstrukturierung und der Privatisierung der Wirtschaft hat Herr Gosar in seinem Beitrag bereits kritisch angesprochen. Hierbei ist es fast zwangsläufig zu Unregelmäßigkeiten gekommen, weil ehemalige Funktionäre mit entsprechenden Sachkenntnissen Privatisierungen zu ihrem persönlichen Vorteil nutzen konnten. Das slowenische Parlament hat inzwischen ein Gesetz beschlossen, auf dessen Grundlage die „wilden Privatisierungen“ auf ihre Legalität hin überprüft werden sollen. Sie sind Folgen des Einparteiensystems und des nicht-demokratischen Wesens und Lebens im ehemaligen Jugoslawien. Auch für diese Leute muss ein gewisses Verständnis aufgebracht werden, da eine Umorientierung oder Umwandlung nicht über Nacht stattfinden kann.

Hierbei gibt es natürlich auch Generationsunterschiede. In meiner Generation ist das vielleicht schwieriger, wenn man gewissen Situationen ausgesetzt ist, in welchen in einem demokratischen Land anders gehandelt werden würde als in

einem ehemals autokratischen Land. Die Jüngerer in Slowenien haben natürlich eine ganz andere Denkweise und sind da viel offener; dabei macht sich bemerkbar, dass sie schon unter dem Einfluss der demokratischen Entwicklung ganz anders aufgewachsen sind, als das noch bei uns der Fall war. Trotzdem muss ich aber im Vergleich zum ehemaligen Jugoslawien sagen, dass in Slowenien das demokratische Unterbewusstsein immer sehr präsent war und schließlich Mitte der achtziger Jahre deutlich hervorgetreten ist, was zur ersehnten Selbstständigkeit geführt hat.

Aus dieser Sicht muss die Frage des EU-Beitritts, bei uns und auch bei anderen Kandidaten, als eine sehr komplexe Aufgabe angesehen werden. Dabei geht es nicht nur um die EU-Erweiterung im technischen Sinne, um die 80.000 Seiten Gesetzesverordnungen der EU, an die wir uns im Screening-Prozess anpassen müssen. Wir sagen zwar, dass wir verhandeln, aber meinem Empfinden nach verhandeln wir nicht, sondern übernehmen nur das, was die EU schon geschaffen hat, und müssen dann noch für die Implementierung der neuen Ordnung sorgen. Es geht also nicht um richtiges Verhandeln, sondern eher um eine Übernahme des *Acquis Communautaire*.

Hinsichtlich der Beitrittsfrage existiert in Slowenien ein überparteilicher Konsens. Lediglich eine Partei, die Slowenische Nationalistische Partei, die etwa 4% bei den letzten Wahlen errungen hat, spricht sich offen gegen den Beitritt aus. Verschiedene Meinungsumfragen haben ergeben, dass etwa 56 – 60% der Bevölkerung einem EU-Beitritt zustimmen. Das ist ein hoher Prozentsatz, der mit demjenigen in Österreich vergleichbar ist, wo ungefähr 67% für den Beitritt gestimmt haben. Es gibt eine interessante Studie, in der sich die Unternehmer zum großen Teil für einen EU-Beitritt ausgesprochen haben und eine große Bereitschaft zur Übernahme der Verpflichtungen aus den EU-Kriterien äußerten.

Slowenien befindet sich trotz aller Schwierigkeiten und Probleme bei den Verhandlungen um die Erweiterung in einem sehr positiven Stadium. Dieses Positivum würde ich nicht nur auf eigene Studien und eigene Analysen stützen, sondern ich kann zufriedenstellend sagen, dass auch deutsche und andere ausländische Institutionen dies feststellen. Demzufolge wird Slowenien häufig als „Musterknabe“ unter den sechs Kandidaten der Luxemburger Gruppe bezeichnet. Wird über den „Musterknaben Slowenien“ gesprochen, heißt das, dass wir die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien, d.h. die demokratische sowie die marktwirtschaftliche Entwicklung im Lande, und auch die Übernahme des *Acquis Communautaire* erfolgreich verfolgen.¹

¹ Im Handelsblatt vom 24. Oktober 2000 ist in einer Sonderbeilage über Slowenien eine gute Analyse zur aktuellen Situation und zur Bewertung aus deutscher Sicht enthalten.

Wir sind uns aber bewusst, dass nicht nur die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien den Ausschlag für die Aufnahme Sloweniens geben wird, da auch das politische Umfeld nicht vergessen werden darf. Es wird sowohl in Brüssel als auch bei unseren bilateralen Partnern überall betont, dass die individuellen Verhandlungen ausschlaggebend sein werden. Der offizielle Tenor lautet, dass dasjenige Land aufgenommen werden kann, das die Kriterien erfüllt, ungeachtet der Reihenfolge bei der Frage, wie beliebt oder weniger beliebt ein Kandidat in den EU-Ländern ist. Es gibt aber immer häufiger Aussagen, gerade hier in der Bundesrepublik, dass vor Polen wohl niemand aufgenommen werden könne. Auch Slowenien nicht, selbst wenn es alle Kriterien erfüllte. Dies liegt daran, dass Polen in einem anderen Interessensbereich wie z.B. Slowenien liegt.

Wir haben mit der Bundesrepublik Deutschland einen sehr guten Befürworter nicht nur für unsere EU-Bewerbung, sondern auch für den Beitritt zur NATO. Die Bundesrepublik Deutschland war von Anfang einer der größten Fürsprecher Sloweniens. Wir haben sehr gute bilaterale Beziehungen, die bis auf die Frage der Zwangsarbeiterentschädigung keine Konfliktpunkte beinhalten. Dieses Problem ist mit dem im Juni 2000 vom deutschen Bundestag beschlossenen Gesetz auch ausgeräumt. Trotz der guten bilateralen Beziehungen liegt die Zustimmung der Deutschen zu einem EU-Beitritt Sloweniens bei Meinungsumfragen nur bei 22 bis 23%. Dies führe ich, wie am Anfang gesagt, auf die Tatsache zurück, dass man uns nicht kennt. Ansonsten sollte es im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt Sloweniens keine Befürchtungen geben.

Ich spreche nicht gern vom „kleinen“ Slowenien. Das klingt ein bisschen nach Selbstvermiedlichung. Aber in der Tat ist Slowenien nur 20.000 km² groß. Was kann so ein Staat im großen Gebiet der Europäischen Union schon Negatives bewirken? Wir sind uns bewusst, dass wir, gerade in wirtschaftlicher Hinsicht, noch einiges leisten müssen, um unseren Beitrag zur EU finanzieren zu können. Wir wissen nicht, was wir an Zuschüssen und Subventionen bekommen werden, aber wir sind auch in dem so komplexen Bereich der Landwirtschaft kein schwieriges Land, weil in unserer Wirtschaftsstruktur die Landwirtschaft nur 4% ausmacht. Wir können auch bei der groß geschriebenen Angst vor der Freizügigkeit der Arbeitnehmer kaum Besorgnis erregen. Die Slowenen an sich sind kein emigrationsfreudiges Volk. Wir sind auf eigenem Grund und Boden stark verwurzelt; es gibt deshalb in Slowenien, obwohl es klein ist, keine Bevölkerungsbewegungen. Die emigrationswilligen slowenischen Bürgern sind ohnehin schon im Ausland. In den späten sechziger Jahren sind viele als Gastarbeiter ausgewandert und sind nicht zurückgekehrt. Mehr Abwanderung von Arbeitskräften können wir kaum noch bewältigen. So ist auch kaum bekannt, dass mehr Österreicher in Slowenien tätig sind, als umgekehrt Slowenen in Österreich; das klingt seltsam, ist aber eine Tatsache. Also sollten Österreich und auch die angrenzenden Regionen in dieser Hinsicht keine Angst vor uns haben. Das ist

etwas anderes bei Kandidaten, die hinsichtlich ihrer Bevölkerung viel größer sind, und deren Lebensstandard wesentlich niedriger ist. Dort ist der Anreiz für Arbeitnehmer viel größer, durch Emigration den Lebensstandard zu verbessern. In Slowenien liegt das Brutto-Pro-Kopf-Einkommen aber bei rund 22.000 DM, und ist damit vergleichbar mit Griechenland und Portugal. Slowenien ist in diesem Sinne auch kein armes Land. Die sozialen Spannungen, die es ohne Zweifel gibt, vernachlässige ich bewusst. Auch die Arbeitslosenzahl, die nicht gering ist, ist - wie überall - ein Problem. Positiv an der slowenischen Situation ist die bereits gut ausgebaute Infrastruktur, die das Land für Auslandsinvestitionen attraktiv macht. Diese rangieren zwar derzeit auf einem niedrigen Niveau, weil wir uns bewusst abgekapselt haben. Ausschlaggebend war, dass die Nationalistische Partei Sloweniens und weitere Gruppierungen der Ansicht sind, Slowenien sei so klein und dürfe nicht an ausländische Investoren ausverkauft werden. Diese Angst vor dem Ausverkauf Sloweniens ist für mich persönlich völlig unakzeptabel, weil slowenisches Land und slowenische Unternehmen mit ihren Gebäuden niemand in einen Rucksack packen und wegtragen kann - das bleibt in Slowenien. Im Vergleich müsste Deutschland viel größere Sorgen angesichts der Tatsache haben, dass ein sehr hoher Prozentsatz von ausländischen Investoren hier präsent ist. Ich sehe darin nur eine Bereicherung der Wirtschaftsentwicklung und hätte keine politischen Ängste, dass Auslandsinvestitionen einen Ausverkauf des Landes bedeuten könnten. Wenn wir in die EU wollen, dann wird der Binnenmarkt ohnehin so groß, dass wir nicht mehr von Auslandsinvestitionen sprechen sollten, sondern einfach von effektiven und weniger effektiven Investitionen; daran sollten wir uns schon jetzt gewöhnen.

Slowenien hat aber auch bereits schlechte Erfahrungen mit der EU gemacht. Ich möchte an den Prozess der Assoziierung an die EU erinnern. Damals hatten wir Probleme mit Italien wegen einer bilateralen Frage. Wir haben dann das Veto der EU mit seinen Folgen zu spüren bekommen, weil Italien dreimal dagegen gestimmt hat, mit Slowenien das Assoziierungsabkommen - besser bekannt als das Europaabkommen - abzuschließen. Heute hat sich die Situation völlig gewandelt: Italien ist genauso wie die Bundesrepublik Deutschland ein Befürworter unserer Aufnahme in die EU.

Eine zweite negative Erfahrung haben wir allein verschuldet. Sie ist eng verknüpft mit den Fortschrittsberichten, die die EU-Kommission jedes Jahr verfasst. Im ersten Bericht aus dem Jahr 1998 haben wir ziemlich schlechte Noten für diejenigen Bereiche bekommen, die noch nicht geregelt waren. Dies hat sich im Bericht von 1999 wiederholt und wird sich wahrscheinlich auch im diesjährigen Bericht, der für den 11. November 2000 erwartet wird, als negativ erweisen. Die Monita betreffen in erster Linie die schon angesprochene Privatisierung und die Gerichtsbarkeit. Es gibt große zeitliche Verzögerungen bei Gerichtsverfahren. Als Folge werden viele Fälle wegen der langwierigen Proze-

dur überhaupt nicht verhandelt, da diese bis zum Verhandlungstermin verjährt sind. Dies widerspricht einem demokratischen Grundverständnis. Auch im Bereich der Umwelt haben wir einige Probleme, weil wir westlichen Standards noch hinterher hinken. Für diesen Bereich werden wir wahrscheinlich auch eine Übergangsfrist beantragen, obwohl wir im Allgemeinen für Slowenien keine größeren Übergangszeiten beanspruchen wollen.

Wenn die Ziele, die wir uns in Slowenien gesetzt haben, erfüllt werden, dann werden wir bis zum Ende des Jahres 2002 für die Aufnahme in die EU bereit sein. Deshalb verbinden wir große Hoffnungen mit dem Abschluss der Regierungskonferenz im Dezember 2000 in Nizza, damit auch die EU die für die Erweiterung notwendigen Reformen einleitet. Die zentralen Punkte sind dabei die Anzahl der Kommissare, die Ausweitung der Entscheidungsmöglichkeit mit qualifizierter Mehrheit im Rat und die Stimmengewichtung im Rat.

Bisher existieren hinsichtlich des Zeitplans nur vage Prognosen. Vielleicht gibt es aber doch Möglichkeiten, dass das eine oder andere Land im Jahr 2005 schon Voll-Mitglied der EU sein wird. Ich hoffe sehr, dass darunter auch Slowenien sein wird. Wir werden alles tun, damit dieser Schritt erfolgen kann, da die Stimmung in Slowenien hierzu positiv ist. Damit das auch weiterhin so bleibt, bemühen wir uns in letzter Zeit verstärkt darum, der Bevölkerung die Erweiterungsprozedur zu erklären, das heißt, auf Fragen entsprechende Antworten zugeben. Wir haben hierzu eine neue Institution geschaffen, das „Europhon“. Dort können Interessierte rund um die Uhr telefonisch ihre Fragen stellen, sei es als Unternehmen oder als Einzelperson. Sie erhalten Antwort auf alle EU-relevanten Fragen. Darüber hinaus gibt es das „Euro-Bulletin“. Eine Zeitschrift, die wöchentlich erscheint und zur allgemeinen Information der Bevölkerung über Europa beitragen soll, wofür nicht nur in Slowenien eine große Notwendigkeit besteht. In Slowenien ist ein guter Informationsstand auch deswegen sehr wichtig, weil wir beschlossen haben, nach den abgeschlossenen Verhandlungen das Volk zu befragen, ob es mit den Verhandlungsergebnissen zufrieden ist und dem Beitritt zustimmt. Wir gehen in dieser Hinsicht sehr breite demokratische Wege.

Zum Schluss möchte ich noch auf einige in letzter Zeit geäußerte Kritikpunkte eingehen. Es bleibt festzuhalten, dass in Slowenien, ungeachtet des Regierungswechsels und einer kleinen Regierungskrise, die wir in diesem Jahr hatten, die Bemühungen um den Beitritt in die EU dieselben geblieben sind. Zwar wurde im Parlament hinsichtlich der notwendigen Gesetze zur Angleichung und Harmonisierung des Rechts in den letzten Jahren einiges versäumt. Hier gibt es aber Bemühungen, dies nachzuholen, nicht zuletzt, weil dies zu den von der EU-Kommission kritisierten Punkten gehört, wonach das Verfahren zur Einbringung von Gesetzesvorschlägen und die Beschlussfassung zu langwierig sind.

Weiterhin gibt es noch Probleme mit der Bundesrepublik Jugoslawien. Trotz verschiedener Bemühungen Sloweniens haben wir seit 10 Jahren keine diplomatischen Beziehungen zu Belgrad. Diplomatische Beziehungen zwischen Slowenien und der Bundesrepublik Jugoslawien wären als Grundlage für die wirtschaftliche Zusammenarbeit wichtig. Auch die serbische Wirtschaft hat großes Interesse, die Wirtschaftskontakte mit den slowenischen Firmen wieder aufzunehmen. Hierfür gibt es ganz praktische Gründe. Slowenien hat beispielsweise mit der Firma Gorenje den ganzen südosteuropäischen Markt, und damit auch Serbien, beliefert. Ersatzteile für die Geräte sind aber nicht vorhanden und müssen deshalb geschmuggelt werden, wenn sie gebraucht werden. Solche banale Faktoren sind auch Gründe für die Bemühungen, wirtschaftliche Kontakte wieder aufzunehmen oder neu zu knüpfen. Wir setzen natürlich gewisse Hoffnungen in die Demokratisierung Serbiens seit dem Herbst 2000. Wir haben die Aufnahme der Bundesrepublik Jugoslawien in die UNO unterstützt, weil sich die Bundesrepublik Jugoslawien unter Präsident Kostunica - so wie alle anderen Nachfolgestaaten Jugoslawiens - entschlossen haben, als neues Mitglied den Antrag zu stellen und nicht wie bisher auf politischer Kontinuität zu beharren.

Wenn ich von der Hoffnung besserer Beziehungen mit der Bundesrepublik Jugoslawien spreche, will ich damit auch verdeutlichen, dass Slowenien die Entwicklung der Demokratie wirklich ernst nimmt und wünscht, dass wir als positives und volles Mitglied nicht nur der EU sondern der Weltgemeinschaft gesehen werden. Und was wünschen wir uns anderes als Frieden, Ruhe und Freiheit.

Slowenien im Vorfeld der EU-Erweiterung aus geographischer Sicht

Anton Gosar

*Nick nicht ein im Zug Venedig – Wien, lieber Leser.
Slowenien ist so unscheinbar, du könntest es verfehlen!
Es ist kleiner als meine Ranch östlich der Sierra!
Steh lieber auf, steck deinen Kopf durch das Fenster,
obwohl da steht: VERBOTEN!
Lausche meiner goldenen Stimme!¹*

1. Der problembezogene geographische Überblick

Slowenien ist der kleinste Staat unter den EU-Beitrittskandidaten. Mit rund 20.251 km² Fläche kann Slowenien mit dem Staat Israel (21.946 km²) oder den deutschen Ländern Sachsen (18.142 km²), Sachsen-Anhalt (20.447 km²) und Rheinland-Pfalz (19.846 km²) verglichen werden. Flugzeuge, die auf der Flugroute "Upper Blue Five" von Frankfurt oder München nach Istanbul, Teheran, Delhi, Bangkok und Sydney Slowenien überqueren, befinden sich im Flugraum Sloweniens im Durchschnitt 3,75 Minuten lang. Der Umfang des neuen, seit dem Zerfall des kommunistischen Jugoslawiens existierenden Staates ist jedoch um das Achtfache größer als der Luxemburgs.

Die geographische Lage Sloweniens ist trotz neuer Technologien für Europa von großer Bedeutung. Zwei von zwölf der so genannten Entwicklungs- und Verkehrskorridore durchqueren bzw. kreuzen sich in Slowenien (BOESLER 1997). Dabei handelt es sich um den fünften ("The Sun-Belt Corridor": Barcelona – Kiew/Moskau) und den zehnten ("The 'Mitteleuropa' Corridor": Hamburg – Athen/Istanbul) Korridor. Diese Lage, entlang des 45. Breitengrades und innerhalb der Görlitzer Zeitmessung (auch Mitteleuropäische Zeit), kann durch natur-, kulturgeographische und geopolitische Aspekte bewertet werden:

- mit einer 47 km² langen Küste an der Adria gehört Slowenien zu den Mittelmeerstaaten;

¹ Šalamun Tomaž, *Gedichte – slowenisch und deutsch*. Droschl, Graz/Wien, 1990.

- 25 Alpengipfel mit mehr als 2500 Metern Höhe (Triglav 2864 m) binden den Staat an die Alpenländer Europas;
- zum Donaauraum zählen Geographen die Hügel und Ebenen im Nordosten des Staates;
- die in Nord-Süd-Richtung verlaufenden Gebirgsketten aus Kalkstein und Dolomiten, samt der innermontanen Poljes und Uvalas, bilden den klassischen Karst, der sich wiederum in den Balkan erstreckt.

Eine diesbezügliche naturräumliche Vielfalt weisen inklusive der Beitrittskandidaten nur wenige EU-Staaten auf, jedoch keiner auf einer so geringen Fläche.

Obwohl sich 87% der Staatsbürger zur slowenischen Nation und 77% zu ihrem christlichen Ursprung bekennen, ist das Kulturlandschaftsbild (nach C. O. Sauer) durch die einstige Einwirkung der Nachbarn und Herrscher sehr vielfältig gestaltet. Fünf prägende Bilder sind zu nennen:

1. Die Städte sind im Kern durch die Architektur der 800-jährigen Herrschaft der Habsburger gekennzeichnet. Im Reiseführer *Lonely Planet* wird die Hauptstadt Ljubljana (einst: Laibach) mit dem Kosenamen "Salzburg of the South" versehen.
2. Das prägende mitteleuropäische Landschaftsbild wird entlang der Küste und teilweise auch im Hinterland durch die mediterrane Bauweise Venedigs ersetzt.
3. Im peripheren Raum, im Nordosten des Landes, findet man verstärkt pannonische, magyarische Architektur.
4. Die Wanderungen aus dem Balkangebiet bestimmen das derzeitige Dorfbild des Südostens. Ortsnamen wie Srbarica und Srb (der Serbe), Pravoslavci (die Orthodoxen) und ähnliche sind hier keine Seltenheit.
5. Im Zeitraum 1945 bis 1974 entstanden durch Eingriffe der zentralen Planungsbehörden neue Industriestandorte und Städte (z.B. Velenje und Nova Gorica). Dadurch wurden Großräume in Struktur und Funktion verändert. Wanderungen aus dem Südosten des damaligen Staates sind die Folge dessen gewesen (GOSAR 1993).

In Folge der natur- und kulturspezifischen Gegebenheiten, beziehungsweise durch Tradition und Geschichte sind in Slowenien geschlossene, nach Struktur und Funktion diversifizierte Raumeinheiten, d. h. Regionen vorhanden. Die Verfassung des neuen Nationalstaates lässt jedoch eine Meso-Regionalisierung nicht zu. Die Tatsache, dass Slowenien keine Bundesländer, Provinzen oder Departements aufweist (nur zu statistischen Zwecken wurden 12 Einheiten geschaffen) und nur in 192, nach Fläche und Einwohnerzahl äußerst unter-

schiedliche Gemeinden administrativ gegliedert ist, birgt Probleme, die besonders den Kontakt zu Brüssel und zu den Nachbarn erschweren. "Europa der Regionen" wird, im Falle Sloweniens, auf die Ebene des Staates verlegt. Kärnten, das gemeinsam mit Friaul Julisch-Venetien für die Austragung der Olympischen Spiele im Dreiländereck Österreich-Italien-Slowenien unter dem Namen "Senza Confini" 1999 kandidierte, musste den Partner in der Hauptstadt suchen. Die historisch und geographisch gut ausgewiesene Region Gorenjsko (Krain, Carniola) blieb außen vor.

Die meridionale Lage 13°O weist Slowenien samt Böhmen (Karlovy Vary, Pizen) als das äußerst westlich liegende Gebiet der slawischen Sprache und Kultur aus. Die geopolitischen Besonderheiten dieser Lage sind nicht zu leugnen. An den Grenzen Sloweniens treffen sich - einzigartig für Europa - vier Weltkulturen: die romanische, die germanische, die slawische und die ugrische. Die Palette der ethnischen Vielfalt, inklusive ihrer Zahl, wurde im Verlauf der Geschichte jedoch durch verschiedene Herrscher stark beeinflusst.

Die jüngste Vergangenheit unterstreicht den Übergangscharakter dieses Raumes noch stärker. Hier trafen sich Gebiete der damaligen Europäischen Gemeinschaft (Italien), der nichtalliierten (Jugoslawien) und neutralen (Österreich) Länder, der NATO (Italien) und des Warschauer Paktes (Ungarn). Der Ausdruck "The Iron Curtain" wurde von Winston Churchill für die Lage entlang der jugoslawisch-italienischen Grenze bei Triest 1948 erfunden. Geopolitiker verwendeten ab ca. 1960 diese Bezeichnung für die westliche Grenze des Warschauer Paktes. Slowenien wurde seitdem aufgrund der nichtalliierten Politik Jugoslawiens - zwar mit Einschränkung (die "offenen Grenzen" und der Tourismus spielten eine bedeutende Rolle!) - der westlichen Hemisphäre zugerechnet (KLEMENCIC und GOSAR 1994).

Die Einordnung Sloweniens in eine der Großregionen Europas ist durch klassische geographische Methoden nie vollständig möglich gewesen. Das liegt nicht nur an der oben genannten raumprägenden Vielfalt, sondern auch an der Tatsache, dass in verschiedenen Abschnitten der Geschichte der Raum anderen Zentren untergeordnet war:

- das Römische Reich schloss ihn in die mediterrane Provinz ein (Aquila),
- die Slawen/Slowenen der Jahrtausendwende hatten im alpinen Norikum Fuß gefasst (Karantanien),
- die Wiener Herrscher bekundeten ihre Zugehörigkeit zum katholischen Mitteleuropa (Österreich-Ungarn),
- Napoleon machte Ljubljana zur Hauptstadt einer von den Alpen bis Dubrovnik reichenden Mittelmeerprovinz (Illirien),

- die Euphorie des Panslawismus schloss den Raum dem Bund der Südslawen an und ordnete ihn zu "Südosteuropa" (Balkan),
- nach 1945 verhalf der jugoslawische Kommunismus dazu, dass auch der Raum Sloweniens unter "Osteuropa" geführt wurde (siehe Conde-Nest, 1995/II, S. 117).

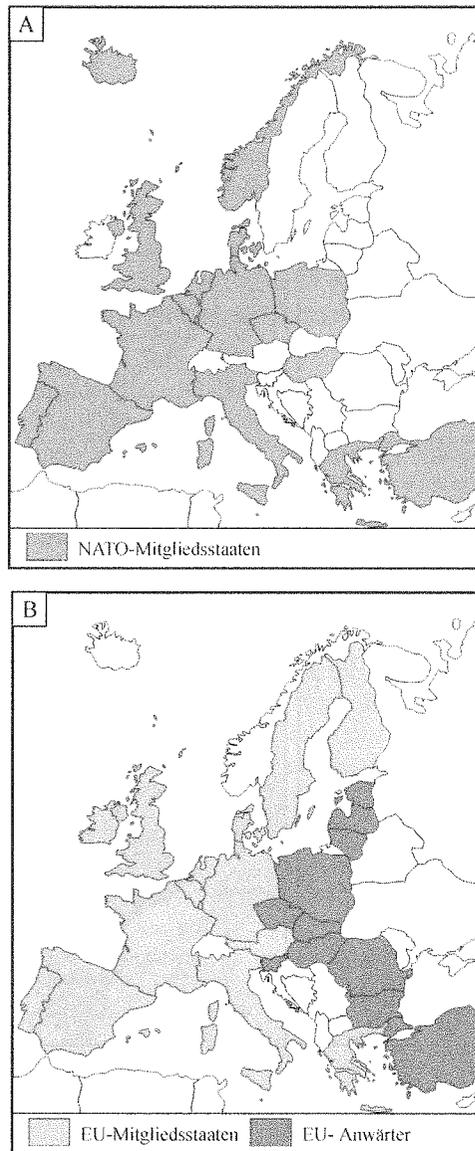
Der derzeitige Nationalstaat bekundet seine Zugehörigkeit zu Mitteleuropa (nicht Zentral-Europa!) und distanziert sich (z.B. in Schulbüchern) vom Mittelmeer-Kroatien, beziehungsweise von anderen südosteuropäischen Ländern des ehemaligen Jugoslawiens (Bosnien-Herzegowina, Jugoslawien, Mazedonien). An der Tagung des SEECF (Southeastern Europe Economic Cooperation Pact), einem von den USA gegründeten Programm für den Balkan, nahmen Politiker Sloweniens trotz Einladungen nicht teil. Am 25. Oktober 2000 waren im mazedonischen Skopje die Staaten der Halbinsel inklusive der Türkei ohne Slowenien vertreten.

Geographische Studien der Neuzeit unterstreichen, dass Slowenien zurecht zu Mitteleuropa gezählt wird. Der Amerikaner Terry Jordan versuchte 1995 in seinem Werk „The European Culture Area“ den Kern Europas durch die Dichte des Eisenbahnnetzes, der Industriebetriebe und der Bevölkerung zu definieren. Dabei schloss er Slowenien (ebenso die Tschechische Republik) in den Kreis der "Concentration of Manufacturing" ein (JORDAN 1995). Der Franzose Michel Fucher stellte 1998 in einer Studie über die europäische Verkehrspolitik fest, dass erst der Raum südlich von Slowenien deutliche Nachteile im Hinblick auf Erreichbarkeit (nach Zeit) aufweist. Auf dem slowenischen Geographentag im Jahr 2000 machte Karl Ruppert die Anwesenden auf die Studie der zentralörtlichen Strukturen in Europa aufmerksam. Nach dieser fallen die sog. Mittelzentren bzw. Unterzentren in der Hierarchie der zentralen Orte östlich der Linie Zagreb (Kroatien) – Budapest (Ungarn) – Warschau (Polen) oft weg (RUPPERT 1997).

Abb. 1: Grenzen in Ost- und Zentraleuropa



Abb. 2: NATO-Mitgliedsstaaten (A) und EU-Mitgliedsstaaten bzw. EU-Anwärter (B)



2. Slowenien im Vergleich zu anderen EU-Beitrittskandidaten

Als Teil der Föderation Jugoslawien diente Slowenien als Sprungbrett für die westliche Technologie, die den Osten und den Balkan erobern sollte. Westinghaus baute ein Modell-Atomkraftwerk in Krško, welches nunmehr einen Stolperstein auf dem Weg nach Europa darstellt. Adidas und Puma investierten in moderne Werke. Renault, Citroen, Bosch, Siemens, Boss und Benetton ließen ihre Produkte in slowenischen Fabriken fertigen. Oneida war bemüht, Kristall aus Slowenien unter ihrem Namen zu verkaufen. Andere EU-Beitrittskandidaten haben diesen Trend in ähnlichen Umfang vor 1990 nicht erfahren. Diese Investitions-Euphorie, die im Bericht über die deutschen Joint-Venture beschrieben wurde (GOSAR 1988), endete mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Zerfall Jugoslawiens (MAIER 1986).

Die Dekade, in der die Republik Slowenien ihren EU-Beitrittswunsch äußerte, muss in zwei Zeitabschnitte untergliedert werden. Innerhalb des ersten von 1991 bis 1996 beeinflussten folgende Faktoren die Politik und Wirtschaft Sloweniens: erstens, der Konflikt auf dem Balkan, besonders im benachbarten Kroatien; zweitens, der Wegfall der traditionellen Märkte Jugoslawiens und drittens, die neue Konkurrenz aus dem Osten mit billigeren Arbeitskräften und Ressourcen. Die klassischen Probleme des politischen Wandels, wie z. B. die Umstrukturierung und Privatisierung der Wirtschaft und der Liegenschaften, sind von den Politikern als zweitrangig angesehen worden (VRISER 1994). Die Vernachlässigung dieser Fragen hat implizite Folgen gehabt. Nach dem Jahresbericht der Brüsseler Kommission von 1999 sind dies noch immer die Problembereiche, in denen Slowenien entscheidende Fortschritte machen muss. Selten veröffentlichte Daten zeigen für diesen ersten Zeitabschnitt einen Rückgang der Löhne und einen Anstieg der Arbeitslosigkeit auf über 14% (derzeit 7%). Die Inflation erreichte mit 32% ihren Höhepunkt, konnte aber bis 1996 auf 8%, bis 1999 auf 1% gesenkt werden.

Im Vergleich zu den anderen Beitrittskandidaten gab es in der gesamten Phase der EU-Beitrittsverhandlungen weniger ausländische Investitionen. Im Bezug auf die investierten Summen liegt Slowenien an siebter Stelle, im Hinblick auf die Pro-Kopf-Daten jedoch an vierter Stelle unter den Beitrittskandidaten. Andere EU-Beitrittskandidaten haben nach 1991 den Höhenflug der Anlagen erlebt. Im Fall Sloweniens kommen die meisten Investoren weiterhin aus Österreich, Frankreich, Italien und Deutschland, tschechische und kroatische Investoren haben den slowenischen Markt in dieser Zeitspanne getestet. Die Wirtschaftskammer der Republik Slowenien berichtet, dass 692 Firmen zum Teil ausländisches Kapital aufweisen. Davon sind 190 Betriebe zu 100% in ausländischer Hand, 109 Auslandsfirmen sind Partner in Joint-Venture-Betrieben (bis 49% Kapital aus dem Ausland). Nur ca. 170 Investoren haben mehr als

200.000 DM in die slowenische Wirtschaft investiert und sie um 936,3 Millionen Mark bereichert. Einer Manager-Befragung zufolge haben sich ausländische Firmen und Investoren für Slowenien entschieden, da sie am Markt präsent sein wollen (83%), am Profit interessiert sind (78%), die gut ausgebildeten Arbeitskräfte zu schätzen wissen (73%) und da die Produktionskosten in Slowenien geringer als im Land des Firmensitzes (69%) sind.

Im Zeitabschnitt 1993 bis 1996 hat der Staat im Einklang mit Brüssel verschiedene Großprojekte in Angriff genommen:

- Erstens wurde dem Bestreben Brüssels nachgegeben, Autobahnen quer durch Slowenien bzw. entlang der oben genannten europäischen Entwicklungs- und Verkehrsachsen zu bauen. Im Vergleich zu den Plänen von 1993 ist man drei bis fünf Jahre im Verzug, erhofft sich aber ein vollständiges, 318 km langes Autobahnnetz bis 2005.
- Zweitens wurden Kredite der Europabank zur Verbesserung des Eisenbahnnetzes und zur Einrichtung einer direkten Verbindung nach Budapest aufgenommen. Diesen 19 km langen Streckenabschnitt hatte man in der Zeit des Kalten Krieges und der geschlossenen Grenze zu Ungarn demontiert. Die in Italien hergestellten Pendolino-Schnellzüge (ICS) mit einer Höchstgeschwindigkeit von 200 km/h verbinden ab dem Jahr 2000 Ljubljana und Maribor. Deutsch-österreichische Nahverkehrszüge werden die polnischen Modelle 2001 ersetzen.
- Drittens wurden die Verhandlungen zum EU-Beitritt begonnen. Schon die ersten Gespräche haben gezeigt, dass Slowenien zu den aussichtsreichsten Beitrittskandidaten gehört. Im Jahr 2000 wurden 12 von 29 Kapiteln des Beitrittsprotokolls erfolgreich geschlossen.
- Gleichwohl wurden auch Bemühungen in Gang gesetzt, Slowenien in das NATO-Bündnis einzuschließen. Der Erfolg ist hier ausgeblieben. Polen, die Tschechische Republik und Ungarn sind Mitglieder geworden, den Slowenen blieb der Trostpreis im „Partnership for Peace“ und in der internationalen italienisch-ungarisch-slowenischen Brigade mitzuwirken.

Drbohlav und Russo stellten 1997 eine Studie vor, in der sie die einstigen kommunistischen Länder nach dem Stand der politischen Freiheit und dem wirtschaftlichen Erfolg bewerteten. Slowenien erreichte bei keinem Einzelpunkt Rang 1, doch die Akkumulation aller Indikatoren brachte dem Staat „auf der Sonnenseite der Alpen“ die erste Stelle. Der Stand der Demokratie (Überwindung des Kommunismus) wurde in allen Ländern der ersten Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn) und auch in einigen in der Gesamtwertung weiter hinten eingestuften Ländern (Estland, Kroatien) besser bewertet. Die Inflation zeigte in der Tschechischen Republik, Ungarn und in der Slowakei

(aber auch in Vietnam und China!) einen geringeren Wert. Die Wirtschaftsentwicklung („Growth Rate“) ist in Polen höher. Auch die Ergebnisse des Vergleiches der Bruttoinlandsprodukte 1989 und 1995 zeigen dort höhere Indexwerte (Tab. 1).

Tab. 1: EU-Beitrittskandidaten aus Mittel- und Osteuropa - Stand der Demokratie, des Finanzmarktes und des Wirtschaftswachstums (nach Drbohlav/Russo 1997)

Rang	Staat	Demokratie	Ökonomie	Inflation	BIP 89/95	Akkumulation
7.	Estland	0,85	+ 0,9	69	69	2,93
9.	Lettland	0,71	- 4,4	73	60	2,39
8.	Litauen	0,79	- 7,3	231	44	2,62
2.	Polen	0,84	+ 4,2	34	88	4,14
4.	Tschechische Republik	0,90	+ 0,8	16	81	3,61
5.	Slowakische Republik	0,86	+ 0,4	19	79	3,53
3.	Ungarn	0,84	+/- 0,0	21	81	4,11
1.	Slowenien	0,82	+ 3,0	26	84	4,16
10.	Rumänien	0,66	+ 2,2	194	69	2,35
6.	Bulgarien	0,68	- 1,4	81	73	2,96

Erst ab 1995 begann das Bruttoinlandsprodukt Sloweniens intensiv zu steigen und übertraf 1998 die in Jugoslawien erreichten Werte. Das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt betrug 1999 21.761 DM und lag somit im Bereich der EU-Mitgliedsstaaten Griechenland (22.920 DM) und Portugal (20.320 DM). Die Zahl der Erwerbstätigen fiel von 867.000 im Jahr 1987 auf 681.000 zehn Jahre später. Die wirtschaftliche Potenz der EU-Beitrittskandidaten aus Mittel- und Osteuropa, darunter auch Slowenien, wurde kürzlich - unter anderem - auch von der FAZ (07.09.2000, S. 27) analysiert (Tab. 2).

Diese von der FAZ und der EU-Kommission veröffentlichte Studie darf jedoch nicht als eine endgültige Prioritätenliste in Bezug auf den EU-Beitritt gesehen werden. Die Entscheidung wird auf politischer Ebene getroffen. Die obige Tabelle soll nur auf die diversen regionalen Probleme und deren Rangstellung aufmerksam machen. Sie sind nicht viel anders als in der bestehenden Union:

Deutschlands ärmste Region Thüringen weist, im Vergleich zu den 15 EU-Staaten, ein Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt von 38% der EU auf (K.-D. BORCHARDT 1995, S. 69). Auch die Kaufkraft ist in einigen Teilen der EU mit der in den EU-Beitrittskandidaten zu vergleichen: z. B. in der griechischen Provinz Ipeiros (40%) und der portugiesischen Provinz Alentejo (41%) (EU-News 10/1999, Nr. 32, S. 9).

Immer lauter wird jedoch das Verlangen der EU-Öffentlichkeit durch ein Referendum selbst über die sog. Osterweiterung zu entscheiden. Slowenien hat in diesem Zusammenhang große Probleme. Auch in diesem Jahr rangiert es in der Partnerwunschliste der EU-Bürger an vorletzter Stelle, vor der Türkei. Alle anderen EU-Beitrittskandidaten erhalten bessere Werte, führend sind erneut die Tschechische Republik und Ungarn (Reuters, 28. 10. 2000). Nach Meinung des slowenischen Vertreters in Brüssel wird „die Identität des Landes von EU-Bürgern oft fälschlich mit der Slowakei (Slovensko) verwechselt bzw. wird der Nationalstaat mit Slawonien (Vukovar) vertauscht, womit die Ereignisse der „... Vergangenheit aus der Region des Balkans wach werden ...“. „Ich versichere Ihnen jedoch, dass der Stand der Brüsseler Administration völlig anders ist“, meint P. Potočnik.

Tab. 2: EU-Beitrittskandidaten aus Mittel- und Osteuropa – Durchschnittliches regionales Bruttoinlandsprodukt je Einwohner (1998 im Vergleich zu den 15 EU-Staaten; in %)

Rang	Staat/Region	BIP/Einw. 1 (Staat)	BIP/Einw. 2 (Region)	Kaufkraft BIP 3	$\sum 1+3^4$
5.	Estland	34		39	36
10.	Lettland	25		30	28
8.	Litauen	29		34	32
7.	Polen	27*		40	34
	Zahodnopo- morskie		33		
	Pomorskie		34		
	Warminsko- Mazurskie		26		
	Podlaskie		25		
	Mazowieckie		49		

Rang	Staat/Region	BIP/Einw. 1 (Staat)	BIP/Einw. 2 (Region)	Kaufkraft BIP 3	$\sum 1+3^4$
	Kuwasko- Pomorskie		30		
	Lubuskie		30		
	Dolnoslaskie		32		
	Opolskie		30		
	Slaskie		40		
	Malopolskie		30		
	Swietokrzyskie		24		
	Lodzkie		33		
	Lubelskie		25		
2.	Tschechische Republik	58*		75	67
	Severozapad		58		
	Jihozapad		58		
	Sredny Cechy		49		
	Praha		119		
	Severovyhod		55		
	Jihovyhod		57		
	Sredni Morava		54		
	Ostravsko		61		
3.	Slowakische R.	53*		52	53
	Bratislavsky		96		
	Sredne Slovensko		37		
	Zapadne Slovensko		43		
	Vyhodne Slovensko		34		
4.	Ungarn	43*		55	49
	Nyugat Dunantul		49		
	Közep Dunantul		43		

Rang	Staat/Region	BIP/Einw. 1 (Staat)	BIP/Einw. 2 (Region)	Kaufkraft BIP 3	Σ 1+3 4
	Közep Magyarország		69		
	Eszak Magyarország		33		
	Eszak Alföld		33		
	Del Alföld		38		
	Del Dunatil		37		
1.	Slowenien	66		78	72
	Osrednja Slovenija		85		
	Zahodna Slovenija		79		
	Vzhodna Slovenija		50		
6.	Rumänien	33*		37	35
	Nord-Vest		30		
	Vest		34		
	Nord-Est		26		
	Sud-Vest		29		
	Centru		35		
	Sud		30		
	Bucuresti		44		
	Sud-Est		32		
9.	Bulgarien	26*		33	30
	Sofia Stolista Grad		27		
	Severna Blgarija		25		
	Južna Blgarija		25		

¹ Durchschnittliches Bruttoinlandsprodukt je Einwohner gemessen an EU-15 (100)

² Durchschnittliches regionales Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, nach FAZ (EU 15 -100)

³ Durchschnittliches Bruttoinlandsprodukt nach Kaufkraft gemessen am Durchschnitt EU-15 (100)

⁴ Akkumulation der Werte 1 und 3

Abb. 3: BNP-Durchschnittseinkommen in Ost- und Zentraleuropa im Vergleich zu den EU-Mitgliedsstaaten (1998)

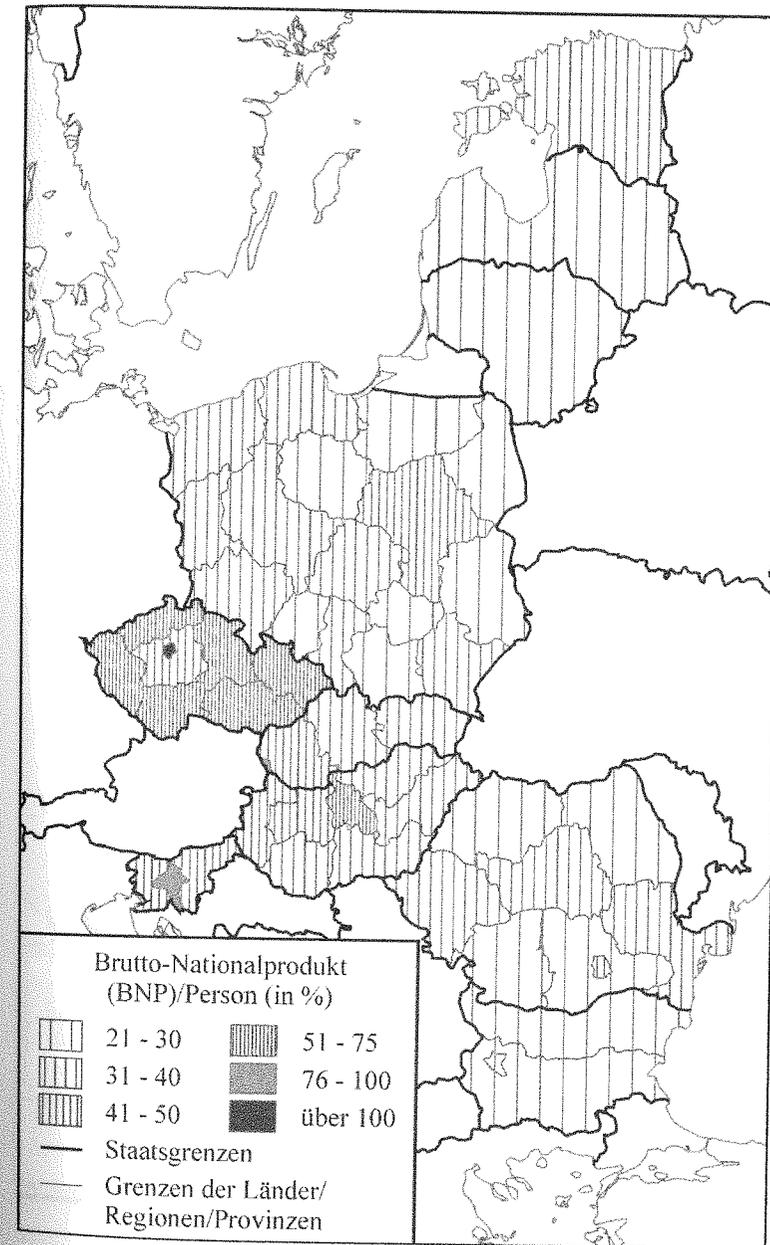
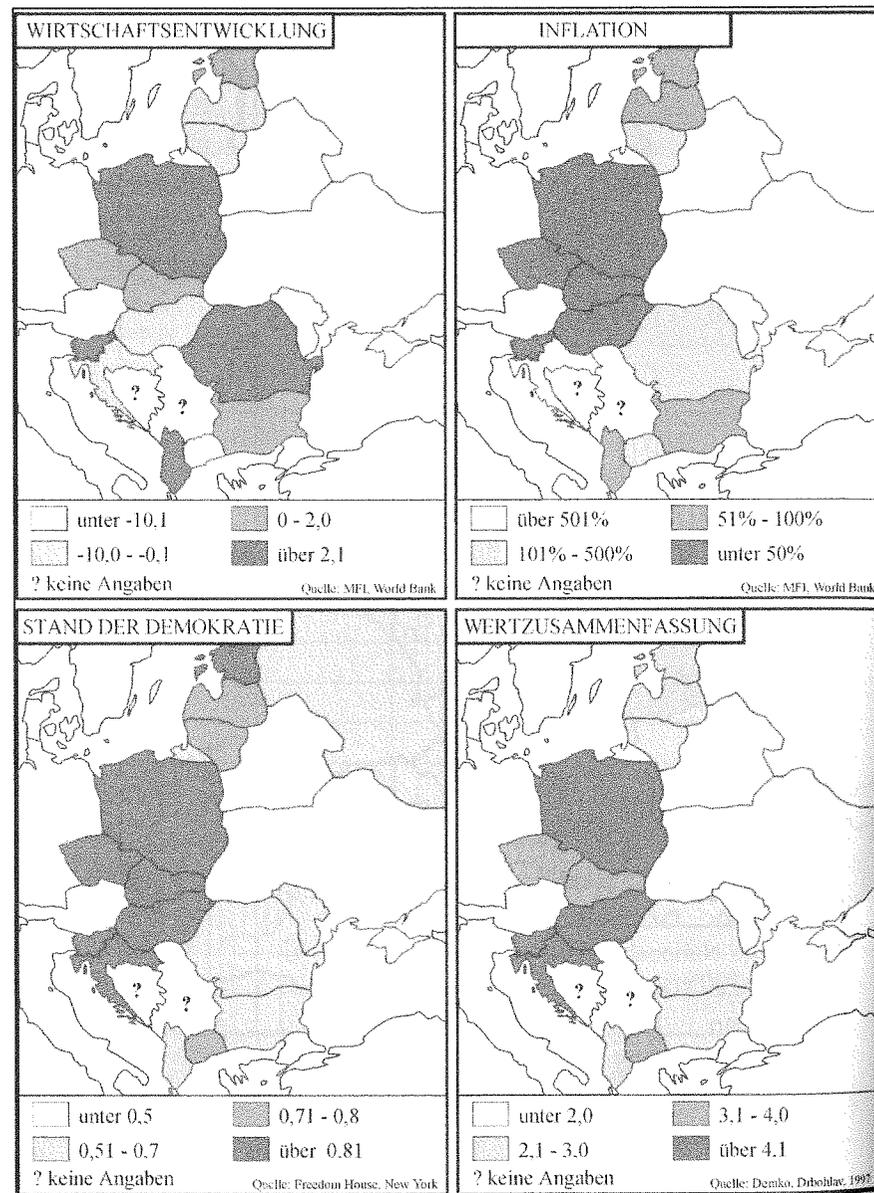
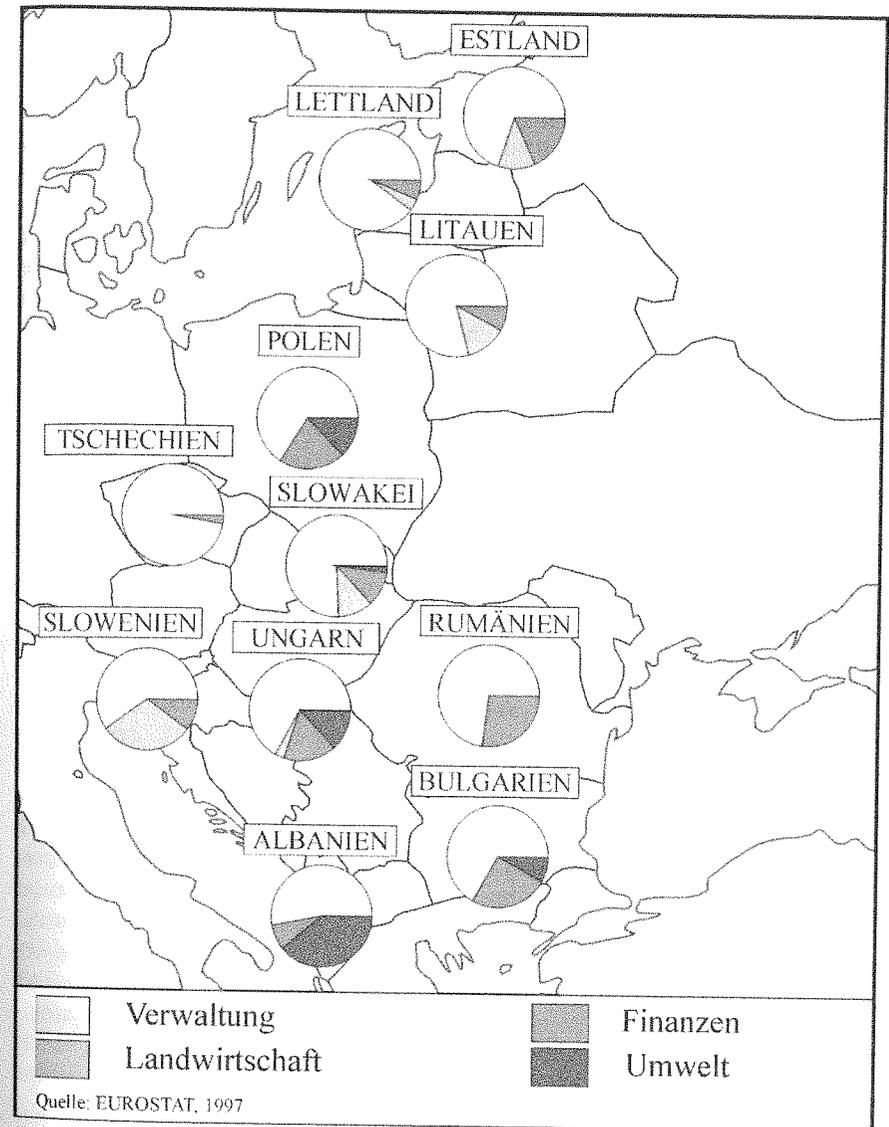


Abb. 4: Wirtschaftsentwicklung und Stand der Demokratie in Staaten Ost- und Zentraleuropas (1989-1995)



Quelle: DRBOHLAV und DEMKO 1997

Abb. 5: PHARE-Mittel in Bezug auf Verwendungszweck



3. Sozialgeographische Raumstrukturen und ausgewählte Probleme Sloweniens

Der Aufschwung der Wirtschaft nach 1996 hatte auch negative Auswirkungen. Unter anderem veränderte sie die Struktur der Erwerbsbevölkerung Sloweniens deutlich. Sie zeigt nun die Form einer jungen post-industriellen Gesellschaft: im primären Bereich der Wirtschaft sind derzeit 2 %, im sekundären 43% und im tertiären 55% der erwerbstätigen Bürger beschäftigt. 126.000 in der Industrie Tätige wurden frühzeitig in den Ruhestand versetzt; am stärksten ist die Industriestadt Maribor betroffen. "Personen ohne eigenes Einkommen" (Pensionäre, Rentner, Sozialhilfeempfänger) stellen über 35% aller Bürger dar und belasten das jährliche Budget des Staates enorm. Eine Reform des 1999 verfassten Rentengesetzes ist erneut fällig, da die Bürger Sloweniens zunehmend älter werden. Die Umstrukturierung der Wirtschaft hat aber auch auf die sozialen Verhältnisse Einfluss genommen und die sozialen Unterschiede erhöht. Aus dem »International Social Survey Programme« ist zu ersehen, dass bereits 13,6% der slowenischen Haushalte unterhalb der Armutsgrenze leben. Auch die Frage der Regionalentwicklung wird nach ihrer Vernachlässigung in den Jahren liberaler Wirtschaftspolitik wiederum akut, da sich das nationale Kern-Peripherie-Verhältnis zunehmend zugunsten des Kerns entwickelt und sogar grenzüberschreitende Regionalvorhaben (INTERREG und PHARE) behindert. Die vom Autor co-organisierte Dreiländer-Sommeruniversität im Dreiländereck/Tromeja/Tre Confini (Bovec) ist ein gutes Beispiel dafür.

Tab. 3: Slowenien - Zehn sozialgeographische Merkmale der EU-Grenzregionen im Überblick (1999)

Indikator	Österreich-Slowenien	Italien-Slowenien	Grenzgebiete RS	Slowenien
Anteil der überalterten Gebiete (%)	41	44	54	28
Altersindex (+ 60 J. vs. - 15 J.)	82	110	99	79
Index der sozialen Anhängigkeit (%)	47	39	48	37
Tagespendler vs. Erwerbstätige (%)	69	71	71	59
Arbeitslose vs. Erwerbstätige (%)	7	6	9	7
Ausbildung (Mittelschule vs. alle)	19	31	21	44
Einkommen aus Fischerei/Landwirt. (%)	20	13	25	13
Einkommen aus Bergbau/Industrie (%)	42	41	39	41
Einkom. Bildung, Verwaltung, usw. (%)	38	45	36	46
Zeitgebundene Abwesenheit (Schule/Arbeit) (%)	15	16	10	37

54% der Grenzgebiete Sloweniens weisen einen konstant negativen demografischen Trend auf (Fläche 10.499 km², 387.000 Einwohner). Demografisch bedroht und im Prozess der Überalterung ist hauptsächlich die Peripherie entlang der slowenisch-kroatischen Grenze (3/4 der dortigen Katastralgemeinden). Die liberale Grenzpolitik (z. B. das Udine-Abkommen über Grenzzollbezirke) ermöglichte der Bevölkerung entlang der italienisch-slowenischen und österreichisch-slowenischen Grenze, die wirtschaftlichen Ressourcen des Nachbarlandes voll zu nutzen. Nach offiziellen Angaben pendeln täglich mehr als fünftausend Menschen zur Arbeit und in die Schule (der Verfasser meint jedoch, dass diese Zahl wenigstens um das Vierfache zu erhöhen ist). Gemeinden und Städte wie Trieste, Gorizia, Cividale und Tarvisio in Italien sowie Villach, Klagenfurt, Feistritz, Ferlach, Bleiberg, Leibnitz, Graz und Radkersburg in Österreich sind Zielorte der mobilen Bevölkerung aus den Grenzgebieten. Die demografischen Verhältnisse in den slowenischen Grenzgebieten zeigen, dass nach einem EU-Beitritt Sloweniens kein Ansturm an Arbeitsplatzsuchenden in Italien und Österreich zu erwarten sein wird.

Wanderungen anderer Art prägen derzeit die slowenischen Grenzgebiete zusätzlich. Gemeint sind die illegalen Grenzübertritte (inklusive illegaler Arbeitsaufnahme) und der Transit dieser Personen nach Italien und Österreich. Der slowenischen Polizei zufolge wurden seit 1992 31.607 illegale Übertritte entlang der slowenischen Grenze registriert. Laut der Triester Zeitung "Piccolo"

sollen in dieser Dekade jedoch mehr als 100.000 illegale Grenzgänger (Il Piccolo 1998) die slowenisch-italienische Grenze überschritten haben, weswegen "Die Patrioten" der Lega Nord Ende 1997 unbewaffnete "Grenzkontrolleure" an die Grenze Italien-Slowenien schickten. Auch die österreichischen Behörden sind aufgrund aufgegriffener illegaler Transporte auf Österreichs Straßen eher skeptisch, dass es der slowenischen Polizei gelungen ist, den Großteil der Schmuggler und deren Kunden festzunehmen. Die Presse berichtet, dass im Nachbarland Ungarn allein 1998 23.500 illegale Migranten festgenommen worden sind. Derzeit werden vor ungarischen Gerichten 537 Prozesse wegen Personenschmuggels geführt. Deren Zahl wird in Slowenien mit 26 angegeben.

Besonders die slowenisch-ungarische, aber auch die slowenisch-kroatische Grenze wird von Menschen aus Südosteuropa und Asien regelrecht gestürmt. Nach Angaben der slowenischen Behörden erfolgten 1999 41% der Festnahmen im Grenzgebiet an der ungarisch-slowenischen, 28% an der kroatisch-slowenischen und 9% an der italienisch-slowenischen Grenze. 22% aller Festnahmen fanden innerhalb Sloweniens statt. Laut Jahresbericht 1999 sind 16.447 illegale Immigranten aufgegriffen worden. Bei den Aufgegriffenen handelte es sich am häufigsten um Staatsbürger Jugoslawiens, meistens albanischer Herkunft, um rumänische Roma, türkische oder iranische Kurden oder um Bürger Chinas. Ein Drittel der illegalen Grenzgänger stammt aus Ländern wie Armenien, Afghanistan, Bangladesch und Sierra Leone. Nach der Vereinbarung mit den Nachbarländern können sie innerhalb von 24 Stunden zurückgeschickt werden. Die Festgenommenen machen jedoch in der Regel unmittelbar nach ihrer Festnahme vom Asylrecht Gebrauch. Die Flüchtlingslager Prosenjakovci und Ljubljana (NO-Slowenien) beherbergten im Jahr 1999 13.765 Personen. Der Staat errichtet, dem Wunsch der dortigen Bevölkerung folgend, ein neues, drittes Flüchtlingslager in Postojna, W-Slowenien. Die Anzahl der aufgegriffenen illegalen Grenzgänger übertraf schon im August 2000 die Zahl des Vorjahres. Zeitungsberichten zufolge wurden in der letzten Oktoberwoche (23.-27.10.2000) 736 illegale Grenzgänger verhaftet, wobei Staatsbürger des Iran am zahlreichsten vertreten waren. Die Asylbewerber können zu einer Bedrohung für die Stabilität der EU und der Bewerberländer werden (GOSAR 2000).

Slowenien ist jedoch auch über den Zustand seiner Umwelt besorgt. Ausgewählte Indikatoren zeigen, dass es in diesem Bereich nicht an der ersten Stelle unter den Beitrittskandidaten steht (Tab. 4). Deswegen fordern die Verhandlungsführer eine Übergangszeit bis 2015, um diese Fragen zu lösen. Besonders bedrückend ist, dass Slowenien bei den CO₂-Emissionen und der Menge der Abfälle zu den führenden Staaten nicht nur in Mittel- und Osteuropa, sondern im gesamten Europa gezählt wird. Relativ gut zeigt sich jedoch die Situation bei den Kommunalabfällen in Deponien, beim Anteil des Wasserverbrauchs und der

Schutzgebiete. Dušan Plut verwendete in seinem Buch „Slowenien am Kreuzweg“ (1997, S. 312) zahlreiche Umweltindikatoren und verwies auf die Tatsache, dass Slowenien diesbezüglich unter den Beitrittskandidaten mit 37 Punkten an dritter Stelle hinter Estland und Litauen steht. Es folgen in der Reihenfolge: Ungarn, Rumänien, Lettland, die Slowakei, Polen, die Tschechische Republik und Bulgarien (PLUT 1998).

Tab. 4: Slowenien - Die Umweltproblematik im Vergleich (1995)

Indikator	Österreich	Italien	EU-15	EU-Bewerber	Slowenien
Emissionen CO ₂ / Einwohner (in t)	7.0	6.9	8.6	6.5	7.1
Emissionen SO ₂ / Einwohner (in kg)	11	42	80	132	98
Emissionen NO _x / Einwohner (in kg)	28	35	34	21	24
Menge Kommunalabfälle/Einw. (in kg)	316	301	359	k. A.	430
Kommunalabfälle in Deponien (in %)	67	89	61	k. A.	91
Komm. Müllverbrennungsanlagen (in %)	12	6	22	k. A.	0
Anteil von Waldflächen (in %)	47	23	26	39	53
Anteil der Schutzgebiete (in %)	24	8	12	14	8
Anteil des Wasserverbrauchs (in %)	2	31	23	11	3

4. Schlussbemerkungen

In diesem Beitrag konnten nicht alle Fragen behandelt werden, die derzeit die Beziehungen Brüssel-Ljubljana bestimmen und auf den politischen Beschluss der EU-15 über den Beitritt Sloweniens Einfluss nehmen. Von den 29 Problembereichen, über die am Beitrittstag Einigkeit herrschen soll und die auf die Raumstrukturen Sloweniens Einfluss nehmen werden, sind viele entfallen. Zum Beispiel Fragen der Landwirtschaft, des Verkehrs und der Verwaltung. Sie sind alle mit dem "Aquis Communautaire" in Einklang zu bringen und bedürfen einer Revision. Auch wurden Fragen der Privatisierung und der Investitionen nicht vollständig diskutiert. Dem Verfasser erscheint es wichtiger, auf Probleme aufmerksam zu machen, die bisher aus verschiedenen Gründen selten erörtert wurden. Die Tabellen sprechen, in diesem Bezug, für sich selbst.

Zum Schluss soll unser Interesse den bilateralen Fragen, die Sloweniens Bindung an die EU beeinträchtigen könnten, gelten. Man kann sie in drei Gruppen einteilen:

1. Probleme, die mit dem Zerfall der jugoslawischen Föderation in Verbindung zu setzen sind und hauptsächlich Kroatien aber auch andere bzw. neue Nationalstaaten der Region betreffen.
2. Fragen, die sich auf die 15 EU-Staaten beziehen, historischer Natur sind und/oder Probleme in Bezug auf beanspruchte Gebiete bzw. ihrer (jetzigen oder früheren) Einwohner beinhalten. Sie betreffen hauptsächlich Österreich und Italien, sind aber auch mit Ländern in Verbindung zu bringen, deren Einwohner bzw. Kapital einst in diesem Raum ansässig waren.
3. Inhalte, die aus einem geopolitischen, globalen Blickwinkel von äußerster Bedeutung sind, die Interessen der EU und Sloweniens aber nicht direkt berühren.

In der folgenden Tabelle werden Probleme aufgeführt, die die bilateralen Beziehungen zu Italien, Österreich, Kroatien und Ungarn (anhand der Inhalte der bilateralen Gespräche) betreffen bzw. belasten.

Lassen sie mich mit einem Zitat der US-Außenministerin Madeleine Albright schließen; einem Zitat, das den oben erwähnten bilateralen Problemen "durch Blumen" Antwort verschafft: *"The great divide in the world today is not between east and west or north and south; it is between those who are prisoners of history and those who are determined to shape history."*

Tab. 5: Slowenien - Die ungelösten bilateralen Fragen bzw. Konflikte

Staaten	Problembeschreibung	Lösungen
	Inhalt (max. 5)	
Slowenien – Italien	<u>Minderheitenrechte</u> : Die slowenische Minderheit in Italien ist bemüht, ein den Österreichern in Südtirol ähnliches Minderheitenschutzgesetz zu bekommen.	Derzeit im Senat. In der Nationalkammer positiv bewertet.
	<u>Liegenschaften</u> : Die italienischen Optanten (Personen aus Istrien die nach der Unterzeichnung des Londoner Abkommens 1954 nach Italien ausgewandert sind) beantragen die Rückgabe von Liegenschaften, die im Staat Jugoslawien nationalisiert wurden.	Die Unterzeichnung des sog. "Spanischen Kompromisses" ermöglicht nicht nur die Rückgabe, sondern auch den Ankauf von Liegenschaften allen Personen, die 3 Jahre ständigen Wohnsitz hatten.
	<u>Geschichte</u> : Italien greift oft das Thema "Foiba" (Karsthöhlen mit Überresten der ermordeten Italiener) auf, um an die Gräueltaten der jugoslawischen Partisanen aufmerksam zu machen. Die Zeit des Faschismus wird verschwiegen.	Es ist eine italienisch-slowenische Gruppe von Historikern gegründet worden, allerdings wurde noch keine Einigung erzielt, wie das Problem zu lösen ist.
	<u>Wirtschaft</u> : Einwand Italiens gegen den Bau von Casinos in Slowenien (5 von 10 an der Grenze zu Italien). Das italienische Gesetz ließ bis 1998 keine neuen Spielbanken außer den vier bestehenden zu.	Das italienische Gesetz wurde geändert. Eine Spielbank wurde in Venedig eröffnet. Wegen Konzessionsbestimmungen müssen 3 Casinos an der italienisch-slowenischen Grenze schließen.
	<u>Verkehr</u> : Die Tradition der billigen Benzpreise hat Slowenien auch nach der Unabhängigkeit weitergeführt.	Italien hat Sonderbenzpreise für die Grenzgebiete bestimmt.

Staaten	Problembeschreibung	Lösungen
Slowenien – Österreich	Urkundenrecht: Im Karst, im Triester Hinterland (Lipica), haben die Habsburger 1580 ein Lipizzaner-Gestüt gegründet. Die Slowenen haben ihren Anspruch auf die Urkundenrechte angemeldet. Die Empörung Wiens ("Spanische Reitschule"), aber auch Roms (dort befinden sich die Urkundenbücher) ist groß.	Es liegt noch keine rechtliche und verbindliche Entscheidung vor. Das Problem liegt im Inhalt bilateraler Gespräche.
	Geschichte: Österreich wirft Slowenien vor, sich diskriminierend gegenüber denjenigen Deutschen zu verhalten, die ihr nationalisiertes Eigentum wieder erwerben wollen. Sie müssten bezeugen, dass sie keine Nazi-Kollaborateure waren. Die AVNOJ-Gesetze Jugoslawiens (1943–45), die von einer Kollektivschuld der Deutschen ausgehen, sind nicht aufgehoben worden.	Es gibt keine Lösung aber die Zusage Österreichs, dass dieser Inhalt den Eintritt Sloweniens in die EU nicht hindern wird.
	Energie/Umwelt: Die Sicherheit des Westinhouse-Atomkraftwerkes Krško (seit 1981) ist von Österreich in Frage gestellt worden. Man fordert die Schließung (noch vor 2020, wie geplant) wegen eines aktiven geologischen Bruches in der Nähe. Die Umweltbeeinträchtigung Kärntens durch das Kohlenkraftwerk Šoštanj ist als Einspruch Österreichs eingereicht worden.	Die EU-Atomkraftkommission soll eine Entscheidung fällen. Durch die Hilfe der EU und Österreichs sind Filter und entsprechende Anlagen gebaut/montiert worden.
	Minderheitenrechte: Slowenien und die slowenische Minderheit in Kärnten fordern die volle Anwendung des 7. Artikels des österreichischen Staatsvertrages. Auf der anderen Seite beansprucht Österreich die Anerkennung der deutschen Minderheit (Alt-Österreicher) in Slowenien. Man fordert ihre autochthone Rechtsstellung.	Fragen der slowenischen Minderheit in Kärnten werden langsam gelöst. Die Forderungen des 7. Artikels wurden aber bei weitem nicht erreicht. Die Experten kamen zu dem Schluss, dass es zwar Deutsche in geringer Zahl in Slowenien gibt, ihr autochthone Status aber äußerst fraglich ist. → Keine Lösung.
	Wirtschaft: Der Einwand Österreichs in Bezug auf die zollfreien Geschäfte (Duty-Free) an den Straßen-Grenzübergängen. Brüssel wurde einbezogen.	Der Staat Slowenien versprach in Brüssel, die Duty-Free-Läden bis 2001 zu schließen.

Staaten	Problembeschreibung	Lösungen
Slowenien – Kroatien	Grenzverlauf: Es existieren 12 divergente Ansichten Sloweniens und Kroatiens in Bezug auf den Grenzverlauf. Der schwierigste Fall ist in der Pirano Bucht zu lösen.	Eine Kommission von Experten beider Länder wurde gebildet und der US-Verteidigungsminister hinzugezogen. Von Experten wurden 98% des Grenzverlaufs festgelegt.
	Finanzen: Verpflichtungen slowenischer Banken an die kroatischen Kunden. Slowenien erwartet Lösungen aus den YU-Sezessionsverhandlungen. Beiderseitige Sozialverpflichtungen.	Die Frage der Sozialverpflichtungen wurde gelöst. Offen bleibt die Frage der Sparer der LB (Ljubljanska banka).
	Wirtschaft: Die Frage der Liegenschaft und der Energieproduktion des Atomkraftwerkes Krško ist nicht gelöst. Die Anlage gehört beiden Republiken der einstigen Föderation. Besitz von Liegenschaften und Betrieben im Nachbarland.	Viele Lösungsversuche beiderseitiger Expertengruppen. → Keine Lösung. Die Frage der Betriebe, der Zweitwohnsitze und der agrarischen Besitze wurde gelöst.
	Verkehr: Einwand Kroatiens gegen die Priorität des Autobahnbaus in Slowenien (Italien - Ungarn/Österreich). Der Ausbau der Phym-Autobahn (5): München – Istanbul/Athen ist erst im neuen Jahrhundert geplant.	Außerplanmäßig wurde 1996 mit dem Bau in Richtung Zagreb begonnen (Grosuplje – Trebnje, Kranj – Radovljica). Der erste Abschnitt ist schon vollständig; der zweite wird 12/2000 eröffnet.
	Staatswesen: Fragen der doppelten Staatsbürgerschaft bzw. der Minderheitenrechte.	Keine endgültige Lösung. Toleranz.
Slowenien – Ungarn	Minderheiten: Fragen, die nicht speziell zwischenstaatlich sind, sondern vielmehr dem "Kern – Peripherie" Beziehungen (auf beiden Seiten) zuzuschreiben sind. Grenzüberschreitende Informationen und Kontakte.	Bilaterale Kommissionen entscheiden beim Bau der vorgesehenen Eisenbahn und der Straßengrenzübergänge.

5. Literatur und Quellen

- BOESLER, K.-A. (1997): Neue Ansätze der Politischen Geographie und Geopolitik; in: *Erdkunde* 51, S. 309-317, Bonn.
- CONDE-NEST TRAVELLER (1995): *East European Revival* Nr. 2/1995, S. 117, Boulder.
- DRBOHLAV, M. und J. DEMKO (1997): *Progress in Transition in Eastern Europe and the Former Soviet Union*, S. 14, San Marcos, Tx. (print).
- EU-NEWS (1999): *Eastern Europe*, 10/32, S. 9, Brussels.
- FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG (2000): Die EU-Kandidaten, 06.09.2000, S. 12, Frankfurt am Main.
- GOSAR, A. (1993): Nationalities of Slovenia – Changing Ethnic Structure in Central Europe; in: *GeoJournal* 30, S. 215-228, Kluwer, Dordrecht.
- GOSAR, A. (2000): Grenzüberschreitende Wanderungen am Fallbeispiel Slowenien; Der Donauraum: Erweiterung der Europäischen Union und Migration – mögliche Auswirkungen auf den österreichischen Arbeitsmarkt, (=IDM 1 / 2), S. 46-57, Wien.
- JORDAN, T. (1995): *The European Culture Area*, Wiley and Sons, S. 425, Chichester, NY.
- KLEMENČIČ, V. und A. GOSAR (1994): The European Integration from the Slovenian View Point; in: HAYDU, Z. und GY. HORVATH (eds.), *European Challenges and Hungarian Responses in Regional Policy*, S. 67-78, Centre for Regional Studies, Pecs.
- MAIER, J. (1986): Ausländische Investitionen und ihre Auswirkungen aus der Sicht der Regionalwissenschaften; in: *Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung* 47, S. 1-7, Bayreuth.
- PLUT, D. (1998): Slovenija na kri potju – Slovenija na okoljskorazvojnem in povezovalnem kri potju Evrope, Mihela, S. 386, Ljubljana.
- RUPPERT, K. (1997): Mitteleuropa, Annäherung an einen geographischen Begriff; in: *Angewandte Geographie* 37 (ed.: POSCHWATA, J.), S. 405-417, Universität Augsburg, Augsburg.
- VRIŠER, I. (1994): Eine wirtschaftsgeographische Überlegung über die möglichen Beziehungen der Nachfolgestaaten Jugoslawiens zur Europäischen Gemeinschaft; in: *Südosteuropa Aktuell* 18, S. 65-85, München.

Ansätze einer grenzüberschreitenden Regionalentwicklung in Südkärnten unter besonderer Berücksichtigung eines EU-Beitritts Sloweniens

Igor Roblek

Bevor auf die Raumordnung in Slowenien und die Gemeinschaftsinitiative INTERREG eingegangen wird, soll zunächst einmal die Raumordnung in Kärnten – in Form eines Überblicks seit Mitte der 1980er Jahre – dargestellt werden. Diese basiert insbesondere auf der Ausweisung Zentraler Orte nach dem Entwicklungsprogramm Versorgungsinfrastruktur (vgl. Abb. 1).

1. Raumordnung in Kärnten

1.1. Ordnen und aktivieren (1984 - 1993)¹

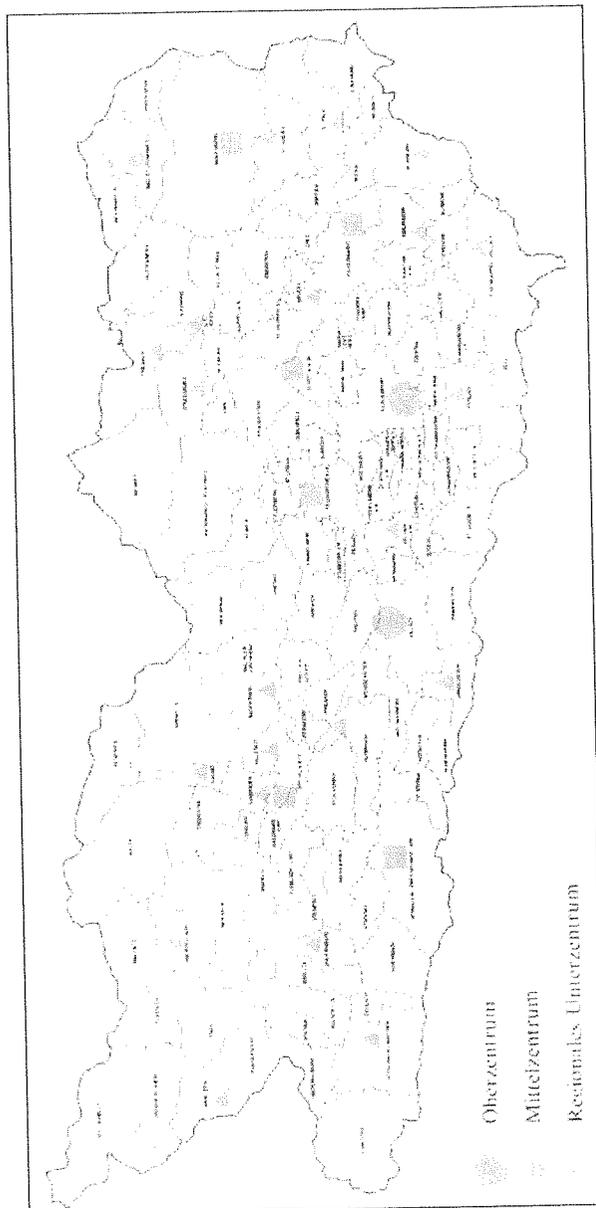
Verschärfte regionale Disparitäten

In den 1960er Jahren ist man davon ausgegangen, dass ein gutes Wirtschaftswachstum automatisch die bestehenden Disparitäten zwischen den Regionen ausgleicht. Doch die seit 1975 andauernde Rezession hinterließ ihre Spuren und so wurde ein neues Modewort entdeckt - die endogene Regionalentwicklung. Immer stärker rückte der ländliche Raum in den Mittelpunkt des Interesses. Er wurde als eigenständiger Bereich mit spezifischen Qualitäten wiederentdeckt.

Die bereits oben erwähnte endogene Regionalentwicklung löste die Strukturpolitik ab. Anfang der 80er Jahre wurden die ersten Regionalberater tätig. Sie schlossen sich zur ÖAR (Österreichische Arbeitsgemeinschaft für eigenständige Regionalentwicklung) zusammen. Gleichzeitig startete auch die Förderaktion für die eigenständige Regionalentwicklung; diese Förderaktion wurde 1985 gemeinsam von Bund und Ländern geschaffen. Ziele der Aktion waren die Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft, die Förderung von Projekten in der Land- und Forstwirtschaft, im Tourismus und auf anderen Gebieten. Auch der Umweltschutz gewann sehr stark an Bedeutung.

¹ vgl. mit „Raumordnung in Kärnten“, S. 191-226.

Abb. 1: Zentrale Orte nach dem Entwicklungsprogramm Versorgungsinfrastruktur (1993)



Regionalentwicklung - Planen für Regionen²

Man kam zur Erkenntnis, dass jede Regionalplanung bzw. Raumplanung (bzw. deren Veränderung) nur dann sinnvoll ist, wenn sie von der ortsansässigen Bevölkerung getragen bzw. zumindest mitgetragen wird. Die Bevölkerung muss zum Träger der Regionalentwicklung werden - die Schaffung eines regionalen Bewusstseins wurde und wird forciert. In der Kärntner Regionalpolitik sind Elemente der Wirtschaftsförderung mit solchen der Raumplanung verbunden.

Die Raumplanung versuchte die bestehenden Nutzungskonflikte durch „Ordnen und Aktivieren“ zu beseitigen. Die Ordnungsplanung ihrerseits dient als Regulator, Fehlentscheidungen frühzeitig zu erkennen und zu beheben.

Aktion ORE - eigenständige Orts- und Regionalentwicklung³

Parallel zur Regionalförderung war aus den Ansätzen der Dorferneuerung eine breite Bewegung geworden. Das Bundesland Niederösterreich begann im Jahr 1983 mit der Aktion „Dorferneuerung“. Am 12. September 1988 wurde in Kärnten von der Landesregierung das Aktionsprogramm für die „Orts- und Regionalentwicklung“ gestartet. Die Aktion ORE ist ein auf Kärnten abgestimmter Prozess, der nicht nur örtlich, sondern auch überörtlich gesehen wird.

Das wesentliche Planungsinstrument ist das Örtliche Entwicklungskonzept (ÖEK), das die Grundlage für die Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes darstellt. Daneben beinhaltet das ÖEK auch einen umfassenden Maßnahmen- und Prioritätenkatalog, der als Grundlage für die künftige Entwicklung des Landes / Ortes dienen soll. Die Aktion ORE dient aber auch als Prozess, in dem die lokale Bevölkerung selbst die Entwicklung ihres eigenen Heimatortes in die Hand nehmen soll. Bis April 1998 wurden durch die Aktion ORE 591 Projekte mit einer Gesamtsumme von 191 Mio. ATS gefördert.⁴

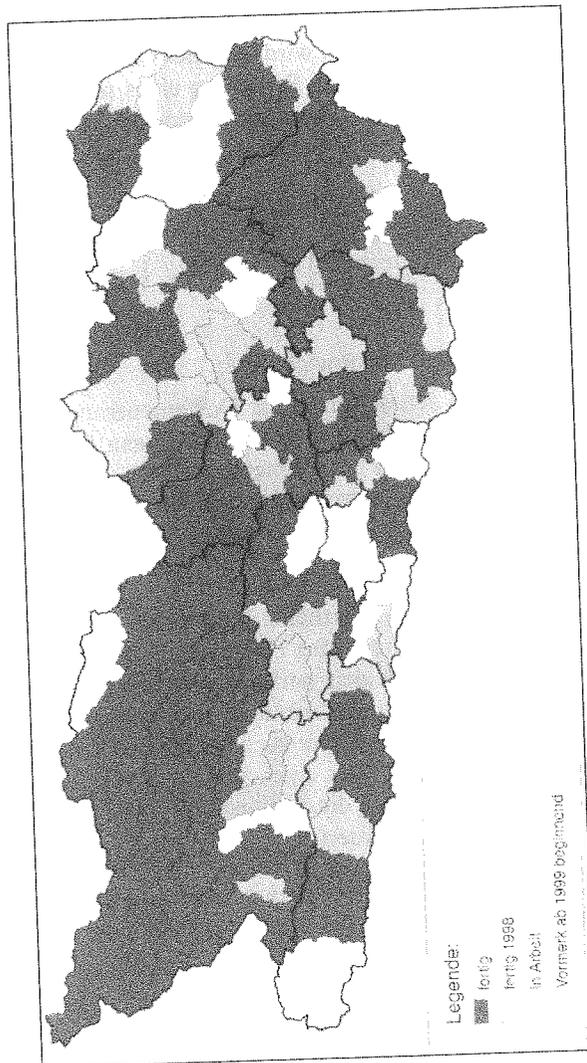
Der Beginn der sogenannten Dorferneuerung in Österreich wurde im Bundesland Niederösterreich getätigt. Dort wurde 1983 die Aktion „Dorferneuerung“ gegründet, die für ganz Österreich Vorbildwirkung hatte.

² vgl. mit „Regionale Kommunikation“ von Arnold Kern, Wien 1999.

³ vgl. mit der Informationsbroschüre „10 Jahre Aktion ORE in Kärnten“.

⁴ vgl. mit „Raumordnung in Kärnten“, S. 211-212.

Abb. 2: Stand der örtlichen Entwicklungskonzepte



Flächenwidmungspläne⁵

Seit 1969 haben alle Kärntner Gemeinden (damals waren es noch 204, heute sind es 132) einen Flächenwidmungsplan. Im Laufe der Jahre stellte es sich jedoch heraus, dass dieser Plan einer Überarbeitung bedurfte. Vor allem wurden von den Gemeinden zu große Baulandreserven vorgesehen. Deshalb war eine Revision bzw. Neuüberarbeitung notwendig. Diese findet im Laufe des derzeitigen ORE-Verfahrens statt.

1.2 Das Gemeindeplanungsgesetz⁶

Das Gemeindeplanungsgesetz wurde im Jahr 1995 vom Kärntner Landtag neu beschlossen. Es beinhaltet zum Großteil Probleme bzw. Problembereiche, die auf eine Gemeinde zukommen (können). So sind im Gemeindeplanungsgesetz folgende Bereiche gesetzlich geregelt:

1. Flächenwidmungsplan
2. Örtliches Entwicklungskonzept
3. Bauland
4. Aufschließungsgebiete
5. Grünland
6. Verkehrsflächen
7. Öffentliche Interessen
8. Regelmäßige Überprüfung des Flächenwidmungsplanes
9. Rückwidmungen

Im Folgenden werden einige dieser Bereiche bzw. Themen genauer untersucht.

Örtliches Entwicklungskonzept (ÖEK)

Das Örtliche Entwicklungskonzept muss sowohl im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen des Kärntner Raumordnungsgesetzes als auch mit den Zielen und Vorgaben des Landes und der Region sein. Dieses Konzept stellt die fachliche Grundlage für die Gestaltung des Gemeindegebietes dar. Es umfasst obli-

⁵ vgl. mit „Raumordnung in Österreich“, ÖROK, Bd. 137, S. 47.

⁶ vgl. mit „Gemeindeplanungsgesetz 1995 - K-GpLG 1995 in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 134/1997“.

gatorisch einen Textteil, die Erläuterungen und die ergänzenden zeichnerischen Darstellungen.

Im Entwicklungskonzept sind, ausgehend von einem Grundlagenbericht (wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Voraussetzungen), die planerischen Ziele der Gemeinde für die nächsten 10 Jahre festgelegt. Verpflichtend sind dabei einige Aussagen zur Stellung der Gemeinde im regionalen Vergleich, zur geschätzten Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung, zur wirtschaftlichen Situation, zur Schätzung des Baulandbedarfes und zu den Hauptversorgungs- und Hauptentsorgungseinrichtungen (Energie- und Wasserversorgung, Abfall- und Abwasserentsorgung). Nach Beschluss des Entwurfs des Örtlichen Entwicklungskonzeptes durch den Gemeinderat muss dieser noch von der Landesregierung begutachtet und genehmigt werden. Nach 10 Jahren wird das ÖEK überprüft und auf den neuesten Stand gebracht werden. Änderungen im Entwicklungskonzept können jedoch auch schon früher durchgeführt werden.

1.3 Das Österreichische Raumentwicklungskonzept 2001⁷

Im Jahr 2001 soll das nächste Raumordnungskonzept in Zusammenarbeit mit allen Entscheidungsträgern beschlossen werden.

Da Österreich seit 1995 Vollmitglied der EU ist, wird sich das neue ÖRK auch viel stärker als die beiden früheren mit Fragen, die den europäischen Raum betreffen, beschäftigen müssen. Eine wichtige Grundlage bei der Erstellung stellt das EUREK dar. Das neue Konzept soll auch nicht mehr wie bisher Raumordnungskonzept, sondern Raumentwicklungskonzept heißen. Als Leitvorstellungen für das ÖREK 2001 sollen zunächst folgende Vorstellungen als Ziel vorgegeben werden. Drei Punkte werden hier gesondert behandelt und als Basis für das ÖREK 2001 genannt:

- Soziale Kohäsion und gesellschaftliche Gerechtigkeit
- Wettbewerbsfähige Regionen
- Nachhaltige Regionalentwicklung

Das Management des Raumes stellt für die Entwicklung im Raum eine grundsätzliche Bedingung dar. Die Raumentwicklung kann und darf nie getrennt von der gesellschaftlichen Entwicklung gesehen werden. Diese Zielsetzungen sollen zuerst festgehalten werden. Wie bereits erwähnt, soll das ÖREK 2001 die

⁷ vgl. mit „ÖRK Diskussionsforum - <http://www.oerek2001.at>“.

Entwicklung Österreichs im neuen Jahrtausend unter den geänderten Rahmenbedingungen festlegen. Die EU-Mitgliedschaft und die Osterweiterung müssen dabei zentrale Themen der Erweiterung sein.

Vorläufig wird das ÖREK 2001 folgendermaßen gegliedert sein:

- Gesamtübersicht oder „Das Ganze“
- Die Schwerpunktthemen
- Prozesse und Instrumente („Die Wiege“)

Eine genaue und endgültige Ausarbeitung liegt noch nicht vor.

1.4 Entwicklungsleitbild „Zukunft Kärnten“⁸

Das Entwicklungsleitbild wurde im Jahr 1998 vom Kärntner Landtag beschlossen, nachdem die Kärntner Landesregierung zwei Jahre früher den Beschluss gefasst hatte, ein Leitbild zu erstellen. Es beinhaltet die zukünftigen Leitlinien und Entwicklungstendenzen, die in Kärnten offiziell erwünscht sind bzw. gefördert werden.

Auf dem Hintergrund einer sich schnell veränderten Gesellschaft und eines zusammenwachsenden Europas ohne nationalstaatliche Grenzen ist die Erstellung eines solchen Leitbildes sehr wichtig und richtig. Das Leitbild hat die Aufgabe, unumstrittene Aspekte der zukünftigen Entwicklung Kärntens festzuhalten. Der Strukturwandel hat vor allem in den letzten 10 Jahren große Veränderungen für jeden Bürger gebracht – sowohl positive als auch negative. Es geht vor allem darum, den Wirtschaftsstandort Kärnten wieder bzw. weiterhin attraktiv zu gestalten.

Das Entwicklungsleitbild ist wie folgt aufgebaut:

- Im ersten Teil werden die Leitlinien und darauf aufbauend das Umsetzungsprogramm vorgestellt;
- es werden die wesentlichen Aspekte der Entwicklung Kärntens herausgearbeitet. Ein Standortprofil Kärntens wird erarbeitet;
- es werden die Organisationen und der Ablauf des Leitbildprozesses dargestellt und alle beteiligten Personen genannt.

⁸ vgl. mit „Raumordnung in Kärnten“, Bd. 27, Entwicklungsleitbild Zukunft Kärnten, Klagenfurt 1998.

Leitlinien - Ziele, Werte, Visionen

Im Allgemeinen geht es darum, den Wirtschaftsstandort und den Lebensraum Kärnten weiterhin attraktiv zu gestalten und zu erhalten. Kärnten als Land „an der Grenze“ bzw. am Rand der EU sollte versuchen, die sich bietenden Chancen zu nutzen. Eine intakte Natur sollte auch in den nächsten Jahren das oberste Ziel bleiben. Im Grunde genommen geht es darum, das Bundesland Kärnten für seine Bewohner weiterhin attraktiv und lebenswert zu gestalten. Das Leitbild umfasst deshalb möglichst alle Lebensbereiche. Im Leitbild wird versucht, Antworten auf das Bundesland betreffende wichtige Fragen zu finden. Die Bereiche, die im Leitbild behandelt werden, sind unter anderem folgende:

- Wirtschaftsstandort Kärnten
- Arbeitsmarktsituation
- Nachhaltige Nutzung der Umwelt
- Tourismus
- Verkehrsverbindungen
- Vernetzung und Kooperation
- Bildung, Kultur, Sport
- Öffentlichkeitsarbeit

Chancen für ländliche Räume

Aufgrund der relativ schlechten naturräumlichen Voraussetzungen Kärntens ist der Anteil der landwirtschaftlichen Produkte, die am Weltmarkt konkurrenzfähig sind, sehr gering. Trotzdem haben die Landwirtschaft und damit auch der Lebensraum „ländlicher Raum“ gute Chancen. Die in Kärnten produzierten Lebensmittel sollen verstärkt hier verarbeitet und durch eine Direktvermarktung an den Verbraucher gebracht werden. Die Kulturlandschaft, die im wesentlichen von den Kärntner Bauern bewirtschaftet wird, ist für das Bundesland äußerst wertvoll, da auch der Tourismus diese intensivst mitvermarktet und davon profitiert.

Im Bereich der Landwirtschaft geht es verstärkt um die Kooperation zwischen den Betrieben. Seit dem EU-Beitritt hat sich die Anzahl solcher Kooperationen deutlich erhöht. In vielen Fällen ist die Landwirtschaft ein entscheidender Motor der Regionalentwicklung. Die Vernetzung verschiedenster Initiativen ist dabei anzustreben, da auf diese Weise die für den ländlichen Raum notwendigen politischen Maßnahmen bzw. Förderstrukturen induziert werden. Im Leitbild wurden auch neue Strategien für den Tourismus und die sonstige Wirtschaft - insbesondere im Bereich der Industrie - ausgearbeitet.

Kärnten im „neuen“ Europa⁹

Der Strukturwettbewerb bzw. die Standortfaktoren haben sich in den 1990er Jahren stark verändert. Durch die politischen Veränderungen kam es europaweit zu einer „Umverteilung“. Regionen, die bisher an der Peripherie lagen, sind jetzt ins Zentrum gerückt. Deshalb haben vor allem auch die österreichischen Grenzregionen und insbesondere die Kärntner Grenzgebiete große Chancen, die es mit einer verstärkten Kooperation zu nutzen gilt.

Zu diesen neuen Kooperationsformen gehört ohne Zweifel die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die besonders in der EU stark gefördert wird. Neben dem europäischen Einigungsprozess fördert die EU auch die Regionalisierung, die für kleine, innovative und kooperationsfreudige Gebiete, wie es auch Kärnten werden soll, gute Chancen mit sich bringt. Ein Ziel der neuen Wirtschaftspolitik ist die Bereitstellung von universitären und außeruniversitären Weiterbildungsmöglichkeiten sowie eine Verstärkung der Forschungstätigkeit. Ein weiterer wichtiger Punkt ist das Vorhandensein von positiven weichen Standortfaktoren, wie einer schönen und gesunden Landschaft. Die gesamte Alpen-Adria-Region hat insgesamt gute Voraussetzungen, zu den Wachstumsregionen der EU zu zählen.

Auch für die Unternehmen selbst bringt die Globalisierung einige Veränderungen mit sich. Sie müssen ihr Forschungsbudget sowie ihre Flexibilität und Reaktionsschnelligkeit erhöhen, um bei Veränderungen des Marktes entsprechend reagieren zu können. Daneben ist eine verstärkte Präsenz Kärntens an international wichtigen Standorten von großer Bedeutung. Abschließend ist festzustellen, dass sich Kärnten vor allem im Bereich der Umwelt- und Energietechnik spezialisieren und positionieren könnte.

2. Raumordnung in Slowenien

Slowenien ist seit 1991 ein eigenständiger Staat. Schon in Ex-Jugoslawien (Slowenien war eine von 6 Teilrepubliken) gab es Ansätze einer Regionalpolitik und einzelne regionalpolitische Maßnahmen. Bedeutend für Slowenien waren hier besonders die Programme für die peripheren ländlichen Gebiete und die Gebiete in den Julischen Alpen (der Anteil der Alpen beträgt ca. 20-25% des gesamten slowenischen Staatsgebietes von ca. 20.000 km²).

⁹ vgl. mit „Entwicklungsleitbild Kärnten“, S. 45-46

Nach der Unabhängigkeit war die slowenische Außenpolitik stets bestrebt, baldmöglichst Mitglied der EU zu werden. Am 10.7.1996 wurde das Europaabkommen unterzeichnet. Gleichzeitig stellte Slowenien den Beitrittsantrag, die konkreten Beitrittsverhandlungen begannen am 31.3.1998. Bis zum jetzigen Zeitpunkt hat Slowenien der EU seine Positionen für alle Verhandlungskapitel mitgeteilt und die entsprechenden Unterlagen eingereicht. Im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen muss Slowenien auch beim Kapitel 21 - Regionalpolitik - die seitens der EU vorgegebenen Verpflichtungen einhalten. Um diese Verpflichtungen einhalten zu können, hat Slowenien eine Agentur für Regionalentwicklung gegründet.

2.1. Die Verhandlungsposition der Republik Slowenien in Bezug auf die Regionalpolitik und die Koordination der Strukturfonds¹⁰

In der Einleitung der Verhandlungspapiere wird festgestellt, dass die Republik Slowenien die Rechtsordnung für den Bereich 21 „Regionalpolitik und die Koordinierung der Strukturfonds - Regionalna politika in koordinacija strukturnih skladov“ ohne Übergangsbestimmungen und Ausnahmen durchführen wird.

Die Republik Slowenien übernahm demnach den unterbreiteten territorialen Verteilungsmodus der Strukturfonds auf Bereiche, die eine Hilfe am dringendsten benötigen. Bis 31.12.1999 wurde die NUTS-Klassifikation eingeführt.

Die für die Regionalentwicklung laut EU notwendigen Agenturen bzw. Dienststellen wollte Slowenien bis 31.12.1999 einrichten und personell so ausstatten, dass ein Funktionieren dieser ermöglicht wird. Auch sollte bis zu diesem Zeitpunkt ein Rat für die Regionalentwicklung eingerichtet werden. Auf regionaler Ebene waren die Gründungen regionaler Entwicklungsagenturen geplant. Die Republik Slowenien verpflichtete sich bis zum Vollbeitritt die nötigen Eigenmittel bereitzustellen, um an den Förderprogrammen der EU teilnehmen zu können.

Das Prinzip der Konzentration der Fördermittel und die territoriale Gliederung der Republik Slowenien

Das oben angeführte Prinzip wird die Republik Slowenien mit der Einführung der statistischen Klassifikation NUTS erreicht haben. Diese territoriale

¹⁰ vgl. mit <http://evropa.gov.si> - Služba vlade za evropske zadeve - Peti sklop pogajalskih izhodišč.

statistische Gliederung des Staatsgebietes hat Slowenien bis zum 31.12.1999 durchgeführt¹¹.

Die Aufteilung wird folgende sein:

- NUTS 0 und NUTS 1 stellt das gesamte Staatsgebiet dar;
- NUTS 2 wird in 2 Teile aufgegliedert: (1) das Gebiet rund um die Metropole Ljubljana und (2) in das übrige Staatsgebiet;
- NUTS 3 wird 12 oder 13 statistische Ebenen beinhalten.

Diese Aufteilung wird mit der unterschiedlichen Entwicklung der Regionen begründet. Der Raum um die Hauptstadt war und ist der boomende Raum in Slowenien. Die Entwicklung der abgelegenen, peripheren Gebiete hingegen ist im Hinblick auf die Wirtschaft und Bevölkerung eher rückläufig. Der Raum rund um Ljubljana hat ca. 25% der Einwohner Sloweniens und eine Wirtschaftskraft von ca. 90% - 100% des BIP der EU.

Die Gliederung des Staatsgebietes auf NUTS 3-Ebene hat die Republik Slowenien noch nicht vollzogen. Das slowenische statistische Amt hat eine vorläufige, geplante Gliederung Sloweniens auf 12 oder 13 Ebenen beschlossen. Die relativ große Zahl an NUTS 3-Regionen ist darauf zurückzuführen, dass es in Slowenien sehr stark differierende regionale Identitäten gibt.

Abschließend wird seitens der Republik Slowenien die Absicht erklärt, die mit dem EU-Beitritt besonders im Bereich der Regionalpolitik und Kohäsion aufkommenden Aufgaben und Vorschriften schnell umzusetzen.

2.2. Die Agentur für Regionalentwicklung der Republik Slowenien

Die Agentur ist ein Organ des Ministeriums für ökonomische Beziehungen und Entwicklung (MEOR). Deren Aufgaben sind die Koordination, die Ausrichtung sowie das Festsetzen von Prioritäten der Entwicklungsfragen im Bereich der Regionalpolitik. Die Agentur wurde in der intensiven Phase der Angleichung an die EU-Gesetzgebung gegründet.

Die Hauptaufgaben der Agentur sind die Koordination der Strukturpolitik in der Republik Slowenien und die Umsetzung der Regionalpolitik, welche auch alle anderen Aufgabenfelder der Agentur verbindet.

¹¹ Gespräch mit Mag. Helena Šolar vom Ministerium für Umwelt und Raum - Ministrstvo za okolje in prostor am 22.2. 2000 in Ljubljana.

Als zentrale staatliche Institution ist die Agentur verantwortlich für:

- Vorbereitung und Ausführung der staatlichen Strategie für Regionalentwicklung
- fachliche Beratung und Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen
- finanzielle Abwicklung der Förderung aus den Strukturfonds
- Aufsichtsorgan bei der Ausführung der Strukturpolitik
- Zusammenarbeit mit den regionalen Entwicklungsgesellschaften
- Vorbereitung der operationalen Programme der Strukturpolitik
- Ordentliche und außerordentliche Berichterstattung über die Durchführung des staatlichen Entwicklungsprogramms

Die Agentur arbeitet eng mit den regionalen Entwicklungsgesellschaften zusammen und fördert deren Tätigkeit im Bereich der Vorbereitung der regionalen Entwicklungsprogramme. Eine weitere Aufgabe ist es, den Regionen bei der Verringerung ihrer Probleme zu helfen. Eine Hilfestellung wird seitens der Agentur auch bei der Projektbegleitung und der bestmöglichen Ausschöpfung der Mittel aus den Strukturfonds geboten. Daneben soll durch die Agentur die staatliche Kofinanzierung sichergestellt werden.

Als eine wichtige gesetzliche Grundlage in diesem Bereich muss das „Gesetz über die Förderung einer gleichmäßigen/geordneten Regionalentwicklung - Zakon o spodbujanju skladnega regionalnega razvoja“ (Ur. l. RS, stev. 79/99) erwähnt werden. Dieses Gesetz¹² wurde im Juli 1999 vom slowenischen Parlament beschlossen. Mit seiner Hilfe soll eine gleichmäßige und geordnete Regionalentwicklung unter dem Aspekt der Regionalentwicklung „von unten“ und der Vorbereitung auf den EU-Beitritt, der für Slowenien ohne Zweifel die vorrangigste politische Herausforderung darstellt, garantiert werden.

12 vgl. mit dem „Gesetz über die ‚Förderung einer gleichmäßigen/geordneten Regionalentwicklung - Zakon o spodbujanju skladnega regionalnega razvoja‘ (Ur. l. RS, stev. 79/99)“.

3. EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG „Österreich – Slowenien“

Zur Gemeinschaftsinitiative INTERREG

Die Gemeinschaftsinitiative INTERREG wurde von der Europäischen Kommission eingerichtet, um Grenzregionen noch besser verbinden zu können. Ziel war auch die Verstärkung der grenzüberschreitenden Kooperation. Österreich hat nach seinem Beitritt zur EU im Jahr 1995 an mehreren INTERREG-Vorhaben partizipiert, wobei es sich um Projekte mit den anderen Mitgliedsstaaten sowie den Beitrittskandidaten handelte.

Nach der Reform bzw. Neugliederung der Strukturfonds auf dem Berliner Gipfel im März 1999 wurden die Mittel für die Programmperiode 2000-2006 für INTERREG-Vorhaben mit den Beitrittskandidaten im Vergleich zum Zeitraum 1994-1999 fast verdreifacht. Mit der Programmplanung wurde in Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Partnerstaat schon im Jahr 1999 begonnen. Anfang 2001 werden alle österreichischen Programmplanungsdokumente von der Europäischen Kommission in Brüssel geprüft und beschlossen.

Durch INTERREG II-Mittel sind im österreichisch-slowenischen Grenzgebiet 1995 bis 1999 ca. 282 Mio. ATS (das sind umgerechnet ca. 40 Mio. DM) investiert worden.

3.1. Prioritäten und Maßnahmen im Rahmen von INTERREG/PHARE für den Zeitraum von 2000 bis 2006¹³

In der kommenden Programmplanungsperiode wird es vor allem folgende Schwerpunkte in der grenzübergreifenden Zusammenarbeit zwischen Österreich und Slowenien geben¹⁴⁺¹⁵:

1. Nachhaltige Regionalentwicklung/Raumentwicklung

Schutz der Natur: Zusammenarbeit im Bereich der National- und Naturparks; Wasser, Abfall- und Energiemanagement; Abwässerklärung; verstärkte Nutzung von erneuerbaren Energieträgern; Regionalplanung;

13 vgl. mit JPD Slovenia - Austria 2000-2006.

14 Gespräch mit dem Kärntner INTERREG-Koordinator Mag. Christian Kropfitsch.

15 Gespräch mit Edita Granatir am 28.2. 2000 in Kranj.

Infrastrukturplanung; Kommunikationsnetzwerke; sektorübergreifende Impulsprojekte.

2. Humanressourcen und regionale Kooperation

Entwicklung der Humanressourcen: Kooperation am Arbeitsmarkt; Regionalmanagements (zuständig für grenzübergreifende Kooperationen); Kooperation zwischen Städten (urban cooperation).

3. Ökonomische Kohäsion

Wirtschaftliche Kooperation: Re- bzw. Umstrukturierung der Industrie; Technologietransfer; Wirtschaftsinfrastruktur; Kulturtourismus; ländlicher Raum (inkl. Landwirtschaft); Tourismusinfrastruktur.

4. Technische Hilfe

Maßnahmen	Österreich 2000 - 2006				Slowenien 2000 - 2002			
	%	Gesamtkosten	EU-Anteil	Nationale Ko-finanzierung	%	Gesamtkosten	EU-Anteil	Nationale Ko-finanzierung
1. Wirtschaftliche Kooperation/Kohäsion	40,41	20.732.000	10.365.000	10.367.000	31,65	4.500.000	3.000.000	1.500.000
2. Humanressourcen und regionale Kooperation	24,4	12.516.000	6.259.000	6.257.000	26,37	3.750.000	2.500.000	1.250.000
3. Nachhaltige Regionalentwicklung/Raumentwicklung	30,9	15.852.000	7.926.000	7.926.000	21,1	3.000.000	2.000.000	1.000.000
4. Technische Hilfe	4,29	2.200.000	1.100.000	1.100.000	3,52	500.000	500.000	
5. Fonds für Kleinprojekte					17,37	2.470.000	2.000.000	470.000
GESAMT	100	51.300.000	25.650.000	25.650.000	100	14.220.000	10.000.000	4.220.000

4. Ergebnisse einer Befragung von Schlüsselpersonen im österreichisch-slowenischen Grenzraum

Teil meiner Diplomarbeit war eine Befragung von „Opinion Leaders“ in Südkärnten und in Slowenien (PHARE CBC Gebiet). Insgesamt wurden in Österreich bzw. in Kärnten 189 Fragebögen verschickt. Von diesen erhielt ich 99 zurück. Das bedeutet einen Rücklauf von 52,4%.

In Slowenien wurden 43 Fragebögen versandt. Von diesen bekam ich 29 zurück. Das bedeutet einen Rücklauf von 67,4%. Die Summe aller verschickten Fragebögen betrug 232. Davon erhielt ich 125 zurück, was einem Rücklauf von rund 54% entspricht.

Die wichtigsten Resultate der Umfrage auf der österreichischen Seite (z.T. auf der Basis von Mehrfachnennungen) lauten wie folgt:

1. 63,6% der Befragten antworteten, dass sie mit der Entwicklung Österreichs seit dem EU Beitritt zufrieden seien. Als Gründe dafür wurden genannt: Öffnung der Menschen und Märkte, sozialer Friede, Einbindung in den globalen Markt, Integration vor Isolation, Wegfall der Grenze.
2. Als negative Aspekte wurden genannt: wenig Transparenz, Nachteile in der Land- und Forstwirtschaft, Österreich sei Nettozahler, Alpen-Adria-Region wäre bessere Alternative usw.
3. 55,7% der Befragten antworteten, der EU- Beitritt habe ihnen vorwiegend Vorteile gebracht. Eindeutig wird als wichtigster Vorteil der freie Personenverkehr empfunden.
4. Konkrete Nachteile werden vor allem in der Land- und Forstwirtschaft sowie durch den „Brüssel-Zentralismus“ empfunden.
5. Von fast 85% der Befragten wird ein rascher Vollbeitritt Sloweniens zur EU befürwortet. Bei einem Beitritt werden Vorteile vor allem im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, der Wirtschaft, aber auch der Kunst und Kultur gesehen.
6. Bei der Frage nach den Staaten, die als erste der EU beitreten sollen, entfallen auf Slowenien zusammen mit Ungarn die meisten Nennungen. Das ist vor allem wegen der Nähe und den bereits bestehenden Kontakten des Südkärntner Raumes mit diesen beiden Ländern zu erklären.
7. Was das konkrete Beitrittsdatum angeht, wünschen sich 62,6% der Befragten einen Beitritt bis 2004. Mehr als 90% der Befragten können sich einen Beitritt bis 2010 vorstellen.

8. Nach Übergangsregelungen gefragt, gab es die meiste Zustimmung bei den Punkten „Arbeitnehmermobilität“ sowie „Agrarprodukte“.
9. 85% der Befragten sind der Meinung, dass ein Beitritt Sloweniens zur EU gut für Österreich und Kärnten sei. Über 90% wünschen sich eine verstärkte Zusammenarbeit beider Regionen.
10. Ein Teil des Fragebogens war der Kenntnis von Förderprogrammen, die es seitens der EU gibt, gewidmet. 75,8% antworteten, dass sie die Gemeinschaftsinitiative INTERREG kennen. Diese ist bekanntlich für die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Regionen eingerichtet worden. 60% der Befragten gaben an, dass sie konkrete INTERREG-Projekte kennen würden.
11. In der seit Anfang 2000 gültigen neuen Programmplanungsperiode (Laufzeit 2000-2006) wurden für Österreich die INTERREG-Mittel fast verdreifacht. 45,8% der Befragten gaben an, konkrete Vorstellungen für neue INTERREG III-Projekte zu haben. Diese finden sich in den Bereichen Tourismus, Wirtschaft, Bildung, Kultur, Landschaftsschutz, Raumordnung, Umweltschutz, Land- und Forstwirtschaft.

Auffallend ist, dass die Resultate des slowenischen Fragebogens dem in Österreich bzw. Kärnten eingesetzten sehr ähnlich sind.

Literaturverzeichnis

- ROBLEK, IGOR: Chancen für Südkärnten im Hinblick auf grenzüberschreitende Regionalentwicklung nach einem EU Beitritt Sloweniens (Juli 2000, Diplomarbeit an der Universität Klagenfurt).
- AMT DER KÄRNTNER LANDESREGIERUNG: Entwicklungsleitbild Zukunft Kärnten, Bd. 27.
- AMT DER KÄRNTNER LANDESREGIERUNG: Raumordnung in Kärnten 1948 – 1998, Bd. 28.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION: Regelmäßiger Bericht über den Fortschritt Sloweniens auf dem Weg zum Beitritt 1999.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION: Leitlinien für die Gemeinschaftsinitiative INTERREG III.

Slowenien, Tschechien und die Slowakei auf dem Weg in die EU¹

Albrecht Rothacher

1. Stand der Beitrittsverhandlungen

Der Beitritt zur EU ist für den Antragsteller vergleichbar mit der Aufnahme in einen Fußballverein: Die Spielregeln stehen fest und sind nicht verhandelbar. Der Bewerber muss sich mit der Vereinsspitze arrangieren und sich schließlich schwitzend auf dem Spielfeld selbst bemühen. Geschenkt wird niemandem etwas. Wird dieses Bild auf die EU übertragen, so lässt sich sagen, dass die Straßen von Brüssel nicht mit Gold gepflastert, sondern eher von Schlaglöchern geprägt sind. Die EU-Mitgliedschaft bringt nicht automatisch Wohlstand und Reichtum mit sich, im Gegenteil: sollte eine Volkswirtschaft in wichtigen Sektoren nicht wettbewerbsfähig sein, könnte sie ähnlich spektakulär Schiffbruch erleiden, wie die mitteldeutsche Industrie nach der Wiedervereinigung, die angesichts ihrer Produktivitätsschwäche unter der Währungsparität und dem aus Westdeutschland importierten Kostendruck eigentlich vorhersehbar zusammenbrach.

Um eine erfolgreiche Aufnahme neuer Mitglieder zu ermöglichen, müssen beide Seiten etliche Erfahrungen berücksichtigen, dass diese Erweiterung innerhalb der inhaltlichen und zeitlichen Bedingungen erfolgt. Ziel wäre eine Wiederholung der Erfolgsgeschichten jener Mitgliedschaften von EU-Staaten, die ihre Entwicklungsrückstände erfolgreich aufgeholt haben. Man denke an Irland, Spanien, Portugal und neuerdings auch Griechenland. Damit beiden Seiten unliebsame Überraschungen erspart bleiben, besteht die Unionsseite auf den sogenannten „Kopenhagener Kriterien“, der Garantie demokratischer und rechtsstaatlicher Praktiken, dem Minderheitenschutz, der Existenz einer wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft und von verifizierbaren Verwaltungskapazitäten zur Umsetzung des EU-Rechts. Bei den bisherigen Erweiterungen war dies alles kein Thema. Angesichts der endemischen Defizite an Infrastruktur, öffentlicher Verwaltung und am Humankapital, die 40 Jahre staatssozialistischer Diktatur angerichtet haben, muss sich die Union diesmal dieser Problematik stellen.

¹ Dieser Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder und stellt keine offizielle Verlautbarung der EU-Kommission dar.

Wie bei allen bisherigen Beitrittsverhandlungen ist das gesamte zu besprechende und umzusetzende EU-Recht - im EU-Jargon „acquis“ genannt - in 31 Verhandlungskapitel aufgeteilt, die nach erfolgreicher Abklärung mit dem jeweiligen Beitrittskandidaten dann als vorläufig geschlossen erklärt werden. Die Kapiteleinteilung folgt keiner höheren Logik, als der des historischen Organigramms der EU-Kommission: für jedes Kapitel ist eine jeweils andere Dienststelle zuständig. Wenn eine ‚kritische‘ Masse auch schwierigerer Kapitel abgeschlossen ist, kann die Ratspräsidentschaft entscheiden, eine Schlussrunde anzusetzen, um die wenigen verbliebenen Kapitel, die heiklen politischen Themen, die institutionelle Repräsentanz des neuen Mitglieds, und die Finanzen betreffen, in einer politischen Verhandlungsschlussrunde, die wegen des dramatischen Umfelds gern auch als „Nacht (richtiger: Nächte) der langen Messer“ bezeichnet wird, auf Ministerebene zu lösen.

Das Ergebnis ist ein unterschrittsreifer Beitrittsvertrag, der dann das Ratifizierungsverfahren durchläuft. Das Europäische Parlament muss dem jeweiligen Vertrag zustimmen, die 15 nationalen Parlamente (wo vorhanden beide Kammern), und das Parlament des Beitrittslandes; oft - wie in Polen - verbunden mit einem Referendum. Dieser Prozess dauert wahrscheinlich mindestens zwölf Monate. Wenn einer der Akteure ablehnt, wie seinerzeit General de Gaulle die ersten britischen Beitrittsgesuche oder das norwegische Volk, dann findet der jeweilige Beitritt, der dem Einstimmigkeitsprinzip der 15 unterworfen ist, nicht statt.

Soweit sind wir jedoch noch nicht. Derzeit (Stand Januar 2001) sind mit der „Luxemburger Gruppe“ (Estland, Polen, Tschechien, Slowenien, Ungarn und Zypern), mit denen seit März 1998 verhandelt wird, zwischen 13 und 17 Verhandlungskapitel vorläufig abgeschlossen worden. Mit der „Helsinki Gruppe“ (Lettland, Litauen, Slowakei, Rumänien, Bulgarien und Malta), deren Verhandlungen im Februar 2000 aufgenommen wurden, konnten bislang zwischen 6 und 12 Kapitel geschlossen werden.

Dabei wurden bereits im Lichte des EU-Rechts und seiner Umsetzung im wesentlichen die unproblematischen Kapitel geschlossen:

Erziehung und Bildung, Wissenschaft und Forschung, KMU-Förderung, Telekom, Außen- und Sicherheitspolitik, Statistik, Fischerei (für die Binnenländer!), Industriepolitik, Verbraucherschutz, die Vorbereitung der Währungsunion und Außenwirtschaftsbeziehungen. Die schwierigen Kapitel sind bislang erst mit der „Luxemburger Gruppe“ eröffnet, aber längst noch nicht geschlossen worden. Dazu zählen Kapitel, deren Umsetzung entweder viel Geld kostet, eine effektive öffentliche Verwaltung voraussetzt oder die auf politische Vorbehalte stößt. Diese Probleme sind real. Ihre Nichtbeachtung unter dem törichtem Imperativ, den Kandidaten Beitrittstermine versprechen zu wollen, würde den Binnenmarkt und die Verbindlichkeit des Gemeinschaftsrechts, ja die Zukunft

des Integrationswerks insgesamt akut gefährden. An fehlenden Traktorüberrollbügeln und allzu lauten Rasenmähern soll ein Beitritt nicht scheitern. Aber die endemisch, über viele Sektoren hinweg kumulative Nichtvorbereitung eines Landes ist sicher ein hinreichender Grund, seinen Beitritt im beiderseitigen Interesse um die Zeit zu verschieben, die es bis zum weitgehenden Abstellen dieser Defizite benötigt.

40 Jahre staatssozialistischer Diktatur mit ihrer forcierten Urbanisierung und Schwerindustrialisierung haben ihre unübersehbaren Spuren in den Beitrittsländern hinterlassen. Bezüglich des EU Rechts wird dies u.a. in der Umwelt, im Arbeitsschutz, in der Verkehrssicherheit, den Agrarstrukturen und der Lebensmittelhygiene deutlich sichtbar. Deren vom EU-Recht zwingend geforderte Abhilfe und Modernisierung wird Investitionen in doppelstelliger €-Milliardenhöhe notwendig machen. Nicht immer sind EU-Normen nationale Entwicklungsprioritäten. Offenkundig gewinnt niemand in Polen und andernorts Wahlen, in denen er anstelle höherer Pensionen und besserer Gesundheitsdienste die von der EU geforderten Kläranlagen, Luftfilter und neuen Schlachthöfe verspricht. Tatsächlich verlieren die am stärksten engagierten Reformregierungen angesichts der von der Bevölkerung verlangten Transformationsopfer regelmäßig Wahlen. Derzeit schlägt von Litauen über Slowenien bis Rumänien wieder die Stunde der ex-kommunistischen Sozialisten. Nach der Wiederwahl des Altkommunisten Iliescu im Dezember 2000, der nach einem Palastputsch in der Nachfolge des Despoten Ceaucescu 1990-96 Rumänien durch seinen Reformunwillen und mit einer die Staatswirtschaft weiter kontrollierenden diebischen Nomenklatura ruinierte, haben sich die rumänischen EU-Hoffnungen bis auf weiteres wahrscheinlich von selbst erledigt.

Tatsächlich helfen die EU-Normen mittel- und langfristig der Modernisierung der erfolgreicheren Transformationswirtschaften und machen sie attraktiver für produktive Auslandsinvestitionen. Andererseits zwingt ihre Kapitalarmut die Kandidatenländer zu harten Entscheidungen: Sollen z.B. mit knappen Steuermitteln vorrangig Schlachthöfe und Molkereien (zwingend von EU-Binnenmarktnormen vorgeschrieben) modernisiert, oder Krankenhäuser saniert werden, zu deren Standards es angesichts des Subsidiaritätsprinzips keine EU-Normen gibt? Es sei daran erinnert, dass aufgrund der Zustände in tschechischen und slowakischen Spitälern die jeweiligen Präsidenten Havel und Schuster fast gestorben wären. Erst ihre Evakuierung nach Innsbruck ermöglichte ihnen ein Überleben. Doch nicht jeder ist Präsident und kann zu erfahrenen und gut ausgestatteten Tiroler Ärzten ausgeflogen werden. Die strategische Beitrittspriorität räumt den Schlachthöfen einen höheren Stellenwert ein als den Krankenhäusern. Neben der Kapitalknappheit stellt der erblastbedingte Zustand der öffentlichen Verwaltung ein weiteres gewichtiges Beitrittsproblem dar. In der kommunistischen Diktatur hatte die nicht hinterfragte Loyalität zu den Instrukti-

onen der Partei Vorrang vor Sachverstand und gemeinwohlverpflichteter Professionalität. Im Jahrzehnt der Transformation haben sich die Verhältnisse im öffentlichen Dienst oft nur teilweise verbessert. Häufig wurden bei Regierungswechseln sämtliche Parteigänger der Vorgängerregierung vom Staatssekretär bis zum Pförtner entlassen. Auch bewirkt die hohe Gehaltsdifferenz zum privaten Sektor, dass die besten (auch im EU-Recht im Westen ausgebildeten) Nachwuchskräfte für viermal höhere Gehälter und bessere Aufstiegschancen massenhaft in die Privatwirtschaft wechseln. Zurück bleibt oft der müde gewordene Rest, der bereits unter einer Vielzahl von Ministern gearbeitet hat und die Ansicht vertritt, auch die EU-Anpassungen mit dem nötigen Minimum an Lippenbekenntnissen und Patjomkinschen Dörfern in der üblichen Weise unbeschadet überstehen zu können.

Tatsächlich benötigt eine effektive Marktwirtschaft und damit auch der EU-Binnenmarkt eine funktionierende, sachkundige und unparteiische öffentliche Verwaltung. Für den Binnenmarkt, dessen Funktionieren vom begründeten Vertrauen in die Standards, Prüfungen und Zertifizierungen der EU-Nachbarn abhängt sowie für die Einhaltung der EU-Normen sind eine Vielzahl effektiver, gut ausgestatteter, ausgebildeter und bezahlter Behörden wie Finanz- und Zollämter, Patentämter, Arbeitsinspektorate, Umweltschutzämter, Kartellbehörden, Verkehrssicherheitsämter (TÜV) etc. sowie eine zügig und professionell arbeitende Rechtsprechung unabdingbar.

Die Verwaltungsreform und die Korruptionsbekämpfung haben als Spiegelbild der wirtschaftlichen Gesundung unter den Kandidatenländern deutlich unterschiedliche Ergebnisse gebracht. Laut „Transparency International“ gibt es in Estland, Slowenien und Ungarn eindeutig weniger Korruption als etwa in Tschechien, Polen, Litauen und Lettland (von Bulgarien und Rumänien ganz zu schweigen). In den erstgenannten Ländern ist die Bestechlichkeit mittlerweile geringer als in manchen EU Staaten. Die in der Korruptionsbekämpfung erfolgreichsten Länder sind nicht zufällig auch jene, welche die Transformation am gründlichsten angegangen und am besten bewältigt haben. Es handelt sich auch genau um jene Länder, welche die Umsetzung des EU-Rechts am engagiertesten angehen und die wenigsten politischen Vorbehalte gegenüber der Philosophie der Integration einer gemeinsam ausgeübten Souveränität mit diskriminierungsfreien Unionsbürgerrechten hegen.

Deshalb drängen sich derzeit zwei Beitrittsszenarien auf: Zum einen die des im EU-Jargon sogenannten „Big Bang“ (wörtlich: „Großer Knall“), eine nicht nur phonetisch nicht sonderlich vertraueneinflößende Vision: Zehn Länder, (mit Ausnahme Rumänien und Bulgarien) die ihre Transformationskrise noch nicht bewältigt haben, sollen auf einmal der EU, etwa um das Jahr 2004, beitreten. Dieses Szenario vermeidet zwar die politischen Kosten, zwischen sehr gut und weniger gut vorbereiteten Kandidaten differenzieren zu müssen (und dabei der

zweiten Gruppe, darunter vermutlich Polen, zu erklären, warum sie sich noch etwas gedulden und mehr anstrengen müssen). Es würde jedoch angesichts der Größe der plötzlichen Umstellung der Union und der Vielzahl der vermutlich bis dahin noch ungelösten Probleme (von der polnischen Landwirtschaft bis zur Unterwelt in Budapest) sehr wahrscheinlich deutliche Schwierigkeiten im Ratifizierungsprozess der 15 auslösen.

Die Alternative bestünde im Szenario der Sequenz kleinerer Beitrittsgruppen, deren erste Ungarn und einige kleinere Länder umfassen könnte. Diese würden früher als beispielsweise Polen und die Tschechische Republik, die größere Altlasten „erbt“, und noch Schwierigkeiten mit der Umsetzung vieler EU-Normen haben, bereits Anfang 2004 Mitglieder werden können. Die nächste Gruppe könnte 2 bis 3 Jahre später beitreten.

Um dem vom Rat beschlossenen Differenzierungsprinzip zu genügen, schlug die am 8. November 2000 vorgelegte „Wegeskizze“ des von der Kommission vorgelegten Strategiepapiers Ende 2002 als Zieltermin für den frühestmöglichen Verhandlungsabschluss mit den bis dahin am besten vorbereiteten Ländern vor. Voraussichtlicher Beitrittstermin wäre dann der 1. Januar 2004. Dies hätte u.a. zur Folge, dass die Bürger der neuen Mitgliedsländer schon bei den 2004 fälligen nächsten Europawahlen mitwählen würden. Bis dahin ist für ein gutes Gelingen neben den institutionellen Hausaufgaben der EU (Nizza und mehr noch: Post-Nizza) noch viel Aufklärungs- und Diskussionsarbeit mit der Bevölkerung auf beiden Seiten zu leisten.

2. Die Fortschrittsberichte der Kommission: Der Stand der Beitrittsreife in Slowenien, Tschechien und der Slowakei

Die am 8. November 2000 veröffentlichten Fortschrittsberichte der Kommission bilanzieren wie jedes Jahr für jedes der 13 Kandidatenländer die Umsetzung der Kopenhagener Beitrittskriterien. Die Zustände von Demokratie, Minderheitenschutz und Rechtsstaatlichkeit, die Entwicklung der Marktwirtschaft und der Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft und die Annahme und Umsetzung des Gemeinschaftsrechts („Acquis“) und der dafür nötigen Verwaltungskapazitäten lassen zu wünschen übrig. Diese Fortschrittsberichte, die bei früheren Erweiterungen nicht notwendig waren, beinhalten eine doppelte Funktion: Als Diagnose ermutigen sie den Reformprozess in den Beitrittsländern. Mit ihrem objektivierbaren, detailorientierten Ansatz, vor allem im „Acquis“-Teil der Berichte, können sie die Skeptiker in den eigenen Reihen der EU15 überzeugen. Je kürzer die verbliebene, dokumentierte Mängelliste eines Bewerberlandes in

der realen Umsetzung über die Jahre geworden ist, desto näher rückt seine nachvollziehbare Beitrittsreife.

Im Falle Sloweniens (ebenso wie für Ungarn und Estland) ist die Bewertung der Wirtschaftsentwicklung, d.h. der Wettbewerbsfähigkeit seiner Wirtschaft deutlich besser und die verbliebene Mängelliste in der „Acquis“-Umsetzung kürzer als etwa im Falle Tschechiens oder der Slowakei.

Allen drei Ländern sind laut den Fortschrittsberichten sehr langsame Gesetzgebungsverfahren gemeinsam, die die Annahme des EU-Rechts bremsen. In Slowenien lag dies an den wechselnden parlamentarischen Mehrheiten mit immer neuen Koalitionskonstellationen, in der Slowakei an der Heterogenität der seit 1999 regierenden Anti-Meciar-Koalition, und in Tschechien an der Tatsache, dass seit 1996 Minderheitsregierungen herrschen.

In Slowenien wird vor allem die Langwierigkeit der Gerichtsverfahren und Wirtschaftsrechtssachen (Konkursfälle u.a.) moniert. Dabei wird die Tatsache kritisch gewürdigt, dass die Wirtschaft des 2-Millionen-Volkes als „Insider-Klub“ funktioniere, der abschreckend auf Auslandsinvestitionen wirke. Dies drückt sich auch in einer mangelnden Umsetzung des Wettbewerbsrechts, einer undurchsichtigen Beihilfepolitik und einer sehr zögerlichen Privatisierungs- und Restituierungspolitik aus. Die wichtigsten Banken, Versicherungen, und Elektrizitätswerke sind noch immer im Staatsbesitz (und werden wie die meisten Betriebe von der jungen Generation des bei den meisten Koalitionspartnern stark repräsentierten „Partisanenadels“ kontrolliert). Auch das Telekom-Monopol entspricht noch nicht dem EU-Recht. Die für 1998 zugesagte Schließung der Duty-Free-Läden an den Grenzen zu Österreich und Italien ist bislang noch nicht erfolgt. An eher technischen Rechtsanpassungen stehen noch aus:

- die Novellierung des Versicherungs- und Zollrechts
- die Anerkennung professioneller Qualifikationen aus EU-Staaten
- die Aufhebung von Beschränkungen für Auslandsinvestitionen im Verkehrssektor und im Telekom- und Medienbereich

Schließlich sind die Verwaltungskapazitäten beim Umweltschutz und in der Lebensmittelkontrolle zu verstärken. In der Summe sind dies relativ nachrangige Restprobleme, die bei gutem Willen in ein bis zwei Jahren unschwer zu lösen sind. Ohne Zweifel hat meines Erachtens Slowenien damit den Löwenanteil seiner legislativen und administrativen Beitrittsvorbereitungen bereits bewältigt.

Im Falle Tschechiens werden für dessen Beitrittsreife noch weitaus mehr und substantiellere Probleme gesehen. Zwar scheint die langanhaltende, durch den ungenügenden Strukturwandel der realen Wirtschaft verursachte Wirtschaftskrise mit 3% Wachstum im ersten Halbjahr 2000 überwunden. Doch die Arbeitslosigkeit blieb bei 9%. Die Auslandsschulden stiegen auf 12 Mrd. Euro

(24% des BIP). Die Bankenkrise erwies sich als noch längst nicht bewältigt. So musste die Kommerční Banka vor ihrer 2001 geplanten Privatisierung 1,6 Mrd. Euro an „faulen“ Schulden der staatlichen Konsolidacní Banka übertragen. Die Kosten dieses „Übertrags“ mussten vom tschechischen Steuerzahler getragen werden. Sie vergrößerten das Haushaltsdefizit 1999 von ursprünglich geplanten -1,6% des BIP auf -3,5% des BIP. Eine zweite Großbank, die IPB, war bislang im Besitz des japanischen Finanzhauses Nomura. Doch Nomura war ausschließlich am profitablen Verkauf der Industriebeteiligungen der IPB interessiert gewesen. Die Bank musste schließlich wegen ihrer Liquiditätskrise unter staatliche Zwangsverwaltung gestellt, d.h. faktisch renationalisiert werden.

Die beiden Schief lagen beweisen das Nichtfunktionieren der Bankenaufsicht, die ebenso wenig effektiv war, wie die Wertpapierkommission, die nach den Skandalen und der Krise von 1996/97 die Prager Börse sanieren und als Kapitalquelle für tschechische Unternehmen rekonstituieren sollte. Wegen des fehlenden internationalen Vertrauens fällt die Börse jedoch weiterhin als Finanzierungsquelle für die unterkapitalisierte tschechische Wirtschaft aus. Auch die Rechte der Minderheitenaktionäre werden nach wie vor als ungenügend angesehen.

Auch andere Erblasten des Staatssozialismus sind noch nicht bewältigt: So harren 900.000 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche noch ihrer rechtmäßigen Eigentümern. Die Restrukturierung der Stahlhütten (u.a. in Mährisch Ostrau) steht noch aus. Vor allem für wirtschaftsrechtliche Verfahren (Konkurse u.ä.) benötigt die Justiz noch sehr viel Zeit: Im Durchschnitt dauern Zivilverfahren vor Kreisgerichten eineinhalb Jahre.

Hinzu kommen die üblichen Schwierigkeiten in der „Acquis“-Umsetzung: In Schlachthöfen, Molkereien und Veterinärkontrollen werden EU-Normen der Lebensmittelhygiene noch nicht umgesetzt. Umweltverträglichkeitsprüfungen (etwa beim AKW Temelin) werden nicht durchgeführt. Die Umsetzung des EU-Rechts bei der Abwasserklärung, der Luftreinhaltung und in der Abfallwirtschaft ist noch unvollkommen. Es fehlt ein Gesetz zum öffentlichen Dienst, das die Rechte und Pflichten von fachlich qualifizierten und meritokratisch zu befördernden Berufsbeamten definiert und gewährleistet.

Die Auswirkungen zeigen sich in einem hohen Maß an Korruption in Bereichen, in denen Beamte häufig Ermessensentscheidungen fällen können (Zoll, Polizei, Justiz etc.). Neben dem Kampf gegen die Korruption müssten Geldwäsche und organisierte Kriminalität verstärkt eingedämmt, dabei jedoch auch die Haftbedingungen im Polizeigewahrsam verbessert werden. Der Fortschrittsbericht 2000 lässt sich, wie seine Vorgängerberichte, in großem Detail über die traurige gesellschaftliche Diskriminierung der Zigeuner aus, einschließlich der (mittlerweile wieder abgerissenen) Lärmschutzmauer von Aussig an der Elbe. Über die fortgesetzte Gültigkeit der Benes-Dekrete von 1945 (deren Beseitigung vom

Europäischem Parlament, der österreichischen Bundesregierung und der bayerischen Staatsregierung gefordert werden) wird in dem Bericht (ebenso wie im Fall der Slowakei, wo die Opfer neben den Karpatendeutschen hauptsächlich Ungarn waren und sind) nicht Stellung genommen.

In der Slowakei ist die Mängelliste ähnlich: Sie beinhaltet die Bankenaufsicht, die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen (zumal die Kranken-, Sozial- und Rentenversicherungen noch reformiert werden müssen), die Umwelt-, Landwirtschafts- und Verkehrssicherheitsnormen, mangelhafte Grenz- und Zollkontrollen, den Schutz geistigen Eigentums bei der Markenpiraterie, die Stärkung der Unabhängigkeit der Gerichte und - ebenso wie in Tschechien - die Einführung eines Gesetzes zum öffentlichen Dienst. Dringlich ist aus Kommissionssicht, Korruption und Verbrechen vorrangig zu bekämpfen.²

Die wirtschaftliche Entwicklung der Slowakei hat sich deutlich verbessert. Allerdings bleibt das strukturelle Handicap der einseitigen Schwerindustrialisierungspolitik des Staatssozialismus. Die Industrie beruht im wesentlichen auf konjunktur- und preisempfindlichen Grundstoffen und Halbfabrikaten im Stahl, der Petrochemie, in der Papierherstellung, im Maschinenbau (Rüstung) und in der Zementproduktion. Jedesmal wenn einer oder mehrere jener in der Slowakei gewichtigen Industriesektoren vor Problemen steht, verschlechtern sich die Konjunkturdaten, die Arbeitsplatzbilanz und das Steueraufkommen sichtbar. Dazu hat die heterogene Regierungskoalition, die konservative Christdemokraten und reformfeindliche „Reform“-Kommunisten einschließt, offenkundige Schwierigkeiten, die von der langjährigen Misswirtschaft Vladimir Meciar hinterlassenen „Sündenfälle“ in der Privatisierungspolitik zu beseitigen.

² Dies hängt möglicherweise auch damit zusammen, dass vor zwei Jahren vor den Augen eines hochrangigen EU-Verhandlungsteams, in der Bar des Preßburger Prestigehotels Danube zwei Angehörige der slowakischen „Unterwelt“ am Nebentisch von ausländischen Rivalen liquidiert wurden. Erlebnisse „vor Ort“ helfen Probleme von der virtuellen Ebene der Beitrittsverhandlungen in der realen Lebenswelt erfassbar zu machen.

3. Resümee

Die Europäische Union und die ernsthaften Kandidatenländer sind zum „Erfolg verdammt“. Der notwendige Erfolg bedarf jedoch einer gründlichen und möglichst zügigen Vorbereitung beider Seiten. Beitritte sollten je nach individuellen Meriten der Beitrittsländer bei den politisch-administrativen Vorbereitungen und ihrer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit erfolgen. Niemand sollte aus geopolitischen oder pseudomoralischen Motiven begünstigt werden, niemand auch gezwungen werden, auf seinen unwillig-zögerlichen großen Nachbarn trotz guter Eigenleistungen warten zu müssen. Die Osterweiterung der Union ist zu wichtig für wohlfeile PR-Gags, die auf Europäischen Gipfeln allzu häufig wurden, oder für den unseriösen Voluntarismus eines „Big Bang“. Die Erweiterung muss auf fundiertem Vertrauen und schrittweisem, seriös-verifizierbarem Vollzug beruhen oder sie wird zum Schaden aller scheitern.

Literaturhinweise

- Avery, Graham/Fraser Cameron*: The Enlargement of the European Union, Sheffield 1998.
- Blumenwitz, Dieter u.a. (Hrsg.)*: Fortschritte im Beitrittsprozess der Staaten Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas zur EU, Köln 1999.
- Caesar, Rolf/Hans-Eckart Scharrer (Hrsg.)*: Die Zukunft Europas im Lichte der Agenda 2000, Baden-Baden 2000.
- Eatwell, John u.a.*: Transformation and Integration, London 1996.
- Kirt, Romain (Hrsg.)*: Europa und seine Krisen. Baden-Baden. 2001.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften*: Stellungnahme der Kommission auf Beitritt zur Europäischen Union, Brüssel, 15.7.1997, KOM(97) 2001-13 endgültig.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften*: Regelmäßige Berichte der Kommission über ... Fortschritte auf dem Weg zum Beitritt, Brüssel, 17.12.1998, 13.10.1999 und 8.11.2000, KOM(1998) 701-13 endg., KOM(1999) 500-13 endg., und KOM(2000) 700-13 endg.
- Mommsen, Margareta (Hrsg.)*: Nationalismus in Osteuropa, München 1992.
- Neuss, Beate u. a. (Hrsg.)*: Entwicklungsstrategien in Nordosteuropa. Baltikum und Finnland, Tübingen 2000.

- Quaisser, Wolfgang u.a.*: Die Osterweiterung der Europäischen Union: Konsequenzen für Wohlstand und Entwicklung in Europa, Bonn 2000.
- Rothacher, Albrecht*: Consumer Protection in Central and Eastern Europe and EU Accession, in: South East Europe Review 2 (1999) No. 2, S. 187-190.
- Rothacher, Albrecht*: Eastern Enlargement of the European Union, in: Journal of Social Sciences (Laibach) 14 (1998) No. 26, S. 131-136.
- Rothacher, Albrecht*: Estland: Wirtschaft und Politik in der reinen Marktwirtschaft, in: KAS-Auslandsinformationen 01/1997, S. 94-101.
- Rothacher, Albrecht*: Migration und EU-Osterweiterung, in: Conturen (Wien) 2/1999, S. 60-68.
- Rothacher, Albrecht*: Slowakei: Transformationserfolg in der politischen Dauerkrise?, in: KAS-Auslandsinformationen 07/1997, S. 73-104.
- Rothacher, Albrecht*: Social Realities and EU Social Policy in the Accession Countries, in: South East Europe Review 3(2000), No. 1, S. 21-28.
- Rothacher, Albrecht*: Vom Nutzen und Nachteil der Osterweiterung fuer die EU. Politische Studien, 376 (2001), 73-85.
- Rothacher, Albrecht*: Die Transformation Mittelosteuropas: Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in Tschechien, Polen, Ungarn, Slowenien, Kroatien und Litauen, Wien 1999.
- Wagener, Hans-Jürgen/Heiko Fritz (Hrsg.)*: Im Osten was Neues, Bonn 1998.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.)*: Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa, Gütersloh 1995.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.)*: Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die EU, Gütersloh 1995 und 1996.

Der Stand der politischen und gesellschaftlichen Transformation in der Tschechischen Republik

Petr Fiala

Im vorliegenden Beitrag versuche ich die Frage zu beantworten, ob die Tschechische Republik vom Standpunkt des politischen Systems ein Land ist, das sich im Transformationsprozess befindet oder ob sie für eine konsolidierte Demokratie gehalten werden kann. Zur Illustrierung der Thematik erwähne ich an einigen Beispielen auch bestimmte Probleme des tschechischen politischen Lebens, die ich für geeignet halte.

Bei der Bewertung des Transformationsstandes ist es für die politische Wissenschaft manchmal schwer zu unterscheiden, inwiefern etwas einen Teil von spezifischen Transformations- und Demokratisierungsprozessen darstellt und welche Prozesse mustergültige Teile einer konsolidierten Demokratie sind. Mit den oft unzufriedenstellenden theoretischen und methodologischen Konzeptionen neuer politologischer Gebiete, die mit den Begriffen Transitologie und Konsolidologie bezeichnet werden (Crawford/Lijphard 1995, Beyme 1999), kann ich mich hier nicht befassen. Um eine vernünftige Aussage über den Stand der Transformation, beziehungsweise Konsolidierung in der Tschechischen Republik zu erreichen, brauchen wir einen theoretischen Rahmen, innerhalb dessen wir die Situation in der Tschechischen Republik messen können und der auf der Grundlage vergleichender Studien basiert.

Zur Vereinfachung habe ich aus der Vielzahl der verschiedenen Vorschläge einen von Klaus von Beyme konzipierten zusammenfassenden Versuch einer Festlegung von Kriterien einer konsolidierten Demokratie ausgewählt. Er versucht, die in der Fachliteratur am häufigsten vorkommenden Kriterien zusammenzufassen und zu ordnen und spricht dabei von vier Grundebenen oder Phasen der Konsolidierung. Der Maßstab für die Konsolidierungsstufe ist die Tatsache, in welchem Umfang diese Phasen oder Ebenen in dem sich transformierenden oder schon transformierten politischen System realisiert sind. Entscheidend sind die folgenden vier Ebenen:

1. die konstitutionelle Konsolidierung, worunter im weiteren Sinne das Festlegen und Funktionieren der Verfassungsordnung verstanden wird;
2. die Konsolidierung der Interessengruppen und Parteiensysteme;
3. die Verhaltenskonsolidierung der informellen politischen Akteure, wie Militär, Unternehmer oder radikale Gruppen;

4. die Ebene der Konsolidierung der Bürgergesellschaft, die theoretisch am längsten dauert. (Beyme 1999: 298-299).

Versuchen wir nun, den Stand der Demokratisierungsprozesse in der Tschechischen Republik von dem Gesichtspunkt dieser Phasen aus zu betrachten:

Wird von der ersten Ebene der konstitutionellen Konsolidierung ausgegangen, so ist festzustellen, dass sie im formalen Sinne mit der Verabschiedung der Verfassung der Tschechischen Republik im Dezember 1992 abgeschlossen wurde. Die Verfassung ist seit 1993 gültig, also seit dem Zerfall der ehemaligen Tschechoslowakei (vgl. Fiala 1994, Urubek 1998: 25-28). Diese Entwicklung, dass die konstitutionelle Konsolidierung im Prinzip die schnellste Konsolidierungsphase ist, entspricht der theoretischen Vorstellung und zugleich der praktischen Erfahrung aus anderen postkommunistischen Ländern. Die tschechische Verfassung ist insofern interessant, als im Moment ihres Inkrafttretens einige der darin erwähnten Institutionen noch nicht existierten. Diese Institutionen wurden in Übereinstimmung mit deren Definition durch die Verfassung erst nachträglich errichtet. So konstituierte sich zum Beispiel erst im Jahre 1996 der Senat als zweite Kammer des tschechischen Parlaments. Im Jahr 2000 wird durch die Wahlen in die Bezirksvertretungen und die darauffolgende Konstituierung von Bezirkshauptmannschaften die Herausbildung der regionalen politischen Ebene zu Ende geführt, die in allgemeinen Umrissen in der Verfassung von 1993 festgesetzt wurde. Nach sieben Jahren praktischer Realisierung der normativen Festlegung der politischen Ordnung, wie sie die tschechische Verfassung darstellt, kann man sagen, dass sie sich bewährt hat aber auch, dass die Erfahrungen mit ihrem Funktionieren in einigen Punkten zukünftig eine Neuregelung erfordern werden. Hinsichtlich der Verfassungsänderungen in Polen ist dieses Nachwirken der konstitutionellen Konsolidierung verhältnismäßig normal. So wurde dort die neue Verfassung als Ganzes erst im Jahre 1997 angenommen. Ein weiteres Beispiel ist die Diskussion über die Verfassungsänderungen in Ungarn.

In der Tschechischen Republik betrifft die Diskussion über die Verfassungsänderungen eher einige kleinere Regelungen, die vermutlich die Logik des Verfassungssystems nicht wesentlich stören werden. Vor allem die Präzisierung (nicht jedoch die Stärkung) der Rechtsbefugnisse des Präsidenten (zum Beispiel das Vorgehen bei der Ernennung einer neuen Regierung und Ähnliches) wurde erwogen sowie die Verfahrensregelung, wie die Mitglieder des Zentralbankrates ernannt werden sollten und ähnliche Dinge.

Die konstitutionelle Konsolidierung bezeugt indirekt auch die Tatsache, dass der Senat die Annahme der Verfassungsänderungen mit einer knappen Differenz von wenigen Stimmen abgelehnt hat, obwohl diese bereits nicht nur vorbereitet waren, sondern sogar im Juni 2000 vom Abgeordnetenhaus verabschiedet wurden. Im Grunde bleibt die Verfassung deshalb in ihrer Form von 1993

unverändert bestehen. Die einzige Verfassungsänderung, die durchgesetzt werden konnte, hing mit dem Beitritt der Tschechischen Republik zur NATO zusammen und betraf die Änderung der Regelung der Aufenthaltsbewilligung für fremde bewaffnete Truppen auf dem Gebiet der Tschechischen Republik. Wenn wir unter der Ebene der Verfassungsordnung die ganze *polity*-Dimension verstehen, dann müssen wir in die Überlegungen über die konstitutionelle Konsolidierung auch die nicht verfassungsmäßigen Gesetze einbeziehen, die jedoch einen beträchtlichen Einfluss auf die Gestalt des politischen Systems haben.

In den letzten beiden Jahren betraf der intensivste politische Kampf in der Tschechischen Republik die Novelle des Wahlgesetzes. Die tschechische Verfassung setzt nur allgemein fest, dass die Abgeordneten des Abgeordnetenhauses nach dem Prinzip des Verhältniswahlsystems gewählt werden; bei der Wahl der Abgeordneten des Senats wird das Mehrheitswahlrecht angewendet. Die Konkretisierung dieser Wahlmechanismen überlässt sie dem Wahlgesetz. Aus Gründen, die ich später noch ansprechen werde, wurde im Parlament die Regelung des Wahlgesetzes für das Abgeordnetenhaus so beschlossen, dass seine Mehrheitselemente gestärkt wurden. Infolge dieser Änderungen, die gewissermaßen die Proportionalität des Wahlsystems schwächen, sollte die Stellung von Parteien mit einer größeren Wählerunterstützung bei der Distribution von Mandaten im Abgeordnetenhaus verbessert werden. Das angenommene Gesetz wurde sowohl vom Präsidenten, als auch von einigen kleineren Parteien angefochten. Nun muss das Verfassungsgericht entscheiden, ob der Wahlmechanismus im Einklang mit der Verfassung immer noch der eines Verhältniswahlsystems ist. Dieser Fall zeugt von der bedeutungsvollen Funktion, die das Verfassungsgericht im tschechischen politischen System gewonnen hat, von den unbestreitbaren Vorteilen aber auch Risiken hinsichtlich der politischen Verantwortung, was aber nicht nur in Tschechien der Fall ist. Weder die Regelungen noch die Veränderungen des Wahlsystems sind Phänomene, die in konsolidierten Demokratien nicht auch zu finden sind. Von diesem Gesichtspunkt aus könnte behauptet werden, dass das tschechische politische System auf der konstitutionellen Ebene bereits vergleichbar konsolidiert ist.

Als zweite Konsolidierungsphase wird die Ebene der Interessengruppen und politischen Parteien abgegrenzt. In der Fachliteratur wird oft darauf hingewiesen, dass die Parteiensysteme in den sich transformierenden Ländern schneller und besser strukturiert wurden, als das System der Interessengruppen (vgl. Juchler 1994). Dies gilt auch für die Tschechische Republik, auch wenn die Disproportion zwischen dem System der organisierten Interessen und jenem der parteipolitischen Interessen weniger in struktureller denn in funktioneller Hinsicht besteht.

Das System der politischen Parteien formierte sich in mehreren Phasen. Die erste dauerte vom November 1989 bis zu den ersten freien Wahlen im Juni 1990, als sich die Fundamente des parteipolitischen Systems bildeten, wobei das Bürgerforum eine dominante Stellung in der tschechischen politischen Szene innehatte. Die weitere Phase dauerte bis Juni 1992, als sich nach dem Zerfall des Bürgerforums seine Nachfolgeorganisationen zu formieren begannen. Unter ihnen kam es zu einem Kampf um die Position innerhalb des parteipolitischen Spektrums. Die dritte Phase dauerte bis Juni 1996, als sich stufenweise die Gestalt der Linken, Rechten und der politischen Mitte strukturierte. In der tschechischen politikwissenschaftlichen Literatur wird diese Zeit manchmal als die Zeit der Stabilisierung des parteipolitischen Systems bezeichnet. Allerdings will man mit dem Begriff Stabilisierung nicht die Tatsache bezeichnen, dass die Form der einzelnen parteipolitischen Subjekte bereits klar war, sondern dass bis zu den Wahlen im Jahre 1996 prinzipiell die Struktur des parteipolitischen Spektrums entschieden war. Damit stand fest, wer im „rechten“ und „linken“ Teil des politischen Spektrums dominieren wird (Fiala/Mareš/Pšeja 1999: 269-285). Nach dem Jahr 1996 könnten wir zwar weitere Phasen der Entwicklung der politischen Parteien und ihres Systems unterscheiden, aber einige Schlüsselmomente bleiben aus der Sicht der Struktur dieses Systems bereits konstant. Dies drückt sich in der Gestalt des parteipolitischen Spektrums nach den letzten Parlamentswahlen im Jahre 1998 aus. Fünf politische Parteien sind im Parlament vertreten: die Tschechische sozialdemokratische Partei, die Bürgerliche demokratische Partei, die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens, die Christlich-demokratische Union/Tschechoslowakische Volkspartei und die Union der Freiheit. Mit Ausnahme der Union der Freiheit haben alle diese Parteien im tschechischen parteipolitischen System spätestens seit dem Jahre 1991 eine relevante Stellung, wobei die Kommunistische Partei und die Volkspartei bereits in der Zeit der kommunistischen Diktatur existierten. Neu gegründet ist lediglich die Union der Freiheit, die als Folge der Regierungskrise nach dem Zerfall der zweiten Mitte-Rechts Regierung von Václav Klaus im Jahre 1997 entstanden ist. Sie hat im politischen System „funktionsmäßig“ die Bürgerliche demokratische Allianz ersetzt, die bei den Parlamentswahlen des Jahres 1998 erfolglos geblieben war.

Wenn wir uns das gegenwärtige System der tschechischen politischen Parteien vereinfacht betrachten, können wir es auf folgende Weise beschreiben: Im rechten Teil des Spektrums ist die konservativ-liberale Bürgerliche demokratische Partei vorherrschend (sie hat 28% der Wählerstimmen bei den letzten Parlamentswahlen erhalten), ergänzt von der liberalen Union der Freiheit (die knapp unter der Grenze von 9% lag). Im linken Teil des Spektrums dominiert die Tschechische sozialdemokratische Partei (ungefähr 32%), deren linksorientierte Konkurrenz die nicht transformierte Kommunistische Partei Böhmens und Mährens darstellt (mit einem Stimmengewinn von 11%). Diese vier Parteien

werden durch den traditionellen Bestandteil des parteipolitischen Systems, die Christlich-demokratische Union/Tschechoslowakische Volkspartei (mit 9% der Wählerstimmen) ergänzt, die gegenwärtig ungefähr die Mitte des parteipolitischen Systems repräsentiert. Mit anderen Worten: das tschechische parteipolitische System hat eine einfache Struktur, da sowohl auf der rechten, als auch auf der linken Seite nur ein dominantes Subjekt von jeweils einer politischen Partei ergänzt wird und die christlichen Demokraten sich in der Mitte mit einem großen Koalitionspotential bewegen (von beiden Seiten). Das Funktionieren dieses Systems ist natürlich nicht so einfach wie seine Struktur, aber für weitere Einzelheiten gibt es in diesem Übersichtsbeitrag keinen Raum (Strmiska 1999: 162-169).

Für das tschechische Parteiensystem können zwei Tatsachen hervorgehoben werden: dieses System ist im mitteleuropäischen Kontext in einem beträchtlichen Masse insofern spezifisch, als es hier eine nichttransformierte kommunistische Partei gibt, die bisher nicht versucht hat, sich selbst in eine modernere Partei umzubilden. Das hat unter anderem auch zur Folge, dass das Koalitionspotenzial der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens praktisch gleich Null ist. Für die sogenannten demokratischen Parteien ist eine dauerhafte Zusammenarbeit mit ihr aus vielen Gründen nicht akzeptabel. Dies bewirkt, dass im tschechischen parteipolitischen System die „linke“ und „rechte“ Koalition nicht alternieren kann, wie es sich aus einer oberflächlichen Betrachtung der Struktur des tschechischen Systems ergeben könnte. Die tschechischen Sozialdemokraten im linken Teil des Spektrums haben keinen Partner, und ihre Wahlsiege reichen in der Regel nicht dazu aus, eine Mitte-Links Regierung zu bilden (Fiala/Holzer/Mareš/Pšeja 1999). Die zweite Bemerkung betrifft die Tatsache, dass nach den Parlamentswahlen im Jahre 1998 keine rechtsextrem orientierte Partei im Parlament vertreten ist, weil es den tschechischen Republikanern (die Vereinigung für die Republik-Republikanerpartei der Tschechoslowakei) nicht gelang, die Fünfprozentklausel zu überwinden. Es erscheint unwahrscheinlich, dass sie aus einer mittelfristigen Perspektive erneut eine relevante politische Kraft werden könnten.

Aus dieser Perspektive können wir im Prinzip das tschechische parteipolitische System als konsolidiert charakterisieren, unter dem Vorbehalt, dass dies eine weitere Entwicklung nicht ausschließt, wie sie auch für die Parteiensysteme in etablierten westlichen Demokratien typisch ist.

Weitaus geringer erfolgte eine Konsolidierung des Systems der Interessengruppen in der Tschechischen Republik, das wir aus struktureller Perspektive bereits als fertig ausgebildet, aus funktioneller Sicht aber immer noch nicht als voll entwickelt bezeichnen können. Die Interessengruppen sind oft auf der Suche nach den Mechanismen ihrer politischen Wirkung sowie den optimalen Adressaten ihrer Aktivitäten und der Art und Weise, wie sie sich auf dem Gebiet

der politischen Entscheidung bewegen sollen. Im Unterschied zur Situation in den entfaltetten europäischen Demokratien wurde lange Zeit eher das Parlament als das politisch-administrative System Adressat des ausgeübten Drucks einer Reihe von tschechischen Interessenorganisationen. Dabei ist bewiesen, dass gerade die Wirkung auf den Apparat der einzelnen Ministerien, also direkt an den Stellen, an denen die meisten politischen Entscheidungen vorbereitet werden, die wirksamste Weise der Durchsetzung eigener Forderungen darstellt. Dass jedoch Gruppen im Begriff sind, von dieser Form einer Wirkung durch die Interessengruppen immer mehr Gebrauch zu machen, äußert sich bereits in einigen Subsystemen der Interessengruppen (landwirtschaftliche Interessengruppen, Gruppen im Bereich der Umwelt und ähnliche). Man kann voraussagen, dass es gerade im Bereich der Methoden der Beeinflussung politischer Entscheidungen und der Frage der Auswahl von Adressaten durch die tschechischen Interessengruppen noch zu gewissen Verschiebungen kommen wird.

Wenn wir eingehender die einzelnen Typen der Interessengruppen und ihre relevanten Vertreter betrachten, so stellen wir fest, dass sich in der Tschechischen Republik sehr früh eine Struktur organisierten Interesses gebildet hat, die in mancher Hinsicht der Systemstruktur umliegender Staaten (zum Beispiel in der BRD) ähnelt. Dies ist nicht nur durch ähnliche politisch-kulturelle Muster vorgegeben, sondern auch durch einige soziale Faktoren. Keine geringe Rolle spielen hier auch die historischen Aspekte. Neben strukturellen Ähnlichkeiten ergeben sich weitere Analogien, z.B. eine Übereinstimmung darin, welche Typen von Interessengruppen zu den politisch einflussreichen angehören.

Einen bedeutenderen politischen Einfluss hat nur ein geringer Anteil der mehr als fünfzigtausend verschiedenen Vereine, Vereinigungen und Verbände, die auf dem Gebiet der Tschechischen Republik tätig sind. Ähnlich wie in anderen Ländern gilt auch hier, dass hinsichtlich der Durchsetzung ihrer Forderungen die Interessengruppen zu den erfolgreichsten gehören. Sie verfügen über die Fähigkeit, ökonomischen Druck zu entfalten, und sind dabei auch gut organisiert. Zu den politisch einflussreichsten organisierten Interessen gehören erwartungsgemäß die Sozialpartner, wie Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände. Hauptvertreter der Arbeitnehmer ist die Tschechisch-Mährische Konföderation der Gewerkschaftsverbände (CMKOS). Als Dachorgan vereinigt sie eine Reihe von Gewerkschaftszentralen und hat bereits sehr bald die Schlüsselstellung im Rahmen der Gewerkschaftsbewegung eingenommen. Ähnlich wie in ausländischen Dachorganisationen der Gewerkschaften gibt es innerhalb der Gewerkschaftskonföderation eine deutliche Tendenz der Dominanz einiger starker Gewerkschaftsverbände, wie die des Gewerkschaftsverbandes Kovo (Metallverarbeitungsbranche) oder die der Gewerkschaften im Bereich des Eisenbahnverkehrs oder Bauwesens. Die politische Stellung der Konföderation wird durch

ihre Teilnahme in der Tripartität gestärkt, in der ihre Partner die Vertreter der Arbeitgeberverbände sind. Neben dem Unternehmerverband gehört der Industrie- und Verkehrsverband der CR, der unter anderem die bedeutendsten Industrieunternehmen vereinigt, zu den politisch einflussreichsten.

Als Gruppen mit einer hohen Effektivität bei der Durchsetzung ihrer Forderungen profilieren sich jene Gruppen, die zu den berufsmäßigen und handwerklichen Ständeorganisationen gehören. Im Rahmen dieses Typus gilt dies, wie in anderen europäischen Ländern auch, vor allem für die landwirtschaftlichen Interessengruppen. Ihr Einfluss hat sich nach der Gründung der Agrarkammer, die eine wichtige Integrations- und Koordinationsfunktion unter sehr ungleichartigen landwirtschaftlichen Nötigungsorganisationen spielt, weiter vergrößert. Wegen der geringeren Bedeutung der tschechischen Landwirtschaft im Rahmen der wirtschaftliche Gesamtstruktur - im Unterschied zu anderen mitteleuropäischen Transformationsländern - sind die tschechischen landwirtschaftlichen Interessengruppen jedoch nicht so einflussreich (Fiala/Kriz 1997).

Eine spezifische Gruppe stellen die sogenannten Verbände der Geschädigten dar. Die übliche Form dieser Verbände bilden in den europäischen Ländern Gruppen von Personen, die durch die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs oder in der Zeit unmittelbar danach geschädigt wurden. Bei uns betrifft dies zum Beispiel der Verband der Freiheitskämpfer oder der Verband der Totaleingesetzten und ähnliche. Eine neue Form der Geschädigtenverbände stellen diejenigen Organisationen dar, welche die Opfer der kommunistischen Diktatur vertreten (in der Tschechischen Republik gehört die Konföderation der politischen Gefangenen zu den bekanntesten). Obwohl in den Geschädigtenverbänden in der Regel ältere Bürger organisiert sind und ihre Hauptaufgabe im Bereich der Durchsetzung der sozialen Hilfe zugunsten der eigenen Mitglieder liegt, ist ihre Fähigkeit ökonomischen Druck auszuüben verhältnismäßig gering. Trotzdem sollte ihr politischer Einfluss nicht unterschätzt werden, da sie oft imstande sind durch ihren „Moralkredit“ die öffentliche Meinung zu beeinflussen, indem sie zum Beispiel Druck auf die Außenpolitik ausüben. Dies wird an den tschechisch-deutschen Beziehungen und der Frage der Zwangsarbeiterentschädigung deutlich (Fiala 1997a).

Der letzte Interessengruppentypus, den ich erwähnen will, umfasst die Organisationen mit gesamtgesellschaftlichen Zielen. Hierzu gehören vor allem verschiedene Bürgerinitiativen, die sich ökologischen Problemen widmen (zum Beispiel Duha/der Regenbogen, Deti zeme/die Kinder der Erde, Greenpeace). Die politische Bedeutung dieser Gruppen ist bei uns immer deutlich sichtbar, nicht nur, weil diese Gruppen oft Protestaktionen veranstalten, die ihnen eine erhebliche Aufmerksamkeit der Massenmedien sichern, sondern auch weil sie in zunehmendem Maß effektiven Druck auf die politischen Institutionen ausüben.

Im Hinblick auf die ungenügende Anzahl von politikwissenschaftlichen Teilanalysen ist es sehr schwer, eine Gesamtauswertung durchzuführen und weitere Tendenzen vorherzusagen. Auch auf die Antwort, ob sich das System der organisierten Interessen in der CR eher dem pluralistischen oder dem neokorporatistischen Modell nähert, werden wir noch einige Zeit warten müssen. Gewisse Tendenzen lassen aber auch in dieser Angelegenheit wenigstens Hypothesen zu. Es ist offenkundig, dass es in der Tschechischen Republik keine Bedingungen für die Herausbildung eines überwiegend korporatistischen Modells der Interessenvermittlung gibt, wie wir es aus Österreich, den skandinavischen Ländern oder - in einer modifizierten Gestalt - den Niederlanden kennen. Genauso ist es hinsichtlich der politisch-kulturellen Determinanten nicht denkbar, dass hier ein striktes pluralistisches Modell gebildet wird, wie es einige angelsächsische Ländern praktizieren. Die wahrscheinlichste Variante ist ein gemischtes, vorwiegend pluralistisches Modell mit einigen korporativen Zügen. In welchem Ausmaß allerdings die korporativen Elemente vertreten sein werden, kann nur schwer beurteilt werden (Fiala 1997b).

Die dritte Ebene der Konsolidierung ist die Verhaltenskonsolidierung bei „informellen“ politischen Akteuren wie Militär, Unternehmer oder radikale Gruppen. Klaus von Beyme merkt dazu an, dass diese Konsolidierung zum Beispiel in Spanien bis Ende der achtziger Jahre nicht gesichert war, fügt aber gleichzeitig hinzu, dass in den Ländern wie der Tschechischen Republik, Ungarn oder Polen diese Konsolidierung im Prinzip durchgeführt ist (Beyme 1999: 299). Dieses Kriterium ist nicht einfach messbar. Ein gewisser indirekter Indikator kann hier das Vertrauen der Bürger zu diesen Institutionen sein. In der Tschechischen Republik wächst zum Beispiel das Vertrauen zur Armee kontinuierlich an; Ende 1999 sprachen 45 % der Befragten der Armee ihr Vertrauen aus, während 44% negativ geantwortet haben (IVVM 1999).

Noch schwieriger kann die vierte Ebene in Worte gefasst werden, nämlich die Konsolidierung der Bürgergesellschaft, die - mit den Worten von Klaus von Beyme ausgedrückt - in der Regel eine Generation benötigt. Ich kann mich nicht auf die Diskussion über die Bürgergesellschaft einlassen, weil es sich hier um keinen eindeutigen Begriff handelt. Überdies hängt er in einem beträchtlichen Maß mit der zweiten Ebene der Konsolidierung zusammen, also mit der Etablierung des Systems der Interessengruppen. Ich möchte hierzu nur anmerken, dass aus den Gründen, die ich später ansprechen werde, die Diskussion über die Bürgergesellschaft in den letzten vier Jahren in der Tschechischen Republik ein Bestandteil der politischen Debatte war; dieser Frage wurde in keinem anderen sich transformierenden Land solch große Aufmerksamkeit gewidmet (vgl. Fiala 1999b).

Diese vier Phasen der Konsolidierung, die ich am Beispiel der Situation in der Tschechischen Republik anzuwenden versucht habe, sind sehr allgemein und

man kann sie nur im Rahmen eines Vergleichs der sich transformierenden und konsolidierenden Ländern verwenden. Deshalb werden in der politologischen Fachliteratur weitere Schlüsselindikatoren zur Beantwortung der Frage genannt, ob das demokratische System für ein konsolidiertes System charakterisiert werden kann (Beyme 1999: 299-300).

1. Einer dieser Indikatoren ist die Frage, ob wenigstens zwei Parlamentswahlen abgehalten wurden, ohne dass Gewalt „von oben oder von unten“ ausgeübt wurde. In der Tschechischen Republik haben schon vier Parlamentswahlen stattgefunden, in den Jahren 1990, 1992, 1996 und 1998; also kann dieses Kriterium für erfüllt gehalten werden.
2. Das zweite Kriterium betrifft die Akzeptanz von Machtwechseln durch die politischen Lager. Von diesem Gesichtspunkt aus ist es im Bereich der tschechischen Politik bereits im Jahre 1992 zu einer gewissen Änderung gekommen, als die Regierung zum ersten Mal von der Mitte-Rechts Koalition der konservativ-liberalen und christlich-demokratischen Parteien gebildet wurde. Zu einer weiteren wesentlichen Änderung kam es im Jahre 1998, als die Regierung zum ersten Mal von den Sozialdemokraten gebildet wurde. Obwohl die Sozialdemokratie - hinsichtlich des oben beschriebenen „Null-Koalitionspotenzials“ der kommunistischen Partei - nur dank der Toleranz der rechtsorientierten Bürgerlichen Demokratischen Partei regieren konnte. Auf das Problem dieser Eigenschaft wird in der Literatur bereits hingewiesen. Bei einer strikten Geltendmachung könnte die Bundesrepublik Deutschland erst ab der zweiten Hälfte der sechziger Jahre als konsolidierte Demokratie bezeichnet werden; Frankreich erst ab dem Jahr 1981 und Italien sogar erst ab dem Jahr 1994 (Beyme 1999:299).
3. Ein weiterer Indikator umfasst die Tatsache, dass keine größere Fluktuation der Wähler stattfindet. Auch vom Gesichtspunkt dieses verhältnismäßig vagen Indikators aus wäre es möglich, die tschechische politische Szene als konsolidiert zu bewerten. In Anbetracht der im großen und ganzen kontinuierlichen Entwicklung des parteipolitischen Systems ist die Wählerfluktuation mit der in den Parlamentssystemen westlicher Demokratien vergleichbar.
4. Als weiterer Indikator der Konsolidierung wird die Nichtexistenz von größeren, dem System gegenüber feindlich gesinnten Parteien betrachtet. Bei der Anwendung dieses Indikators auf die tschechische Wirklichkeit müssen wir noch die Frage beantworten, ob die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens eine Antisystempartei ist oder nicht. Hinsichtlich der Tatsache, dass es sich um eine nicht transformierte kommunistische Partei handelt, ist deren Verhältnis zum demokratischen politischen System in einem beträchtlichen Maße bereits definiert. Ein Beweis ihrer Anti-Systemhaltung könnten auch die Stellungnahmen ihrer Wähler, ihr ideolo-

gischer Hintergrund usw. sein. Auf der anderen Seite sind die Repräsentanten der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens hauptsächlich im Bereich ihrer parlamentarischen Arbeit besonders in den letzten zwei Jahren um pragmatischere Einstellungen und ein Entgegenkommen gegenüber den Sozialdemokraten bemüht. Der Weg der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens zu einer das heutige politische System und Regime akzeptierenden Partei ist zwar aus der kurzfristigen Perspektive unwahrscheinlich, aus einer langfristigeren Sicht aber kann diese Partei durchaus nicht ausgeschlossen werden (Fiala/Holzer/Mareš/Pšeja 1999: 303-304).

5. Der letzte Indikator einer Konsolidierung betrifft die Internalisierung der Spielregeln des parlamentarischen Systems bei der Mehrheit der Bevölkerung als „the only game in town“, wie es Juan Linz geäußert hatte (Beyme 1999:299). Diese Bedingung ist in der Tschechischen Republik erfüllt, wovon indirekt die Verwendung von Charakteristiken zeugt, wie zum Beispiel die Akzeptanz des demokratischen Systems, die Ablehnung der autoritären Elemente in der Politik, aber auch die Teilnahme an den Wahlen, die Stimmengewinne für die demokratischen politischen Parteien und ähnliches (Juchler 1997: 906).

Nichtsdestoweniger erwiesen sich nicht einmal diese klassischen Indikatoren der Konsolidierung in der transitologischen und konsolidologischen Literatur als ausreichend, und zwar vor allem wegen ihrer zu großen Allgemeinheit. Deshalb wurden noch weitere, detailliertere Indikatoren gebildet, die zeigen sollen, ob die demokratischen „Spielregeln“ akzeptiert werden. Als diese detaillierte Indikatoren wurden folgende bestimmt:

- Durchsetzung der Solidarität der Minister und klarer Verantwortungsstrukturen;
- Akzeptanz der politischen Verantwortung statt der Ministeranklage und der Verlagerung politischer Konflikte in die Justiz;
- Reduzierung der Befugnisse des Staatsoberhauptes in der Gesetzgebung, der Regierungsbildung, und bei der Entlassung der Regierung;
- Reduzierung der Funktionen der zweiten Kammer und die Demokratisierung des Wahlmodus, soweit noch eine annähernde Symmetrie zwischen den beiden Kammern besteht;
- Akzeptanz der Parteien als Klammer zwischen Regierung und Parlamentsmehrheit und die Akzeptanz von Parlamentariern als Berufspolitiker, die durch ein gewisses Maß an finanzieller Kompensation ihres Einsatzes durch Diäten gegen finanzielle Versuche von außerhalb des Parlaments geschützt werden müssen (Beyme 1999:300).

Wenn über diese verbesserten Kriterien einer Konsolidierung nachgedacht wird, stellt sich die Frage, ob hier die politische Wissenschaft nicht zu anspruchsvoll ist. Streng genommen würden diese Kriterien nicht viele der etablierten westlichen Demokratien restlos erfüllen. Ich werde sie hier jedoch als ein gewisses Vergleichsschema anwenden und versuche nun die Situation in der Tschechischen Republik mit diesen detaillierten Indikatoren zu vergleichen. Dabei spreche ich auch die politischen und politisch-kulturellen Probleme an, die es heutzutage in der Tschechischen Republik gibt.

Die Tschechische Republik hat durch das Anknüpfen an die Traditionen der parlamentarischen Demokratie der Zwischenkriegszeit und durch die Festlegung der Funktion des Präsidenten, der nicht in einer Direktwahl gewählt wird und dessen Befugnisse begrenzt sind, einige Probleme vermeiden können, welche die semi-präsidentiellen Systeme einiger anderer mitteleuropäischer Länder erlebten. Die Institution des tschechischen Präsidenten, dessen Befugnisse eher denen des deutschen Präsidenten ähnlich sind, ist so konstruiert, dass der Präsident nicht in die alltägliche Politik eingreift, sondern Funktionen ausübt, die mehr im Bereich der Repräsentation und Kontrolle liegen.

Das Amt des tschechischen Präsidenten übte bisher lediglich ein Politiker aus, nämlich Vaclav Havel. Havel kann sich als charismatische Persönlichkeit nicht nur auf die Autorität des Präsidentenamtes, sondern auch auf seine persönliche Autorität stützen, die auf seiner Vergangenheit beruht. Vaclav Havel wird mit Recht als ein Symbol des Widerstands gegen das kommunistische Regime empfunden. Als die entscheidende Gestalt der sanften Revolution und als erster Präsident der Tschechoslowakei wird er im Ausland außerordentlich geachtet und erfreut sich eines nie da gewesenen Vertrauens innerhalb der Bevölkerung. Es ist kein Zufall, dass in den Meinungsumfragen immer noch mehr als 50% der Befragten ihr Vertrauen zur Institution des Präsidenten äußern, obwohl das Vertrauen in die politischen Institutionen insgesamt kontinuierlich sinkt. Im Vergleich zu allen Verfassungsinstitutionen erfreut sich der Präsident des größten Vertrauens (IVVM 2000). Vaclav Havel ist auch ein Politiker, der sich nicht mit einem formalen Vollzug der Präsidentenbefugnisse begnügt, sondern den Anspruch hat, die tschechische Politik weitreichend zu beeinflussen. Es ist daher kein Wunder, dass es zwischen ihm und den Vertretern der starken politischen Parteien, die sich zur Realisierung der täglichen Politik durch die Wählerstimmen legitimiert sehen, oft zu Kontroversen kommt. Diese Spannung zwischen einem formal schwachen Präsidentenamte, das jedoch von Vaclav Havel, mit seiner außergewöhnlichen politischen und persönlichen Autorität ausgeübt wird einerseits und dem Parlament und der Regierung andererseits, stellt in den letzten Jahren eines der problematischen Momente der tschechischen Politik dar. Dies fand seinen Ausdruck in der Diskussion über die Verfassungsänderungen und die Regelung der Befugnisse des Präsidenten. Diese

Diskussion wurde bald personifiziert und anstatt sachlicher Argumente wurde sie in den Massenmedien auf der Ebene „pro oder contra“ Vaclav Havel interpretiert.

Es könnten mehrere ähnliche Beispiele gefunden werden. Ich möchte nur das Beispiel der teilweise „unpolitischen“ Regierung von Josef Tošovský im Jahre 1998 nennen, das anschaulich gezeigt hat, wie sich ein Teil der politischen Elite, die über kein zureichendes Wählermandat verfügte, auf die Autorität und Hilfe von Vaclav Havel verlassen hat (Daněšák/Hloušek/Urubek 1999: 75-81). Anfang 2003 endet die zweite Amtsperiode, in der Vaclav Havel als tschechischer Präsident tätig war, und erst danach wird sich die reale Funktion des Präsidentenamtes im Verfassungssystem der Tschechischen Republik voll zeigen.

Bei den Indikatoren der Konsolidierung wird auch über die zweite Kammer des Parlaments gesprochen und darüber, dass sie zum einen mit beschränkten Rechtsbefugnissen ausgestattet sein soll und zum anderen ein unterschiedliches Wahlsystem als die erste Kammer haben soll. Diese „Prinzipien“ erfüllt die zweite Kammer des tschechischen Parlaments restlos. Trotzdem gehört der im Jahre 1996 konstituierte Senat, der in Einmandatbezirken alle zwei Jahre ein Drittel der Abgeordneten für sechs Jahre durch das absolute Mehrheitssystem gewählt wird, zu den problematischsten Verfassungsinstitutionen. Die zweite tschechische Kammer ist nämlich nicht an die regionale Gliederung der Tschechischen Republik angebunden und wegen ihrer beschränkten Rolle im Bereich des legislativen Prozesses kann sie die Bevölkerung nur mit großer Mühe von ihrer Nützlichkeit überzeugen. Dies beweist ein andauernd niedriges Vertrauen der Bevölkerung, das nicht nur in der mäßigen Beteiligung an den Senatswahlen, sondern sehr überzeugend auch in verschiedenen Meinungsumfragen seinen Ausdruck findet. Das Vertrauen in den Senat bewegt sich stets unter der Grenze von 20% und es ist unwahrscheinlich, dass sich mittelfristig diese Situation ändern wird (IVVM 2000). Allerdings ist die Diskussion über die Funktion der zweiten Kammer ein alltäglicher Teil politischer Debatten in demokratischen Staaten.

Als größtes Problem der tschechischen Politik der letzten Jahre kann die Tendenz angesehen werden, dass Teile der intellektuellen und politischen Elite die Funktion der politischen Parteien im demokratischen System anfechten und den Widerwillen gegen die alltägliche Politik äußern. Auch die Massenmedien übernehmen diese Entwicklung. Mit unspezifischen Parolen über die Zivilgesellschaft, über einen neuen politischen Stil und ähnliches, kehrt hier eine Idee von nicht näher spezifizierten breiten intellektuellen Bewegungen vom Anfang der neunziger Jahre zurück, die alles bereinigt, was in der Politik unvollkommen und unrein ist. Diese Diskussion erreichte in den letzten zwei Jahren ein Ausmaß, das den üblichen Rahmen ähnlicher Diskussionen sowohl in anderen westlichen Ländern übersteigt, als auch in den sich transformierenden Ländern

Mitteleuropas wie Ungarn oder Polen. Der Zweifel an den Schlüsselinstitutionen des demokratischen politischen Systems ist um so schwerwiegender, als es in der Tschechischen Republik im Unterschied zur hohen Akzeptanz des demokratischen politischen Systems ein verhältnismäßig niedriges Vertrauen zu seinen einzelnen Institutionen gibt. In diesem Jahr bewegte sich das Vertrauen zur Regierung um die 30% und das Vertrauen zum Abgeordnetenhaus sogar nur um 20%, was übrigens ein Dauerzustand darstellt. Berücksichtigen wir beispielsweise die Tatsache, dass das Vertrauen der Öffentlichkeit zur Justiz auf Dauer nicht einmal 35% erreicht und ungefähr mit dem Vertrauen zu den Gewerkschaften vergleichbar ist (IVVM 1999, 2000), dann ist ein kontinuierliches Bezweifeln der Funktionen der politischen Parteien in der demokratischen Gesellschaft als ein schwerwiegendes Problem anzusehen.

Ich habe versucht, den Stand der politischen Transformation der Tschechischen Republik zu skizzieren und die Stufe der Konsolidierung des politischen Systems mit Hilfe der in der Fachliteratur für relevant gehaltenen üblichen Kriterien und Indikatoren zu messen. Wenn ich das Ergebnis einer solchen Analyse zusammenfassen sollte, dann müsste ich feststellen, dass aus dieser Sicht - trotz aller Probleme - die Tschechische Republik eher als eine konsolidierte Demokratie charakterisiert werden kann, als für ein sich transformierendes politisches System. Diese Feststellung bedeutet jedoch bei weitem nicht, dass sich die Tschechische Republik restlos in allen politischen und gesellschaftlichen Aspekten mit den heutigen westlichen Demokratien vergleichen kann und es wäre wirklich naiv, so etwas zehn Jahre nach dem Sturz der kommunistischen Diktatur zu erwarten. Das folgende Beispiel soll dies illustrieren: Es wäre sicher problematisch, die Tschechische Republik mit dem gegenwärtigen Großbritannien oder Deutschland zu vergleichen. Wird sie jedoch mit dem Spanien an der Wende der achtziger Jahre verglichen, so ist die Tschechische Republik aussagekräftiger. Spanien allerdings war damals bereits Mitglied der EU und seine erfolgreiche Demokratisierung bezweifelte niemand. Hinsichtlich der inneren Demokratisierung und Konsolidierung der demokratischen politischen Ordnung verhält es sich in der Tschechischen Republik nicht schlechter. Ob es ihr aber gelungen ist, ihre Nachbarn und weitere demokratische Länder davon zu überzeugen, das ist schon eine andere Frage.

Literatur:

Beyme, K.v. (1999): Osteuropaforschung nach dem Systemwechsel. Der Paradigmawandel der „Transitologie“, in: Osteuropa 3/99, S. 285-304.

Crawford, B.; Lijphart, A. (1995): Explaining Political and Economic Change in Post-Communist Eastern Europe. Comparative Political Studies, Jul 95, Vol. 28, Iss. 2, S. 171-200.

Dančák, B.; Hloušek, V.; Urubek, T. (1999): Česká republika, in: *Dančák, B. (ed.):* Integrovaní pokusy ve středoevropském prostoru II. Brno: Masarykova univerzita, S. 69-102.

Fiala, P. (1994): Der tschechoslowakische Föderalismus. Eine Analyse der Krise eines föderativen Systems, in: Evers, T. (Hrsg.): Chancen des Föderalismus in Deutschland und Europa. Baden-Baden: Nomos 1994, S. 209-216.

Fiala, P. (1997a): Interessen und Außenpolitik. Politische Parteien und organisierte Interessen als relevante Faktoren der Außenpolitik der Tschechischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, in: Höhne, S.; Nekula, M. (Hg.): Sprache, Wirtschaft, Kultur: Deutsche und Tschechen in Interaktion. München: Iudicium, S. 31-44.

Fiala, P. (1997b): Funkce zájmových skupin v politickém systému ČR, in: Parlamentní zpravodaj 10/96-97, S. 525-528.

Fiala, P. (1999a): Die katholische Kirche im postkommunistischen Transformationsprozess der Tschechischen Republik, in: Středoevropské politické studie, (www.iips.cz) č. 1/1999, S. 1-10.

Fiala, P. (1999b): Die Situation der Staatsphilosophie und der Sozialphilosophie in der Tschechischen Republik, in: KAS/Auslandsinformationen 07/99, S. 94-104.

Fiala, P.; Holzer, J.; Mareš, M.; Pšeja, P. (1999): Komunismus v České republice. Brno: Masarykova univerzita.

Fiala, P.; Kříž, Z. (1997): Metody a strategie prosazování požadavků zemědělských zájmových skupin v ČR. Sborník Vojenské akademie v Brně. Řada C-D (aplikované sociální a ekonomické vědy), 1/97, S. 22 - 36.

Fiala, P.; Mareš, M.; Pšeja, P.: Development of Political Parties and the Party System, in: Večerník, J.; Matějů, P. (eds.): Ten Years of Rebuilding Capitalism: Czech Society after 1989. Praha: Academia 1999, S. 273-294.

IVVM (1999): Jak občané důvěřují některým institucím veřejného života. Institut pro výzkum veřejného mínění, listopad 1999, Praha.

IVVM (2000): Důvěra ústavním institucím. Institut pro výzkum veřejného mínění, 3.7.2000, Praha.

Juchler, J. (1994): Schwierige Demokratisierungsprozesse. Zur politischen Entwicklung in den Reformländer Osteuropas, in: Osteuropa 2/94, S. 125-141.

Juchler, J. (1997): Probleme der Demokratisierung in den osteuropäischen Transformationsländern, in: Osteuropa 9/97, S. 898-913.

Strmiska, M. (1999): Utváření českého multipartismu: příběh na pokračování, in: Politologický časopis 2/99, S. 162-169.

Urubek, T. (1998): Česká republika, in: Dančák, B. (ed.): Integrovaní pokusy ve středoevropském prostoru I. Brno: Masarykova univerzita, S. 25-42.

Der slowakische EU-Beitritt aus der Sicht der politischen Eliten und der Bürger

Peter Bačák

Ich möchte Sie mit der Slowakei als einem Kandidatenland für den Beitritt in die EU bekannt machen und die Sicht der politischen Eliten, der Regierung sowie auch unserer Bürger zum EU-Beitritt verdeutlichen. Ich bin mir bewusst, welche prinzipielle Bedeutung die Idee der europäischen Einheit für die moderne Geschichte von Deutschland hat, und ich bin mir sicher, dass auch mein Land diesen Weg beschreiten wird.

Die slowakische Regierung sieht die Mitgliedschaft in der EU nicht als Selbstzweck. Die Erweiterung ist sehr wichtig als politischer Stabilisator, vor allem aber als Weg zu einem modernen Wirtschafts- und Rechtssystem, zu einer Gesellschaft, die jedem ihrer Mitglieder ermöglicht, sich frei zu entfalten und zu verwirklichen.

Wir sind davon überzeugt, dass die Erweiterung der EU um die Slowakei nicht nur unserem Land Vorteile brächte, sondern dass auch die EU und Deutschland davon profitieren werden. Ein demokratisches und friedliches Europa, das die Prinzipien des Rechtsstaates und die Menschenrechte achtet und die Minderheiten schützt, ist im Interesse aller.

Dass die Erweiterung auch wirtschaftlich sinnvoll ist und zur Vergrößerung des gemeinsamen Wohlstandes führt, bestätigen die bereits jetzt schon sehr zahlreichen Studien und wissenschaftlichen Untersuchungen. Die Migration der Arbeitskräfte wird sich durch die Aussicht auf baldigen Aufschwung im eigenen Land, durch niedrige Mobilität und sprachliche Barrieren in Grenzen gehalten. Das ist auch für uns wichtig, damit wir nicht unsere mobilsten und qualifiziertesten Arbeitskräfte verlieren. Generell gibt es auf beiden Seiten Ängste, die eher emotional bedingt sind. In der Slowakei besteht beispielsweise die Angst, dass nun die „reichen Deutschen“ Grundstücke und Immobilien aufkaufen; die EU-Länder befürchten eine massive Migration der Arbeitskräfte und eine hohe Anzahl von Pendlern. Die Tatsache, dass es zu keiner großen Migration kommen wird, bestätigen auch die zahlreichen Studien und wissenschaftlichen Untersuchungen. Die Pendler stellen keine große Gefahr dar, weil die slowakischen Grenzregionen die entwickeltesten Teile der Slowakei mit niedriger Arbeitslosigkeit sind. Die Region Bratislava weist eine Arbeitslosigkeit von 4,5% auf, das ist weniger als die Hälfte des EU-Durchschnitts. Dennoch müssen die Ängste ernst genommen und politische Garantien gefordert werden.

Die beste Politik gegen Auswanderung ist der Aufbau der Wirtschaft in den Beitrittsländern, zum Beispiel durch den gemeinsamen Handel. Bereits im Jahre 1998 hat sich unser gemeinsames Handelsvolumen mit Deutschland, verglichen mit dem Jahr 1993, mehr als vervierfacht. Der deutsche Export in die Slowakei war in den Jahren 1998 und 1999 vergleichbar mit dem Export in die EU-Mitgliedsländer Griechenland oder Irland (oder auch Kanada) und betrug etwa die Hälfte des Exports nach Russland. In diesem Jahr entwickelt sich unser Handel weiterhin dynamisch. Die Bundesrepublik ist mit einem Anteil von mehr als 25% an unserem Außenhandel weiterhin wichtigster Handelspartner. Die Handelshemmnisse sind zwar schon fast gänzlich abgebaut, mit dem Beitritt in die EU werden aber der gemeinsame Rechtsrahmen, die Rechtssicherheit sowie die Teilnahme an den gemeinsamen Politiken der EU zur weiteren Dynamisierung der Beziehungen beitragen.

Damit diese Gelegenheiten auch wirklich genutzt werden, muss sich mein Land auf die Mitgliedschaft gut vorbereiten. Das wichtigste Instrument für die Vorbereitung der Slowakei auf die Mitgliedschaft in der EU sind die von uns seit dem 15. Februar 2000 geführten Verhandlungen. Die sorgfältige Administration in Brüssel hat alle Bereiche des politischen, wirtschaftlichen und auch gesellschaftlichen Lebens in 31 Kapitel unterteilt, in denen jetzt über die Angleichung der Slowakei an die Normen der EU verhandelt werden soll. Es gilt der Grundsatz, dass nichts beschlossen ist bis alles beschlossen ist - die Verhandlungen in einem Bereich können bis zur finalen Verhandlungsrunde nur vorläufig abgeschlossen werden.

Die Slowakei war mit dem Verlauf des Beitrittsprozesses in der ersten Hälfte des Jahres 2000, also während der portugiesischen Ratspräsidentschaft, sehr zufrieden. Wir haben Verhandlungen in acht Kapiteln eröffnet und sechs Kapitel wurden bereits vorläufig geschlossen - und zwar die Kapitel Statistik, Kleine und Mittlere Unternehmen, Wissenschaft und Forschung, Bildung und Ausbildung, Außenbeziehungen und Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes über Audiovision und Retransmission vom 4. Oktober 2000 könnte das Kapitel Kultur und Audiovisuelle Politik bereits während der französischen Präsidentschaft geschlossen werden. Im Kapitel Wirtschaftswettbewerb sind weitere Verhandlungen geplant.

Im Halbjahr der französischen Präsidentschaft (2/2000), haben wir bisher vier weitere Kapitel eröffnet und drei geschlossen (Fischerei, Verbraucher- und Gesundheitsschutz und Industrie, im Kapitel Zollunion wird auf das Inkrafttreten des Zollgesetzes gewartet). Wir öffnen noch vier weitere Kapitel (Verkehr, Freier Dienstleistungs- und Freier Kapitalverkehr und Telekommunikation) und wahrscheinlich wird sich bis zum Ende des Jahres auch die Zahl der geschlossenen Kapitel (aktuell sind es neun) vergrößern. Das wird sich bei der Verhandlungsrunde der Außenminister am 21. November 2000 zeigen.

Somit liegt in diesem Jahr mehr als die Hälfte aller Kapitel auf dem Tisch. Was das Tempo der Verhandlungsrunden betrifft, so sind wir etwas beunruhigt. Die Verhandlungsrunden wurden verschoben und sind in einem Abstand von lediglich zwei Wochen vorgesehen. Das gibt uns wenig Zeit für die Reaktion auf die Anmerkungen der EU.

Im nächsten Jahr wollen wir, wie es bei der Luxemburger Gruppe der Fall ist, in allen Kapiteln verhandeln. Deshalb verbinden wir auch viele Erwartungen mit der schwedischen Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte des Jahres 2001, die sich die Erweiterung als ihre Priorität gesetzt hat. Die Landwirtschaft bereitet uns geringe Sorgen, weil dieser Sektor einen relativ kleinen Anteil an der Wirtschaft darstellt; als ein schwieriger Bereich könnte sich zum Beispiel die Umwelt erweisen. Für die EU ist es sehr wichtig, dass es hierbei zu keinen Wettbewerbsverzerrungen kommt.

Wir haben uns vorgenommen, zum 1. Januar 2004 auf den Beitritt in die EU vorbereitet zu sein. Diesen Termin halten wir für durchaus realistisch. Die Zahl der geplanten Übergangsregelungen ist ähnlich wie bei den anderen vergleichbaren Kandidatenländern. Zum Beispiel im Bereich Bodenerwerb ist schon jetzt der Erwerb von Immobilien für ausländische Finanzunternehmen (zum Beispiel Banken, Versicherungen) möglich, und ab Beginn des Jahres 2001 wird es allen ausländischen Unternehmen erlaubt sein, Immobilien (Grundstück und Gebäude) zu kaufen, die sie für ihre unternehmerische Tätigkeit nutzen. Die Übergangsregelung von 5 Jahren gilt für den Zweitwohnsitzerwerb und eine Frist von zehn Jahre für den Erwerb von landwirtschaftlichem und forstwirtschaftlichem Boden. Der Grund für diese Regelung ist der Schutz unserer Bevölkerung vor spekulativen Käufen, die das Preisniveau so anheben würden, dass unsere Bürger vom Bodenerwerb nahezu ausgeschlossen wären. Insgesamt werden wir in nur 6 Kapiteln Übergangsregelungen beantragen.

Bei der Vorbereitung stützen wir uns auf die Beschlüsse des Helsinki-Gipfels, der über die Abschaffung der Teilung der Beitrittsländer in Gruppen entschieden hat. Jedes Land sollte, entsprechend dem jeweiligen Stand seiner Vorbereitung, über sein Beitrittstempo bestimmen. Die Verhandlungsaufnahme mit allen Beitrittskandidaten hat den Erweiterungsprozess offener gemacht. Diese Prinzipien hat auch der EU-Gipfel in Feira bestätigt, der zudem auch das Ziel, im Jahre 2001 möglichst alle Verhandlungskapitel zu öffnen, unterstützte.

Für den Integrationsprozess ist die Zusammenarbeit der Slowakei mit den anderen assoziierten Ländern im Hinblick auf den Erfahrungsaustausch zum bisherigen Verlauf der Annäherung an die EU, aber auch bezüglich ihrer künftigen Koordinierung, von außerordentlicher Wichtigkeit. Die Kooperation im Rahmen der Visegrád-Gruppe wurde intensiver, was sich zuletzt beim informellen Treffen der Ministerpräsidenten am 12. und 13. Oktober 2000 in Karlsbad bestätigt hat. Das korrespondiert mit dem Ziel der Slowakei, zusammen mit den

Visegrád-Ländern der EU beizutreten, was nach unserer Auffassung jedem einzelnen Land Vorteile bringen würde.

Zu der Aufforderung, eigene Vorstellungen und Vorschläge zur künftigen institutionellen Form der EU zu präsentieren, hat sich die Slowakei in Brüssel am 15. Februar 2000 geäußert. Die Standpunkte der Beitrittsländer sind in dieser Frage weitgehend identisch. Wir begrüßen, dass sich die EU das Ziel gesetzt hat, ab Ende 2002 auf die Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten vorbereitet zu sein. Dafür muss die Regierungskonferenz über die institutionelle Reform noch in diesem Jahr auf dem Gipfel in Nizza abgeschlossen werden. Natürlich sind auch wir daran interessiert, einer handlungsfähigen und effizienten EU beizutreten.

Die slowakische Öffentlichkeit unterstützt die Integration der SR in die EU mit großer Mehrheit. Den Anteil ihrer Befürworter geben jüngste Meinungsumfragen mit etwa 67% an. Für eine Mitgliedschaft in der EU haben sich alle politischen Parteien im Parlament ausgesprochen. Somit steht die Tendenz in Richtung EU auf einem festen inneren Konsens. In Zukunft wird erhöhte Aufmerksamkeit der Vorbereitung der Bevölkerung gewidmet werden müssen. Es zeigt sich nämlich, dass die Unterstützung des Beitritts eher emotional als rational ist. Dies könnte in der Zukunft zu einer Desillusion führen. Die Bürger könnten auch leicht durch negative Ansichten beeinflusst werden, besonders dann, wenn es an fundierten und verständlichen Informationen mangelt.

Unsere Bürger wollen in die EU, weil sie sich mit der Gemeinschaft der europäischen Länder im Westen verbunden fühlen. Mehr als 40 Jahre wurde die Slowakei von der Gemeinschaft der demokratischen Länder ferngehalten, und jetzt versuchen die Menschen den Weg zu diesem Verbund, mit dem sie Freiheit, Recht und Prosperität verknüpfen, zurückzufinden. Die Bevölkerung weiß, anders als oftmals angenommen, nur sehr wenig von den Flüssen der Finanzmittel innerhalb der EU. Auch die lokale Verwaltung ist noch nicht genügend darüber informiert, wie die Gelder aus den Strukturfonds der EU genutzt werden können. Die regelmäßigen Berichte, welche die Europäische Kommission für jedes der Beitrittsländer schreibt, zeigen die Bereiche, in denen mehr Anstrengung bei der Erfüllung der Beitrittskriterien notwendig ist. Im Jahr 1999 haben wir uns vor allem auf die Erfüllung der politischen Kriterien konzentriert; im Jahr 2000 war die Erfüllung der wirtschaftlichen Kriterien vorrangig und im Jahr 2001 werden wir vor allem auf die Erfüllung des Kriteriums der Übernahme des „Acquis Communautaire“ das Hauptgewicht legen.

Wir wollen die Bevölkerung informieren, Informationen über alle Aspekte der Beitrittsverhandlungen verbreiten und den Bürgern die Vorteile und Nachteile der EU-Mitgliedschaft erläutern. Dass das notwendig ist, haben zum Beispiel die Ergebnisse einer Umfrage gezeigt, die im Mai 1998 bei mehr als 1700 Bürgern vom Institut GfK Slovakia durchgeführt wurde:

- 30% der Befragten konnten unter 5 Städten nicht Brüssel als den Sitz der EU-Institutionen identifizieren;
- 36% hatten keine Vorstellung darüber, was politische Kriterien sind;
- 61% wussten nicht über die Existenz des Assoziierungsabkommens Bescheid;
- 46% waren nicht wegen des Ausscheidens der Slowakei aus der ersten Kandidatengruppe beunruhigt;
- 15% unterstützten den EU-Beitritt nicht.

Bei allen Fragen war auch die Zahl derjenigen groß, die sich zu der jeweiligen Frage nicht äußern konnten. Obwohl die Slowakei mit diesem Stand der Informiertheit der Bevölkerung auf dem 2. Platz unter den Kandidatenländern rangierte, waren diese Ergebnisse alarmierend.

Eine Kommunikationsstrategie wurde verabschiedet, deren Ziel es ist, durch Veranstaltungen, Plakate, Bulletins, Bücher, Vorlesungen, audiovisuelle Werke im Fernsehen, Presse, Rundfunk, Internet und euro-lines, „qualifizierte“ Bürger vorzubereiten. Die Bürger sollen den Sinn der Vereinigung der europäischen Länder zu einer Union und die Prinzipien, nach welchen sie funktioniert, begreifen. Darüber hinaus sollen sie die Bedeutung und die Notwendigkeit der Steigerung der Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft, der makroökonomischen Stabilität und der Schaffung des Binnenmarktes erkennen. Das Wichtigste ist aber, die Bedeutung der EU als einen Raum der Demokratie, des Rechtsstaates und der Einhaltung der Menschenrechte zu verstehen.

Die Kampagne ist in drei Phasen gegliedert, die sich allerdings dem realen Fortschritt in der Vorbereitung anpassen werden. 1.) die Informationsetappe in den Jahren 1999 - 2000, 2.) die Überzeugungskampagne 2001 - 2003 und 3.) die Mobilisierung der Wähler vor dem Beitritt im Jahre 2004. Dabei werden drei Zielgruppen verfolgt: die Meinungsbildner (vor allem die Medien), die breite Öffentlichkeit und die Berufs- und Interessenorganisationen (der dritte Sektor).

In der ersten Etappe existierte eine deutliche Ausrichtung auf die Meinungsbildner und die (auf neudeutsch) Opinion Leaders. Zum Beispiel kann ich Ihnen von Ausbildungsprogrammen berichten, die teilweise in Berlin und in Brüssel stattgefunden haben und an denen verschiedenste Menschen aus den lokalen Medien, Universitäten, Nicht-Regierungsorganisationen und der Verwaltung teilgenommen haben. Das Ziel war, einen klaren Überblick über die EU-Angelegenheiten zu geben, damit sie die fragmentierten Informationen der täglichen Nachrichten besser einordnen können.

Das Ziel der nächsten Zeit ist, eine pro-europäische Atmosphäre in der Gesellschaft zu schaffen und den Grad der Informiertheit zu erhöhen. Die Aufklärung

zielt nicht auf die Einteilung in gute und schlechte Aspekte, sondern auf das Motto „was wird mir die Integration Gutes bringen, was kann ich dafür leisten“. Es wird intensiver über die gemeinsame Geschichte, Philosophie und Vision Europas nachgedacht und auf die Fragen der Bürger näher eingegangen. Bereits jetzt sind die jährlich stattfindenden Europäischen Tage im Mai sehr beliebt und gut besucht. Besonders die jungen Menschen und Studenten, aber auch die Professoren und Menschen aus der akademischen Sphäre sind sehr optimistisch, was die Zukunft eines gemeinsamen Europas angeht, zu dem die Slowakei gehört. Besondere Aufmerksamkeit wird den Unentschiedenen und den Opponenten der EU-Mitgliedschaft gewidmet.

Vor dem geplanten Referendum der Bevölkerung über den Beitritt wird eine Reihe von Veranstaltungen, vor allem im Fernsehen, geplant, um ein erfolgreiches Gelingen des Referendums zu sichern. Dazu müssen aber die Beitrittsverhandlungen und der Ratifikationsprozess in allen EU-Ländern beendet sein.

Sehr nützlich sind bei der Vorbereitung der Bevölkerung sowie der Verwaltung die „Twinning- Projekte“, von denen viele zusammen mit Deutschland gemacht werden, zum Beispiel im Bereich des Rechts im finanziellen Sektor, bei der Vorbereitung der Richter, bei der Asyl- und Migrationspolitik, bei der Gesetzgebung für die Landwirtschaft, bei der Abfallwiederverwertung und so weiter.

Es ist zwar nicht möglich, von Administration und Beamten zu erwarten, dass Sie alleine die Öffentlichkeit für die EU-Mitgliedschaft gewinnen. Aber es ist möglich, und auch notwendig, eine breitangelegte öffentliche Diskussion über den Beitritt in Gang zu setzen. An dieser Diskussion müssen dann alle Gesellschaftsschichten teilnehmen.

Ohne die bewusste Unterstützung durch die Bevölkerung kann das Europa von Morgen nicht gebaut werden. Es ist eine Tatsache, dass in der Slowakei die Zustimmung der Bürger für einen Beitritt zur EU wächst.

Die Erweiterung der EU stellt aus unserer Sicht den geschichtlichen Moment der Überwindung der Teilung Europas und die historische Herausforderung für die heutige Generation dar. Wir wollen, dass man diese Gelegenheit mit mehr Enthusiasmus und Mut anpackt. Die Unterstützung der Bevölkerung auf beiden Seiten ist für einen erfolgreichen Beitritt in die EU unumgänglich. Deshalb möchte ich mich bei der Technischen Universität Chemnitz, sowie bei allen, die mitgeholfen haben, dass diese Veranstaltung zustande gekommen ist, herzlich bedanken.

Verzeichnis der Autoren

Peter Baček	Botschaftssekretär, Botschaft der Slowakischen Republik
Dr. Jaroslav Dokoupil	Lehrstuhl für Geographie der Westböhmischen Universität, Plzen/Cheb
Dr. Bohumil Doležal	Institut für Politikwissenschaft, Karlsuniversität Prag
Doz. Petr Fiala	Internationales Institut für Politische Studien, Masaryk Universität Brunn
Prof. Dr. Anton Gosar	Institut für Geographie der Universität Ljubljana
Dipl.-Ing. Arch. Voitech Hrdina	Fachplaner und Lehrbeauftragter, Bratislava
Dr. Milan Jeřábek	Regionalforscher und Lehrbeauftragter, Ústí n. L.
Alfonž Naberznik	Botschafter der Republik Slowenien in der Bundesrepublik Deutschland
Prof. Dr. Ján Paulov	Lehrstuhl für Geographie der Comenius Universität Bratislava
Mag. Igor Roblek	Ferlach-Borovlje
Dr. Albrecht Rothacher	Generaldirektion RELEX, Europäische Kommission, Brüssel

Das Europäische Zentrum für Föderalismus-Forschung, Tübingen

Seit Beginn des europäischen Integrationsprozesses spielt die Frage nach der künftigen Struktur Europas bzw. einer europäischen „Verfassung“ eine wichtige Rolle. Ein entscheidender Aspekt ist dabei, die föderale Balance zwischen zentralen und dezentralen Elementen zu finden, um die zukünftigen Herausforderungen Europas zu bewältigen. Maastricht, Amsterdam und Nizza haben entscheidend zu dem erneuten Aufleben dieser Diskussion beigetragen. Dabei gewinnt die öffentliche Debatte vor allem durch die wachsende Rolle der Länder, Regionen und autonomen Gemeinschaften sowie der Kommunen als europapolitische Akteure an Brisanz, deren Zahl durch die anhaltenden Regionalisierungs- und Föderalisierungstendenzen in vielen europäischen Staaten weiter zunimmt.

In diesem Zusammenhang steht die Tätigkeit des **Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung (EZFF)** an der Universität Tübingen. Es begleitet seit 1993 diese Entwicklung und erforscht ihre Hintergründe. Das EZFF ist eine interdisziplinäre Einrichtung, die sich wissenschaftlich und politikberatend mit Fragen des Föderalismus, des Regionalismus und der subnationalen Ebenen in Europa beschäftigt. Die einzelnen Arbeitsschwerpunkte des EZFF lassen sich in einem dreisäuligen Modell darstellen:

1. *Regionen, Regionalismus und Regionalpolitik* (derzeit u.a. grenzüberschreitende und interregionale Kooperation innerhalb und an den Außengrenzen der Europäischen Union, Regional- und Strukturpolitik in einer erweiterten Union, Regionen im Europa 2000, Regionen und europäische Informationsgesellschaft);
2. *Föderalismus als Organisationsprinzip für Institutionen, Entscheidungsstrukturen und für einzelne Politikfelder in den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Mehrebenensystem* (derzeit u.a. Effizienz und Demokratie in dezentralen und föderalen Systemen, Aufgabenverteilung und Subsidiaritätsprinzip in der Europäischen Union, die Zukunft der europäischen Finanzverfassung, Sozial- und Beschäftigungspolitik in der EU, Entwicklungsperspektiven des Ausschusses der Regionen in einer erweiterten EU);
3. *Dezentralisierungs-, Regionalisierungs- und Föderalisierungsprozesse in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie in Mittel- und Osteuropa.*

Das Europäische Zentrum für Föderalismus-Forschung führt transnationale Forschungsprojekte durch, veranstaltet regelmäßig internationale Konferenzen in ganz Europa (z. B. Belgien, Italien, Ungarn, Schweden) und nimmt Aufträge für Einzelgutachten entgegen. Die Forschungs- und Konferenzergebnisse werden in der Schriftenreihe des Zentrums bei der NOMOS-Verlagsgesellschaft und in der

Serie „Occasional Papers“ publiziert. Gleichberechtigt neben der wissenschaftlichen Arbeit steht die Beratungstätigkeit des EZFF für Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Besonderen Wert legt das Europäische Zentrum für Föderalismus-Forschung in seiner Arbeit auf die Verbindung von Theorie und Praxis, transnationale Kooperationen und die interdisziplinäre Ausrichtung seiner Forschungsaktivitäten. Zur Tätigkeit des EZFF gehört deshalb auch der Aufbau von Netzwerken. So hat das Zentrum die **European Association of Researchers on Federalism (EARF)** gegründet, der etwa 70 Wissenschaftler aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, der Schweiz und den Staaten Mittel- und Osteuropas angehören. Das EZFF betreut dieses Netzwerk und dient als Geschäftsstelle.

Das EZFF wird von einem interdisziplinär zusammengesetzten Vorstand aus Geographen, Historikern, Juristen, Ökonomen und Politikwissenschaftlern geleitet. Die laufenden Arbeiten werden durch den Wissenschaftlichen Koordinator und die Mitarbeiter des Zentrums betreut.

Nähere Auskünfte bei:

Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (EZFF)
Matthias Chardon, M.A. (Wissenschaftlicher Koordinator)
Nauklerstr. 37a
D-72074 Tübingen

Tel.: +49(0)7071-29 77 368

Fax: +49(0)7071-92 28 76

E-Mail: ezff@uni-tuebingen.de

Website: www.uni-tuebingen.de/ezff

Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung bei der NOMOS Verlagsgesellschaft, Baden-Baden:

- Band 1: **KNIPPING, Franz** (Ed.), Federal Conceptions in EU-Member States. Traditions and Perspectives, 1994, ISBN 3-7890-3663-3, DM 78,-
- Band 2: **HRBEK, Rudolf** (Hrsg.), Europäische Bildungspolitik und die Anforderungen des Subsidiaritätsprinzips, 1994, ISBN 3-7890-3656-0, DM 48,-
- Band 3: **RAICH, Silvia**, Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit in einem "Europa der Regionen". Dargestellt anhand der Fallbeispiele Großregion Saar-Lor-Lux, EUREGIO und "Vier Motoren für Europa" - Ein Beitrag zum Europäischen Integrationsprozeß, 1995, ISBN 3-7890-3657-9, DM 58,-
- Band 4: **ALEN, André**, Der Föderalstaat Belgien, Nationalismus - Föderalismus - Demokratie. Mit dem Text der neuen Belgischen Verfassung, 1995, ISBN 3-7890-3791-5, DM 36,-
- Band 5: **STURM, Roland** (Hrsg.), Europäische Forschungs- und Technologiepolitik und die Anforderungen des Subsidiaritätsprinzips, 1996, ISBN 3-7890-4149-1, DM 48,-
- Band 6: **WEBER-PANARIELLO, Philippe A.**, Nationale Parlamente in der Europäischen Union. Eine rechtsvergleichende Studie zur Beteiligung nationaler Parlamente an der innerstaatlichen Willensbildung in Angelegenheiten der Europäischen Union im Vereinigten Königreich, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland, 1995, ISBN 3-7890-4120-3, DM 79,-
Dieser Band wurde 1996 mit dem Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestages für Arbeiten zum Parlamentarismus ausgezeichnet.
- Band 7: **KINSKY, Ferdinand/KNIPPING, Franz** (Eds.), Le "fédéralisme personnaliste" aux sources de l'Europe de demain. Der personalistische Föderalismus und die Zukunft Europas, Hommage à Alexandre Marc, 1996, ISBN 3-7890-4190-4, DM 79,-
- Band 8: **HRBEK, Rudolf** (Hrsg.), Die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in der Europäischen Union - Erfahrungen und Perspektiven, 1995, ISBN 3-7890-4142-4, DM 49,-
- Band 9: **COLLIER, Ute / GOLUB, Jonathan / KREHER, Alexander** (eds.), Subsidiarity and Shared Responsibility: New Challenges for EU Environmental Policy, 1997, ISBN 3-7890-4647-7, DM 60,-

- Band 10: **AGRANOFF, Robert** (Ed.), *Accommodating Diversity: Asymmetry in Federal States*, 1999, ISBN 3-7890-6395-9, DM 58,-
- Band 11: **AMMON, Günter** et al. (Ed.), *Föderalismus oder Zentralismus? Europas Zukunft zwischen dem deutschen und dem französischen Modell*, 1996, ISBN 3-7890-4446-6, DM 58,-
- Band 12: **SCHULTZE, Claus J.**, *Die deutschen Kommunen in der Europäischen Union - Europa-Betroffenheit und Interessenwahrnehmung*, 1997, ISBN 3-7890-4830-5, DM 60,-
- Band 13: **STRAUB, Peter / HRBEK, Rudolf** (Hrsg.), *Die europapolitische Rolle der Landes- und Regionalparlamente in der Europäischen Union*, 1998, ISBN 3-7890-5219-1, DM 68,-
- Band 14: **STURM, Roland / WEINMANN, Georg** (eds.), *The Information Society and the Regions in Europe. A British-German Comparison*, 2000, ISBN 3-7890-7007-6, DM 88,-
- Band 15: **MÄNNLE, Ursula** (Hrsg.), *Föderalismus zwischen Konsens und Kooperation. Tagungs- und Materialienband zur Fortentwicklung des deutschen Föderalismus*, 1998, ISBN 3-7890-5490-9, DM 78,-
- Band 16: **KRETSCHMER, Otto / HRBEK, Rudolf** (Hrsg.), *Standortpolitik und Regionalisierung in Europa. Probleme - Kompetenzen - Lösungen*, 1999, ISBN 3-7890-6083-6, DM 64,-
- Band 17: **HRBEK, Rudolf** (Hrsg.), *Europapolitik und Bundesstaatsprinzip. Die "Europafähigkeit" Deutschlands und seiner Länder im Vergleich mit anderen Föderalstaaten*, 2000, ISBN 3-7890-6541-2, DM 64,-
- Band 18: **STUDENT, Thomas**, *Die europäische Herausforderung - Grenzüberschreitende Kooperation im Wettbewerb der Regionen. Zusammenarbeit an der deutsch-niederländischen Grenze im Rahmen der Ems Dollart Region und der Neuen Hanse Interregio*, 2000, ISBN 3-7890-6546-3, DM 74,-
- Band 19: **STURM, Roland / KROPP, Sabine** (Hrsg.), *Hinter den Kulissen von Regierungsbündnissen. Koalitionspolitik in Bund, Ländern und Gemeinden*, 1999, ISBN 3-7890-6393-2, DM 74,-
- Band 20: **TEUFEL, Erwin / PERLOT, Enzo** (Hrsg.), *Starke Regionen für ein Starkes Europa - Dokumentation des zweiten deutsch-italienischen INTERREGIO-Forums*, 2000, ISBN 3-7890-6939-6, DM 49,-
- Band 21: **JOHNE, Roland**, *Die deutschen Landtage im Entscheidungsprozess der Europäischen Union. Parlamentarische Mitwirkung im europäischen Mehrebenensystem*, 2000, ISBN 3-7890-6797-0, DM 128,-

Die Bände der Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung (EZFF) sind über den Buchhandel oder direkt bei der NOMOS Verlagsgesellschaft, Vertrieb, D-76520 Baden-Baden zu beziehen (E-mail: NOMOS@nomos.de oder Fax: ++49 (0)7221/ 21 04-27).

OCCASIONAL PAPERS

Hrsg. vom Europäischen Zentrum für Föderalismus-Forschung (EZFF), Tübingen:

- Nr. 1: **STURM, Roland**, *Economic Regionalism in a Federal State: Germany and the Challenge of the Single Market*, 1994, ISBN 3-980 3672-0-7, DM 5,-
- Nr. 2: **HAVERLAND, Markus**, *Europäische Integration im Spannungsverhältnis von Zentralisierung und Dezentralisierung*, 1995, ISBN 3-980 3672-1-5, DM 6,-
- Nr. 3: **FECHTNER, Detlef**, *Abschied vom kompensatorischen Föderalismus*, 1995, ISBN 3-980 3672-2-3, DM 8,-
- Nr. 4: **SCHÖBEL, Norbert**, *Der Ausschuß der Regionen*, 1995 (vergriffen; siehe Nr. 17)
- Nr. 5: **GROSSE HÜTTMANN, Martin**, *Das Subsidiaritätsprinzip in der EU - eine Dokumentation*, 1996, ISBN 3-980 3672-5-8, DM 14,-
- Nr. 6: **ILLÉS, Iván**, *Carpathian (Euro)Region*, 1996, ISBN 3-9803672-6-6, DM 10,-
- Nr. 7: **HORVÁTH, Gyula**, *Transition and Regionalism in East-Central Europe*, 1996, ISBN 3-9803672-7-4, DM 10,-
- Nr. 9: **HANNOWSKY, Dirk/RENNER, Andreas**, *Subsidiaritätsprinzip, Bürgersouveränität und Ordnungswettbewerb. Ordnungstheoretische Überlegungen zur Ausgestaltung einer präferenzkonformen Ordnung Europas*, 1996, ISBN 3-9803672-4-X, DM 10,-
- Nr. 10: **KROPP, Sabine**, *Dezentralisierung und Transformation in Rußland*, 1996, ISBN 3-9803672-8-2, DM 10,-
- Nr. 11: **STURM, Roland**, *Strategien intergouvernementalen Handelns. Zu neueren Tendenzen des Föderalismus in Deutschland und den USA*, 1996, ISBN 3-9803672-9-0, DM 8,-
- Nr. 13: **HRBEK, Rudolf** (Hrsg.), *Regionen und Kommunen in der EU und die Regierungskonferenz 1996*, 1996, ISBN 3-9805358-0-0, DM 10,-
- Nr. 14/1: **LOB, Harald/OEL, Matthias**, *Informationsgesellschaft und Regionen in Europa. Wirtschafts- und regionalpolitische Aspekte der Europäischen Informationsgesellschaft*, 1997, ISBN 3-9805358-1-9, DM 8,-
- Nr. 14/2: **STURM, Roland/ WEINMANN, Georg**, *Challenges of the Information Society to the Regions in Europe. A Research Agenda*, 1997, ISBN 3-9805358-5-1, DM 10,-
- Nr. 15: **MÜHLBACHER, Georg**, *Italien zwischen institutioneller Reform und Föderalismus*, 1999, ISBN 3-9805358-9-4, DM 15,-
- Nr. 17: **SCHÖBEL, Norbert**, *Der Ausschuß der Regionen*, 1997, ISBN 3-9805358-2-7; **SCHÖBEL, Norbert**, *The Committee of the Regions*, 1997, ISBN 3-9805358-3-5; **SCHÖBEL, Norbert**, *Le Comité des Régions*, 1997, ISBN 3-9805358-4-3, DM 12,-

- Nr. 18: **BLANCKE, Susanne/SCHMID, Josef**, Die aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesländer im Vergleich - Programme, Konzepte, Strategien, 1998, ISBN 3-9805358-6-X, DM 10,-
- Nr. 19: **NEUSS, Beate/JURCZEK, Peter/HILZ, Wolfram (Hrsg.)**, Grenzübergreifende Kooperation im östlichen Mitteleuropa. Beiträge zu einem politik- und regionalwissenschaftlichen Symposium an der TU Chemnitz, 1998, ISBN 3-9805358-7-8, DM 15,-
- Nr. 20: **NEUSS, Beate/JURCZEK, Peter/HILZ, Wolfram (Hrsg.)**, Transformationsprozesse im südlichen Mitteleuropa - Ungarn und Rumänien. Beiträge zu einem politik- und regionalwissenschaftlichen Symposium an der TU Chemnitz, 1999, ISBN 3-9805358-8-6, DM 15,-
- Nr. 21: **NEUSS, Beate/JURCZEK, Peter/HILZ, Wolfram (Hrsg.)**, Entwicklungsstrategien in Nordosteuropa – Baltikum und Finnland. Beiträge zu einem politik- und regionalwissenschaftlichen Symposium an der TU Chemnitz, 2000, ISBN 3-9806978-1-9, DM 17,-
- Nr. 22: **HRBEK, Rudolf (Hrsg.)**, Die Osterweiterung der Europäischen Union. Problemfelder und Lösungsansätze aus deutscher und ungarischer Sicht, 2000, ISBN 3-9806978-0-0, DM 16,-
- Nr. 23: **MARHOLD, Hartmut**, Föderale Strukturen Für Europa? Aktuelle Beiträge zur Debatte in Frankreich, 2000, ISBN 3-9806978-2-7, DM 10,-
- Nr. 24: **NEUSS, Beate/JURCZEK, Peter/HILZ, Wolfram (Hrsg.)**, Zwischenbilanz der EU-Osterweiterung – Slowenien, Slowakei. Tschechien als Beispiele ISBN 3-9806978-3-5, € 5 (DM 9,78)

Occasional Papers können Sie über den Buchhandel beziehen oder direkt bestellen. Bitte kreuzen Sie dazu die gewünschten Titel auf der Liste an und senden das Formular an:

Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (EZFF)
 z.Hd. Frau Petra Reiter
 Nauklerstraße 37 A
 D-72074 Tübingen

Oder Sie senden das Formular per Fax an das EZFF:
 Fax: +49 / (0)7071 / 92 28 76

Schließlich können Sie auch über unsere Homepage bestellen:

<http://www.uni-tuebingen.de/ezff>

Dort finden Sie auch weitere Informationen zu uns und unseren Aktivitäten sowie eine Menge nützlicher Links und Materialien zu den Themen „Föderalismus“ und „Europäische Integration“.

ISBN 3-9806978-3-5